

ÖKOSTEUERNEWS 41 – DEZEMBER 2006

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

G R E E N B U D G E T G E R M A N Y

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info
Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 e-Mail: foes@foes.de

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	FÖS-AKTIVITÄTEN IN 2006	5
3.	WELTUMWELTSTEUERKONFERENZ.....	8
4.	GRENZSTEUERAUSGLEICH	9
5.	FÖS IN DEN MEDIEN	13
6.	ÖKOSTEUER.....	17
7.	EMISSIONSHANDEL.....	20
8.	KLIMAWANDEL UND KLIMASCHUTZ.....	22
9.	KLIMAKONFERENZ IN NAIROBI	30
10.	ENERGIE.....	33
11.	INTERNATIONAL	37
12.	MAUT	41
13.	STRASSENVERKEHR	44
14.	LUFTVERKEHR	45
15.	DISKUSSIONSFORUM	49
16.	LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN	50
17.	TERMINE	52
18.	JOBANGEBOTE	53

Zitate

„Würde China in 25 Jahren ebenso viel Erdöl pro Kopf verbrauchen, wie heute die USA, würde sein Tagesbedarf 2031 bei 99 Millionen Barrel Rohöl liegen – die heutige Weltförderung beträgt 79 Millionen Barrel.“

Aus: Le Monde Diplomatique, „Willkommen im Treibhaus China“, 10.11.2006

Professor Joseph E. Stiglitz, ehemaliger Chef-Ökonom der Weltbank:

„(...) In den meisten entwickelten Ländern der heutigen Welt zahlen Firmen die Kosten der globalen Umweltverschmutzung in Form von Steuern auf Kohle, Öl und Gas. Aber amerikanische Firmen werden subventioniert, und zwar in massiver Weise. Hier gibt es ein einfaches Gegenmittel: **Andere Länder sollten den Import von amerikanischen Waren, die unter Verwendung energieintensiver Technologien produziert wurden, verbieten oder zumindest hohe Steuern auf diese verhängen, um diese Subventionierung auszugleichen.**(...) Japan, Europa und die anderen Vertragspartner des Kioto-Protokolls sollten unverzüglich eine Klage bei der WTO einreichen, welche die unfaire Subventionierung angreift. Denn amerikanische Firmen verfügen seit langem über unfaire Handelsvorteile aufgrund ihrer billigen Energie, aber während sie den Nutzen daraus ziehen, zahlt die Welt den Preis der globalen Erwärmung.“

<http://www.heartland.org/pdf/19398.pdf>

George Soros, Multimilliardär und Investmentbanker:

„Wir brauchen eine globale Kohlenstoff-Steuer, die zunächst niedrig ausfällt, aber langfristig und vorhersagbar steigt. Das schadet der ökonomischen Aktivität nicht, aber beeinflusst die Investitionsentscheidungen sehr. Zweitens brauchen wir einen Fonds für technologische Innovationen, mit dem etwa CO₂-freie Kohlekraftwerke erforscht werden. Drittens sollten wir neue Kohlekraftwerke nicht von zukünftigen Steuern verschonen. Viertens sollten wir einen Mindestpreis für Energie garantieren, um Investitionen in neue Energiequellen vor fallenden Ölpreisen zu schützen.“ (...)

„Es ist nötig, dass die USA hier die Führungs-

rolle übernehmen. Alle Länder der Welt sollten die gleiche Kohlenstoffsteuer einführen. Nationen, die das verweigern, könnten dennoch besteuert werden, indem man ihre Exporte mit einem CO₂-Zoll belegt.“

Mehr von George Soros ist in seinem neuen Buch nachzulesen: "Die Ära der Fehlentscheidungen. Die Energiekrise und die Konsequenzen aus dem Krieg gegen den Terror", Finanzbuch Verlag 2006, 278 Seiten, 29,90 €

<http://www.taz.de/pt/2006/11/20/a0183.1/text>

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des FÖS,

im letzten Newsletter sprachen wir von einem der heißesten Sommer in Europa. Nun haben wir gerade einen nicht minder warmen November hinter uns und alle Klimaforscher bestätigen uns, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel bereits begonnen hat. Nicht einmal mal mehr George W. Bush kommt nach den Kongresswahlen an dieser „unbequemen Wahrheit“ (Al Gore) vorbei. Oder um Kaliforniens Gouverneur Schwarzenegger in unnachahmlicher Kürze zu zitieren: „The climate debate is over!“ – jetzt gilt es zu handeln. Die neue Vorsitzende des Umweltausschusses Barbara Boxer will nationale Höchstgrenzen für Kohlendioxid festlegen und in Kalifornien überbieten sich Republikaner und Demokraten mit fortschrittlichem Klimaschutz

<http://www.taz.de/pt/2006/12/07/a0099.1/text>

Genau in diesen politischen Stimmungswandel in Nordamerika fiel die 7. Weltumweltsteuerkonferenz im Oktober in Ottawa und eine vom Bundesumweltministerium dankenswerterweise geförderte Promotionsreise des FÖS zu marktwirtschaftlichen Umweltinstrumenten. Wen Dr. Anselm Görres dort alles getroffen hat und was dabei herausgekommen ist, erfahren sie unter:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/PreliminaryReportUSACanadaV05.pdf>

Der FÖS hat nun die große Ehre, die 8. Weltum-

weltsteuerkonferenz vom 18. bis 20. Oktober in München auszurichten. Wir suchen dafür noch Sponsoren und Spender, die dieses internationale Großereignis in Deutschland unterstützen möchten.

<http://www.spendenportal.de/main/org.php?id=803331006756>

Ausführliche Informationen und den Call for Papers finden Sie in der nächsten Rubrik.

Aber auch beim anderen „key player“ für den Klimawandel – China – war der FÖS im positiven Sinne aktiv. Von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), wurden wir beauftragt eine Studie über die Erfahrungen mit marktwirtschaftlichen Umweltinstrumente in Europa zu erstellen. Diese wird für den deutsch-chinesischen Umweltdialog genutzt und der FÖS bekam die Gelegenheit vor einer hochrangigen Delegation der chinesischen Ministerien für Finanzen, Wirtschaft und Umwelt die Ergebnisse vorzustellen.

Auch hier bleiben wir dran. Bei all der internationalen Arbeit haben wir die Debatte in Deutschland natürlich nicht vernachlässigt. Mit den Umweltverbänden BUND, NABU und HKF veröffentlichten wir ein Schwarzbuch „Klimaschädlicher Subventionen im Bundeshaushalt 2007“, über das mehrere Medien berichteten und die Finanzpolitiker aller Parteien interessiert zur Kenntnis nahmen.

http://www.foes.de/de/Pressemitteilung_20112006.html

Zudem führten wir zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium Frau Dr. Barbara Hendricks eine gut besuchte Veranstaltung zur „Nachhaltigen Finanzpolitik“ durch und konnten auch unser FÖS-Kurzkonzept wichtigen Entscheidungsträgern präsentieren. (<http://www.foes.de/de/downloads/Politische%20Forderungen/Kurzkonzept.pdf>) Außerdem verfolgten wir die Debatte bei den Grünen, die sich nach langer Pause nun ebenfalls wieder verstärkt einer Ökologischen Steuer- und Finanzreform widmen.

Es gibt also auch viele hoffnungsvolle Zeichen in diesem noch zu warmen Dezember. Aber langsam, so scheint es, wird auch dieser wieder kühler – so, wie es sich für eine vielleicht ja doch noch

weiße Weihnacht gehört.

Wir wünschen Ihnen zur Weihnachtszeit alles erdenklich Gute, uns die eine oder andere Spende und viel Spaß bei der Lektüre!

Christian Meyer, FÖS-Redaktion

Grüne wollen Ökologische Finanzreform weiterentwickeln

[*Christian Meyer, FÖS*] Nachdem zur Bundestagswahl 1998 die Ökologische Steuerreform eines der zentralen Projekte der Partei Bündnis 90/Die Grünen war, geriet die ÖSR nach den Erfolgen in den Jahren 1999 bis 2003 auch bei den Grünen ins Hintertreffen. 2004 wurde eine weitere Fortsetzung der ÖSR in der rot-grünen Regierung auf Eis gelegt und im Bundestagswahlprogramm 2005 erklärten Bündnis 90/Die Grünen sogar weitere Schritte bei der Mineralölsteuer für „nicht sinnvoll“.

http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/141/141550.wahlprogramm_2005.pdf

Mit der größeren Freiheit der Opposition und der Neubelebung der Klimadebatte ausgestattet, forderten einige Grüne Umweltpolitiker jedoch im Herbst dieses Jahres ein neues Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Ökologischen Steuer- und Finanzreform.

Reinhard Loske, Jörg Haas u.a. forderten einen neuen Realismus in der Umweltpolitik, der die sich dramatisch verschärfende Klimaentwicklung zur Grundlage zur Anpassung der Umweltinstrumente und Ziele macht.

http://www.loske.de/cms/files/dokbin/145/145535_neuer_realismus_langfassung.pdf

<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E201C49E493B742ADA62323682749BDD7~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Jüngere Grüne legten für den Grünen Zukunftskongress ein Papier „Für eine neue Ökologiepolitik“ und forderten neben einer Verknüpfung sozialer und ökologischer Reformen, die Neuentdeckung marktwirtschaftlicher Instrumente wie der Ökologischen Steuerreform.

<http://www.gruene-jugend.de/themen/oekologie/233657.html>

Auch von der Parteiführung wurde nach langer

Zeit der Beschäftigung mit anderen Themen die Umweltpolitik wieder zu einem Hauptthema eines Bundesparteitages gemacht.

In dem von Reinhard Loske u.a. vorgelegten Hauptantrag wurde auch der Ökologischen Finanzreform ein ganzer Abschnitt mit mehreren Varianten gewidmet:

Ökologische Finanzreform: Die Ökologische Steuer- und Finanzreform ist ein Kind der grünen Familie, das allerdings in den letzten Jahren nicht weiterentwickelt wurde. Sie ist ein überaus erfolgreiches Projekt, denn sie hat es allen gesellschaftlichen Widerständen zum Trotz geschafft, ökologisch zu lenken und die Lohnnebenkosten zu senken. Wir sind davon überzeugt: Für eine verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Umwelt- und Finanzpolitik bleibt eine umfassende Ökologische Finanzreform unverzichtbar. Wir wollen sie in folgende Richtung weiterentwickeln:

Variante 1: Wir halten bei der Ökosteuer am Konzept fest, die Abgabenlast vom Faktor Arbeit auf den Energie- und Ressourcenverbrauch schrittweise und aufkommensneutral umzuschichten.

Variante 2: Wir wollen künftiges Zusatzaufkommen nutzen, um es gezielt für Zwecke des Klimaschutzes und des ökologischen Strukturwandels einzusetzen.

Variante 3: Wir wollen künftiges Zusatzaufkommen nutzen, um es über eine für alle gleiche Energiegutschrift an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben. So würden Energiesparer und kleine Einkommen profitieren und Energieverschwender und hohe Einkommen stärker herangezogen.

Umweltschädliche Subventionen von jährlich mehr als zehn Milliarden Euro wollen wir abbauen. Im Gegenzug soll der Kauf von umweltfreundlichen Autos und effizienten Haushaltsgeräten über Energieprämien gefördert werden

http://www.gruene.de/cms/default/dok/154/154836.fuer_einen_neuen_realismus_in_der_oekolo.htm

Auf dem Parteitag wurden viele grüne Forderungen von den Delegierten noch verschärft und u.a. eine Ticketabgabe und City-Maut gefordert. Die Grünen treten jetzt „für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik“ ein:

<http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/159/159>

[557.fuer_einen_radikalen_realismus_in_der_oe.pdf](http://www.lag-wirtschaft-nrw.de/fileadmin/user_upload/lagwirtschaft/Aktuelles/Klimastrategiepapier.pdf)

Eine dritte Gruppe um die Abgeordneten Christine Scheel und Hans-Josef Fell hatte angesichts der Klimakatastrophe eine Nullemissionsstrategie ohne Neubau von Kohle- oder Gaskraftwerken gefordert und unterlag auf dem Parteitag knapp.

http://www.lag-wirtschaft-nrw.de/fileadmin/user_upload/lagwirtschaft/Aktuelles/Klimastrategiepapier.pdf

Bei der Ökologischen Finanzreform einigte man sich – ähnlich dem FÖS-Memorandum 2004 – auf eine größere Offenheit in der Verwendung der Einnahmen:

Ökologische Finanzreform: Die Ökologische Steuer- und Finanzreform ist ein Kind der grünen Familie, das allerdings in den letzten Jahren nicht weiterentwickelt wurde. Sie ist ein überaus erfolgreiches Projekt, denn sie hat es allen gesellschaftlichen Widerständen zum Trotz geschafft, ökologisch zu lenken und die Lohnnebenkosten zu senken. Wir sind davon überzeugt: Für eine verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Umwelt- und Finanzpolitik bleibt eine umfassende Ökologische Finanzreform unverzichtbar. Bei ihrer Weiterentwicklung halten wir am Konzept der Aufkommensneutralität fest.

Zusätzliches Aufkommen soll weiterhin dazu genutzt werden, Abgaben und Steuern zu senken oder jährliche Energiegutschriften an die Bürgerinnen und Bürger auszuzahlen. So werden besonders Energiesparer und kleine Einkommen profitieren. Teile des Aufkommens sollten auch gezielt in den ökologischen Strukturwandel investiert werden. Gleichzeitig müssen ungerechtfertigte Ökosteuer-Ausnahmen für Großverbraucher und Industrie konsequent reduziert und abgeschafft werden. Umweltschädliche Subventionen von jährlich mehr als zehn Milliarden Euro wollen wir abbauen. Im Gegenzug soll der Kauf von umweltfreundlichen Autos und effizienten Haushaltsgeräten über Energieprämien gefördert werden.

Weiterhin wurde beschlossen für 2007 ein Forum „Neue Ökologische Politik“ einzuberufen.

„Dieses soll sich systematisch mit den Fragen des Klimaschutzes, des ökologischen Strukturwandels und der nachhaltigen Entwicklung befassen und

die Thesen und Projekte konkretisieren. Das Forum soll den Dialog mit dem befreundeten Umfeld suchen, also den Umweltverbänden, der Wissenschaft, der "Green-Business-Community", der Nord-Süd-Bewegung, Technologie-Initiativen und anderen.

Ziel ist, Akzeptanz und Unterstützung für die neuen Projekte zu schaffen und diese soweit zu konkretisieren, dass mit ihnen offensiv in die nächsten Wahlkämpfe gegangen werden kann.“

Damit haben sich die Grünen zu einer Fortsetzung der Ökologischen Steuer- und Finanzreform bekannt, jedoch bleiben die konkreten Maßnahmen und Schritte äußerst vage.

Deshalb wird es im nächsten Jahr darauf ankommen, die Grünen nicht nur verbal zu größeren Ankündigungen pro ÖSR zu bringen, sondern auch konkret durchgerechnete Konzepte und einzelne Schritte wieder in die reale politische Debatte zu bekommen.

Das FÖS-Kurzkonzept könnte da eine gute Fundgrube sein:

<http://www.foes.de/de/downloads/konberlin2006/Kurzkonzept2006.pdf>

2. FÖS-AKTIVITÄTEN IN 2006

Ökosteuern in den neuen Mitgliedstaaten der EU – Abschlussbericht

[Christian Meyer, Melanie Köhler, FÖS] Das Projekt „Organisation von Veranstaltungen zur ÖSR in und mit den EU-Beitrittsländern sowie Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland“ war sehr erfolgreich und konnte, sowohl in den neuen EU-Staaten als auch in Deutschland, zur Erhöhung der Akzeptanz Ökologischer Steuerreformen beitragen.

Es gelang bei der mit über 70 Teilnehmern sehr gut besuchten Auftaktkonferenz am 12.10.2005 in Berlin Referent/inn/en aus 8 der 10 neuen EU-Mitgliedsstaaten persönlich zu Vorträgen und reger Diskussion zu gewinnen.

Die Vorträge und Länderberichte sind unter

<http://www.foes.de/de/VeranstaltungBeitrittslaender2005.php> dokumentiert.

Ausgehend von diesem gelungenen Start konnten wir unser Netzwerk zur ÖSR in den neuen EU-Beitrittsländern beträchtlich ausweiten. Auf unserer Homepage wurden, zum Teil in Kooperation mit Organisationen und Behörden, in den Beitrittsländern umfangreiche Daten zu Energiesteuerersätzen und Umweltabgaben zusammengetragen.

<http://www.foes.de/de/eudatenbank.html>

Außerdem wurden im englischen GreenBudget-Newsletter Artikel über die Situation zur ÖSR in allen neuen Beitrittsstaaten veröffentlicht:

<http://www.foes.de/de/downloads/GreenBudgetNews/GBN15.pdf>

Im Jahr 2006 konnten dann sechs zum Teil sehr hochkaratige Konferenzen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Umweltverbänden durchgeführt werden, die in den Ländern einen hohen Einfluss auf die ÖSR-Prozesse hatten. Über diese wird im Folgenden kurz berichtet.

UNGARN

Am 24. Februar 2006 fand im Zuge des Projekts in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften eine hochkarätige Konferenz mit der Clean Air Action Group, der Hungarian Economic Association und der Hungarian Academy of Sciences statt. Schirmherrin war Katalin Szili, die Präsidentin des ungarischen Parlaments. Vom FÖS nahm der Geschäftsführer Christian Meyer teil. Auch das Bundesumweltministerium war vertreten.

Ansatzpunkt für eine „Green reform to cut the state budget deficit“ – so der Titel – war die hohe Staatsverschuldung Ungarns und die Bedeutung ökologischer Finanzreformen für die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns. Mit dem Präsidenten der Ungarischen Industrie und Handelskammer und dem Präsidenten der Föderation Ungarischer Unternehmer (VOSZ) waren neben den führenden Finanzpolitikern der Parteien auch die wichtigsten Vertreter der ungarischen Wirtschaft für dieses Thema eingebunden. Die Umweltorganisation Clean Air Action Group hatte dazu auch eine konkrete Studie für eine Ökologische Finanzreform zur Senkung des ungarischen Haushaltsdefizits einer breiten Öffentlichkeit vorstellen können.

http://www.levego.hu/english/environmental_fiscal_reform/caag_budgetproposals2004.pdf

Über die Konferenz – im Vorfeld der ungarischen

Parlamentswahlen – wurde auch im Fernsehen und mehreren Medien breit berichtet und sie war einer der umweltpolitischen Höhepunkte im Wahlkampf.

Die Veranstaltung bot nach Berichten unserer ungarischen Partner einen fabelhaften Hintergrund für weitere Kooperationen mit der ungarischen Wirtschaft, die sich angesichts des starken Haushaltsdefizits für ökologische Finanzreformen sehr aufgeschlossen zeigte. Die Clean Air Action Group führte danach weitere Gespräche mit führenden Vertretern aus Wirtschaft und Politik. Der ungarische Konferenzbericht wurde an Politiker, Ökonomen, Unternehmer und NGOs verbreitet. Obwohl die dortigen Vorschläge im Wahlkampf von Vertretern fast aller Parteien begrüßt wurden, sind konkrete Fortschritte bislang nicht erfolgt. Die Debatte um eine Ökologische Finanzreform wird jedoch nach dem finanziellen Offenbarungseid von Ministerpräsident Gyurcsány intensiv fortgeführt. Als kleines Schmankerl wurde der Werbespot von Noé 211 zur Ökologischen Steuerreform auch auf Ungarisch präsentiert: <http://www.levego.hu/zoldreform2006/index.htm>

Die deutsche Version davon finden Sie unter: <http://www.foes.de/de/videospots.html>

MALTA

Dank des großen Interesses an der Auftaktkonferenz wurden der FÖS und das BMU zu einer Extra-Konferenz „The Polluter Pays Principle in Malta and the EU“ am 17. März 2006 nach Malta eingeladen. Organisator war die Maltesische Umwelt- und Planungsbehörde (MEPA) und es nahmen 47 Personen (davon 30 von Ministerien, 6 von Verbänden, 4 von Unternehmen und einer von der Presse) teil. Für den FÖS erläuterte Vorsitzender Dr. Anselm Görres die Erfahrungen mit der ÖSR in Deutschland. Von der maltesischen Seite wurde der Workshop als großer Erfolg und sehr relevant für die maltesische Diskussion bezeichnet. Als Inselstaat operiert Malta sehr stark mit speziellen Umweltabgaben auf Importprodukte. Der Workshop konnte weitere Impulse für die Durchführung des Polluter Pays Principle in Malta liefern.

<http://www.foes.de/de/downloads/KonBeitrittNeu/MaltaEcotaxes.pdf>

ESTLAND

Estland ist es eines der wenigen Beitrittsländer mit einem konkreten Beschluss und Plan für eine Ökologische Steuerreform:

<http://www.foes.de/de/downloads/KonBeitrittNeu/ETREstonia.pdf>

Die ÖSR-Strategie wurde am 7.7.2005 von der Regierung verabschiedet, wobei noch bis Ende 2006 die Konsultationsphase zur konkreten Ausgestaltung läuft. (<http://www.envir.ee/66757>)

So wurde der gemeinsame Workshop von FÖS, dem estländischen Umweltministerium und dem Stockholm Environment Institute (SEI) am 11.4. 2006 „extremely relevant and important“ für die schnelle Einführung einer nationalen Strategie zur ÖSR. Ein Zeichen dafür war, dass die Konferenz vom Umweltminister Estlands höchstpersönlich eröffnet wurde.

Besonders erfreulich war die Einbettung des Workshops in einen überregionalen Zusammenhang. So referierte nicht nur der Staatssekretär des estnischen Finanzministeriums und Vertreter der Estnischen Energiewirtschaft, sondern auch Vertreter aus Lettland, Litauen, sowie Finnland und der EU-Ebene. Vom FÖS nahm der Vorsitzende Dr. Anselm Görres teil.

Als positives Ergebnis weist die estländische Regierung der Ökologischen Steuerreform in einem Langzeitplan weiterhin hohe Priorität zur Steigerung ihrer europaweit sehr niedrigen Energieeffizienz zu. 2005 stiegen die Umweltsteuern in der ersten Phase der ÖSR von 1,9 % des BSP auf 2,2 % des BSP. Eine weitere Steigerung auf 2,5 % ist beschlossen. Damit ist Estland unter den neuen EU-Staaten einer der Vorreiter einer progressiven ÖSR.

<http://www.foes.de/de/downloads/GreenBudgetNews/GBN15.pdf> (Seite 32ff)

TSCHECHIEN

Zwischen Deutschland und Tschechien gibt es seit langem einen intensiven Dialog zur ÖSR, auf den der FÖS aufbauen konnte.

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/sr_tschechien.pdf

Hilfreich war, dass unser FÖS-Beiratsmitglied und ehemaliger tschechischer Umweltminister Martin Bursik direkt in entsprechende politische Prozesse einbezogen war. Als Berater für das

tschechische Umweltministerium stellte er auf der Auftaktkonferenz Vorschläge für eine ÖSR in Tschechien vor.

<http://www.foes.de/de/downloads/KonBeitrittNeu/CzechBursik.pdf>

Auf einer gut besuchten Konferenz am 29. Juni 2006 in der Karlsuniversität zusammen mit dem Zusammenschluss der tschechischen Umweltverbände (Green Circle) und dem Zentrum für Umweltpolitik der Karlsuniversität konnte breit für eine tschechische ÖSR geworben werden. Es nahmen über 60 Personen aus Umweltverbänden, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft teil.

Als Moderator der Veranstaltung konnte Bedrich Moldan – Schattenumweltsprecher der bürgerlichen Partei ODS – gewonnen werden. Teilnehmer vom FÖS war bei dieser Konferenz Geschäftsführer Christian Meyer.

Im Wahlkampf war die ÖSR ein wichtiger Punkt für den erstmaligen Einzug der Grünen ins tschechische Parlament. Sowohl von den regierenden Sozialdemokraten als auch den Bürgerlichen wurde eine Ökologische Steuerreform den Grünen im Falle einer gemeinsamen Regierungsbildung zugestanden.

<http://www.planetark.com/dailynewsstory.cfm/newsid/36038/story.htm>

<http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L2437746.htm>

<http://www.praguemonitor.com/ctk/?id=w3636i20060418;story=Green-Party-wants-5-pct-VAT-on-gas>

<http://www.praguemonitor.com/ctk/?id=1406>

Die Parlamentswahl am 22./23. Juni 2006 ergab ein Patt zwischen Bürgerlichen/Grünen und Sozialdemokraten/Kommunisten. Im Koalitionsvertrag zwischen Bürgerlichen, Christdemokraten und Grünen wurde eine Ökologische Steuerreform „über den Mindeststeuersätzen der EU“ vereinbart und Martin Bursik zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Umweltminister ernannt.

Um die Ausgestaltung einer ÖSR zu diskutieren, führte der FÖS am 19. Juli mit dem Wirtschaftsarbeitskreis der Grünen und „mladi zeleni“ (Grüne Jugend) einen zweiten Workshop mit ca. 20 Teilnehmern durch. An diesem nahmen Christian Meyer und Jacqueline Cottrell für den FÖS teil.

Das Verständnis für eine Ökologische Steuerreform wurde erhöht.

LETTLAND

Zusammen mit Green Liberty und der lettischen Organisation Green Movement organisierte der FÖS am 26. Juli 2006 erstmals eine Debatte über eine Ökologische Finanzreform. Die überraschend gut besuchte Veranstaltung fand im lettischen Umweltministerium in Riga statt. Sehr positiv wurden die Erfahrungen und Fortschritte aus dem Nachbarland Estland aufgenommen, welche wir durch frühere Konferenzen vermitteln konnten. Dr. Anselm Görres vom FÖS berichtete von den deutschen Erfahrungen, die bei den Vertretern des Finanz- und Umweltministeriums auf hohes Interesse und rege Nachfragen stießen. Angesichts der – durch den Zusammenbruch der industriellen Wirtschaft bedingten – guten Treibhausgasbilanz Lettlands sind konkrete Schritte abseits der EU-Energiesteuerrichtlinie aber noch in weiter Ferne.

Lettland erhöhte 2005 die Dieselsteuer im Zuge des EU-Beitrittsprozesses von 15 auf 24 Cent pro Liter.

Unterrichtsmaterialien „Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz“

In Absprache mit dem Umweltbundesamt und der Öffentlichkeitsarbeit im Bundesumweltministerium wurden die Broschüre „Marktwirtschaftlichen Instrumente in der Umweltpolitik“ mit Materialien für den Unterricht erstellt. In ihm sind sowohl Hintergrundinformationen und Erklärungen zur grundsätzlichen Klimaproblematik und zum Energieverbrauch als auch Pros und Contras zur Ökologischen Steuerreform, zum Emissionshandel und der Reform umweltschädlicher Subventionen enthalten.

Arbeitsaufgaben, ein Quiz und 20 farbige Schaubilder ergänzen das Heft. Wenn Sie als Lehrer, Professor oder Dozent auf aktuelle, umweltpolitische Themen eingehen wollen und Zusammenhänge von Wirtschaft, Umwelt und Politik anschaulich erläutern wollen, bieten sie Ihnen sicherlich eine wertvolle Hilfestellung. Die verständlich gehaltenen Hintergrundtexte, Aufgaben und Foliensätze zu Fragen des Klimaschutzes, Wirtschaft und Umwelt, Emissionshandel und

Ökosteuern stoßen bereits auf sehr große Nachfrage, da es zu diesem Thema wenig aktuelle Bildungsmaterialien gibt.

Die FÖS-Materialien stehen unter <http://www.foes.de/4fakten/Lehrermaterialien.html> zum Download bereit und sind in gedruckter Form beim FÖS kostenfrei erhältlich. Bestellungen bitte an: foes@foes.de

NUR 10 EURO: OECD-Publikation zu Ökosteuern

Die umfangreiche und sehr lesenswerte OECD-Publikation „The Political Economy of Environmentally Related Taxes“ ist beim FÖS für nur 10 Euro zuzüglich Versandkosten (anstelle der sonst offiziellen 40 Euro) erhältlich.

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN40/OECDFlyer.pdf>

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN40/OECDSummary.pdf>

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

FÖS/BfN-Tagungsband „ÖSR und Naturschutz“

Ein gemeinsamer Tagungsband des Bundesamtes für Naturschutz und dem Förderverein Ökologische Steuerreform ist in der FÖS-Geschäftsstelle gegen Übernahme der Versandkosten jetzt kostenfrei erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

Inhaltsverzeichnis

<http://www.foesold.foes.de/downloads/Tagungsband.pdf>

Präsentationen unter:
<http://www.foes.de/de/VeranstaltungNaturschutz2005.php>

3. WELTUMWELTSTEUER-KONFERENZ

8th Annual Global Conference on Environmental Taxation

18. – 20. Oktober 2007 in München

Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, die weltgrößte Umweltsteuerkonferenz im Oktober 2007 in München ausrichten zu können - als erste NGO überhaupt.

Die Reihe dieser internationalen Konferenzen begann 1999 in Cleveland/USA. Weitere Tagungen fanden seither in Vancouver, Vermont, Sydney, Pavia, Leuven und vor wenigen Wochen in Ottawa statt.

Für uns ist die Tagung in München aus mehreren Gründen eine Quelle besonderen Stolzes:

- Zum ersten Mal findet die Konferenz in Deutschland statt, obwohl wir in Sachen Umweltsteuern zu den führenden Nationen zählen.
- Zum ersten Mal wird sie von einer NGO (Nichtregierungsorganisation) ausgerichtet, statt wie bisher von akademischen Institutionen.
- Schließlich hat zu unserer besonderen Freude Oberbürgermeister Ude die Schirmherrschaft für die Stadt München übernommen.
- Das Bundesumweltministerium, sowie das Umweltbundesamt sind offizielle Förderer.

Die Universität Regensburg wird mit den bekannten Professoren Wolfgang Wiegard (Mitglied des Sachverständigenrats Wirtschaft der Bundesregierung) und Wolfgang Buchholz für eine seriöse wissenschaftliche Begleitung sorgen.

Dabei stehen, anders als bei vielen einschlägigen Tagungen, diesmal weder die administrativen Details noch die politischen Kontroversen der umweltpolitischen Instrumentendebatte im Zentrum, sondern es geht vielmehr um Vorteile für uns alle, nämlich um die nachweisbar positiven Effekte für Innovation, Beschäftigung und Wachstum. Thema der Konferenz lautet daher: **Innovation, Technology and Employment – Impacts of Environmental Fiscal Reforms and other Market-Based Instruments.**

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.worldecotax.org> und den Konferenzflyer unter <http://www.worldecotax.org/flyer.html>. Oder sie schicken eine Email für weitere Informationen an foes@foes.de

Aber natürlich ist eine solch große Konferenz – wir rechnen mit ca. 250 Wissenschaftlern und Interessierten aus aller Welt – für uns auch eine große finanzielle Herausforderung, der wir ohne Spenden und Sponsoren nicht gewachsen sind. Daher bitten wir Sie um Mithilfe – einerseits durch Spenden und andererseits indem Sie uns helfen, Großsponsoren zu finden. Wir sind für jeden Hinweis und jede Hilfe zur Kontaktaufnahme dankbar!

Spenden wollen wir Ihnen so einfach wie möglich machen: <http://www.foes.de/de/spenden.html>, Sie können aber auch ganz konventionell spenden an GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 30 00.

Wir freuen uns auch sehr über eingereichte Papiere, den Call for Papers finden Sie unter http://www.worldecotax.org/call_for_papers.html.

4. GRENZSTEUERAUSGLEICH

Grenzsteuerausgleich / Border Tax Adjustment – Wie die EU weltweit die ÖSR und den Klimaschutz voranbringen könnte

[Kai Schlegelmilch, FÖS]

1. Einleitung

Der Energiebesteuerung im nationalen Rahmen sind durch Tanktourismus, aber insbesondere durch die internationalen Märkte und die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit gerade auch energieintensiver Sektoren Grenzen gesetzt. Übliche Argumentationsmuster sind, dass durch höhere Energiesteuern zumindest energieintensive Sektoren, die zugleich internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind, ihre Produktionen in das ggf. weniger stark besteuerte Ausland verlagern. Damit einher gehen jedoch Arbeitsplatzverluste und ein

Teil der industriellen Basis einer Volkswirtschaft wäre verloren. Das ist für praktisch kaum einen Politiker attraktiv. Daher scheut man vor wirklich effektiven Energiesteuern in energieintensiven Sektoren zurück und nimmt statt dessen durch meist starke Steuerermäßigungen einen kurzfristigen Aufkommensverlust bei den Energiesteuern in Kauf. Mittel- und langfristig kann dies jedoch zumindest dieses Aufkommen stabil halten, weil so Abwanderung verhindert wird. Zu diesem Dilemma kommt hinzu, dass so praktisch nur geringe durch die Politik zusätzlich veranlasste Anreize zum Energiesparen und zur Reduktion der Treibhausgasemissionen, insbesondere des CO₂, kommen. Sicher, der Anreiz ist schon allein aufgrund der seit wenigen Jahren hohen Energiepreise vorhanden. Und vor allem ist bisher eine internationale Harmonisierung der Energiebesteuerung – nicht zuletzt aufgrund der in der EU erforderlichen Einstimmigkeit – nur in kleinen Schritten möglich gewesen, ganz zu schweigen von einer globalen Energie-/CO₂-Steuer. Und selbst die geringfügige Anhebung der Energiebesteuerung auf EU-Ebene ab dem Jahr 2004 ist durch die Inflation längst schon wieder kompensiert worden. Ganz allgemein gesprochen, ist es so bisher auch nicht möglich gewesen, einen globalen Klimaschutz voranzubringen, der die anderen Staaten, die bisher nicht das Kioto-Protokoll ratifiziert haben, einschließt. Wie könnte man also einen globalen Klimaschutz voranbringen, der gerade auch Staaten wie die USA und Australien, aber auch Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und Indonesien einbindet?

2. Grenzsteuerausgleich als wesentlicher Lösungsbeitrag zum Klimaschutz und zur Wettbewerbsfähigkeit

Durch eine Besteuerung von Importen in Abhängigkeit von der Energieintensität ihrer Produktion könnte hier einen charmanten und interessanten Ansatz bieten. Wenn Produkte analog der Energieintensität ihrer Produktion besteuert würden, bedeutete dies folgendes: Importe würden teurer aus Staaten, die relativ zur EU energieineffizienter produzieren. Importe aus Staaten, die energieeffizienter produzieren als die EU (also faktisch nur Japan). Zugleich würden aber Exporte aus der EU in alle Staaten bis auf Japan günstiger werden, weil die Unternehmen für sie die in der EU gezahlten Energiesteuern zurückerstattet bekämen.

Im Effekt wären die EU-Produkte sowohl auf Auslandsmärkten als auch im Binnenmarkt wettbewerbsfähiger und weitere Anstrengungen zur Erhöhung der Energieeffizienz würden sich unmittelbar in einen weiteren Wettbewerbsvorteil ummünzen lassen.

Dieser sehr strategische Ansatz, insbesondere im Verhältnis zu den USA, wird in seinen politischen Dimensionen in einem Politikanalysepapier sehr gut herausgearbeitet:

[http://www.glogov.org/upload/public%20files/pdf/publications/BiermannBrohmClimatePolicy4\(2005\)BorderTaxAdjustment.pdf](http://www.glogov.org/upload/public%20files/pdf/publications/BiermannBrohmClimatePolicy4(2005)BorderTaxAdjustment.pdf)

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/BTA/BiermannUSA-EU.pdf>

Etwas konkreter wird das Konzept interessanterweise in einem Papier aus den USA beschrieben, das übrigens das einzige Land der Welt ist, das eine Besteuerung von ozonzerstörenden Stoffen ist, bei dem ein solcher Grenzsteuerausgleich auch auf Stoffe, die nicht im Endprodukt enthalten sind, angewandt wird.

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/RoleOfBTA.pdf>

Auch in Australien macht man sich Gedanken, wie ein solcher Grenzsteuerausgleich aussehen könnte (The Australia Institute "Competitiveness and Carbon Pricing: Border adjustments for greenhouse policies": "The paper presents analysis showing that only a handful of Australian industries would face significant competitiveness risk as a result of the adoption of a carbon tax or emissions trading. This removes the most common argument against Australia ratifying the Kyoto Protocol. A limited system of border adjustments is proposed to preserve the international competitiveness of at-risk energy-intensive industries whilst maintaining the carbon price signal within the domestic economy. Assessed against a range of criteria – including effectiveness in offsetting competitiveness effects, maintaining environmental integrity, minimising economic costs, and administrative simplicity – border adjustment, the paper argues, is the most promising policy option for solving the carbon leakage problem." Download the paper at:

http://www.tai.org.au/Publications_Files/DP_Files/DP86%20Sum.pdf

Auch wurde bereits eine Arbeit über die konkrete Anwendung mit Kalkulation der Auswirkungen erstellt:

http://www.cepe.ethz.ch/education/CompletedThesis/260506_SA_Besteuer_und_Emissionen_B_Giriod.pdf

Kein Wunder, dass sich schon verschiedenste Institutionen damit befasst haben. Denn mit der Einführung eines Grenzsteuerausgleichs verbunden wäre schon nahezu eine Umkehr des eingangs beschriebenen Dilemmas:

Statt Verlust von Arbeitsplätzen durch mögliche Abwanderung aufgrund einer Vorreiterrolle in der Klimapolitik, bestünde nun ein Wettbewerbsvorteil gerade auch für effiziente energieintensive Produktionen in der EU. Zudem könnten, ja müssten geradezu die Energiesteuern für energieintensive Produktionen auf das Normalniveau sonstiger Besteuerungen gebracht werden, um diesen Vorteil voll zur Geltung kommen zu lassen. Möglicherweise könnten damit sogar Steuermehreinnahmen verbunden sein. Aber das hängt natürlich von der Energieintensität und dem Verhältnis von Exporten und Importen ab. Eine gleichmäßigere Besteuerung aller Sektoren würde auch Steuervermeidung und juristische Umfirmierungen reduzieren. Zugleich hätten EU-Kommission und Mitgliedstaaten weniger Probleme in Bezug auf EU-rechtliche Beihilfefragen. Denn bisher gewährt die EU-Kommission nur befristet und gut begründet Ermäßigungen für Teile der Wirtschaft.

Mit diesem Anreizsystem könnten gerade über den ökonomischen Hebel drohenden Verlustes der Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiv und ineffizient hergestellter Produkte z.B. aus den USA, auch diese Staaten einen starken Anreiz bekommen, ähnliche nationale Anreizmechanismen wie steigende Energiesteuern oder Emissionshandel einzuführen, um damit auch die eigene Wirtschaft zu mehr Energieeffizienz anzuhalten und damit einem drohenden Wettbewerbsverlust entgegenzuwirken. Gerade für die Verhandlungen eines internationalen Klimaregimes für die Zeit nach 2012 könnte dies ein sehr interessantes Verhandlungselement sein.

Neue Allianzen mit energieintensiven Firmen in der EU könnten sich aufbauen, weil ihre Wettbewerbsfähigkeit – es klingt fast schon paradox – dank höherer Energiebesteuerung gesteigert wird.

Dabei ist ein Grenzsteuerausgleich eigentlich nichts Neues, sondern er wird bereits seit Jahrzehnten bei der Mehrwertsteuer praktiziert. Der Unterschied ist jedoch, dass hier die Besteuerung auf den Konsum im jeweiligen Land abhebt. Jetzt soll jedoch auf die Produktion im Produktionsland abgehoben werden. Aber da gibt es keinen fundamentalen Unterschied.

3. Rechtliche Zulässigkeit

Dieser Ansatz wird von mancher Seite als Protektionismus und damit als nicht vereinbar mit den Regeln des internationalen Welthandels abgetan. Natürlich könnte man etwas spitz zurückfragen, was denn geschützt werden sollte: Die EU-Wirtschaft, weil sie effizient ist und das Klima schützt, das globale Klima oder nur der allgemeine Neoliberalismus, der derartige Ansätze aus fundamentalen Gründen verwirft?

Die Organisation für die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit (OECD) der Industriestaaten ist nicht verdächtig, sich gegen den internationalen Welthandel zu engagieren. In einer Publikation Mitte 2006 (<http://www.oecd.org/env/taxes/politicaconomy>, Zusammenfassung: <http://www.oecd.org/dataoecd/27/23/36966499.pdf>, <http://www.foes.de/de/downloads/OESN40/OECDFlyer.pdf>) hat sie sich eingehend mit diesem Thema befasst. Letztlich kommt sie aber zu den folgenden Schlussfolgerungen:

1. Ein Grenzsteuerausgleich könnte OECD-Produzenten [sie muss hier aus Gründen der Mitgliedschaft auch der USA in der OECD neutraler und allgemeiner formulieren als dies aus Sicht allein der EU erforderlich wäre] komplett schützen und zugleich die globalen Emissionen reduzieren. Allerdings könnte das System nicht leicht zu administrieren sein. Nebenbei bemerkt ist dieses allerdings nur begrenzt tragfähig in der heutigen Welt der Datenverfügbarkeit.
2. Ob ein derartiger Grenzsteuerausgleich unter den Regeln von GATT/WTO rechtlich zulässig ist, bleibt letztlich ungeklärt. Denn eindeutige Regeln gibt es dazu nicht bei GATT/WTO. Gerade die Frage, ob

physisch nicht mehr im Endprodukt enthaltene Stoffe einer Besteuerung unterliegen können, ist umstritten. Insofern ist es gute Praxis Streitigkeiten über sogenannte „Dispute Panels“ schlichten zu lassen. Noch hat es aber keinen solchen Fall gegeben, der vor einem derartigen Gremium geschlichtet und entschieden worden wäre. Es gibt sogar mehrere Fälle, die zumindest Analogien erlauben, die positiv entschieden worden sind. Aber es gilt hier: Niemand kann es vorhersagen. Als Indiz dafür führt die OECD aus: "The intricacies of the underlying issues are demonstrated by the fact that the WTO's Trade and Environment Committee has been engaged in ongoing discussions of the issue since its establishment in 1995 and has not been able to resolve the issue one way or the other."

3. Letztlich kommt es darauf an, dass einzelne Staaten oder Regionen einen entsprechenden Grenzsteuerausgleich einführen. Falls niemand dagegen klagen sollte, hat sich die Rechtsunsicherheit ohnehin faktisch schon erledigt. Und falls doch jemand klagen sollte, dann könne man erst nach einem Schiedsspruch wissen, ob ein Grenzsteuerausgleich rechtlich zulässig ist oder nicht. Insofern müsse es ein Land oder eine Region schlichtweg ausprobieren, bevor die Diskussion über die mögliche rechtliche Zulässigkeit weiter theoretisiert werden sollte.

4. Die EU-Kommission als weltweit einzige Vorreiterinstitution

Die EU-Kommission ist vermutlich die einzige Institution weltweit, die den politischen Willen und die administrative Kapazität haben könnte, um einen detaillierten umsetzbaren Vorschlag auszuarbeiten und politisch auch durchzusetzen. Der Stern-Bericht (<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/Stern-ReportDeutscheFassung.pdf>) hat verdeutlicht, dass die Kosten des Nichthandels beim Klimaschutz die Kosten des Handelns bei weitem übersteigen. Daher ist es erforderlich alle erdenklichen Optionen mit Nachdruck zu verfolgen, und dazu zählt auch ein Grenzsteuerausgleich.

Die politischen Anknüpfungspunkte dafür könnten die beginnenden Verhandlungen zum Klimaregime für die Zeit nach 2012 sein. Aber auch die nächsten EU-Erweiterungen, die mit den Bewerberländern Kroatien, Mazedonien und Türkei anstehen, könnten dafür genutzt werden. Denn bei den Verhandlungen zur EU-Energiesteuer-Richtlinie 2003/96 hat sich gezeigt, dass erst der Druck, dass neue Staaten aufgenommen werden sollten, die im Zweifel von einer höheren Energiebesteuerung stärker als die bisherigen Mitgliedstaaten getroffen würden, den politischen Willen zu einem Konsens zu kommen, gestärkt hat.

5. Unterstützung von prominenten Seiten

Für diesen Ansatz gibt es mittlerweile einige prominente Fürsprecher. So hat erst vor wenigen Wochen eine vom EU-Vizepräsidenten Günter Verheugen eingesetzte **hochrangige Gruppe zu Energie, Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt** die EU-Kommission in ihrem zweiten Bericht

(http://ec.europa.eu/enterprise/environment/hlg/doc_06/second_report_30_10_06.pdf;

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1496&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>;

http://ec.europa.eu/enterprise/environment/hlg/hlg_en.htm;

<http://www.europeanvoice.com/current/article.asp?id=26346&print=1>;

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,448862,00.html>) dazu aufgefordert, die Möglichkeiten eines Grenzsteuerausgleichs zu untersuchen. Und darin waren auch hochrangige Industrievertreter sowie das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft vertreten.

So hatte sich bereits Mitte der 90er Jahre Angestellte aus der Steuerabteilung des BAYER-Konzerns konkrete Gedanken über einen möglichen Grenzsteuerausgleich gemacht und dies auch im Detail beschrieben und publiziert (Keil, Thomas (1997) Allphasen-Ökosteuern - Rahmenbedingungen für eine wirksame und standortverträgliche ökologische Steuerreform, Eberhard Blottner Verlag, Taunusstein).

http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/BTA_KeilEnglisch.pdf

Auch der **ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank** Professor Joseph E. Stiglitz hat sich wie folgt geäußert (Übersetzung des FÖS): „(...) In den meisten entwickelten Ländern der heutigen Welt zahlen Firmen die Kosten der globalen Umweltverschmutzung in Form von Steuern auf Kohle, Öl und Gas. Aber amerikanische Firmen werden subventioniert, und zwar in massiver Weise. Hier gibt es ein einfaches Gegenmittel: **Andere Länder sollten den Import von amerikanischen Waren, die unter Verwendung energieintensiver Technologien produziert wurden, verbieten oder zumindest hohe Steuern auf diese verhängen, um diese Subventionierung auszugleichen.**(...) Japan, Europa und die anderen Vertragspartner des Kioto-Protokolls sollten unverzüglich eine Klage bei der WTO einreichen, welche die unfaire Subventionierung angreift. Denn amerikanische Firmen verfügen seit langem über unfaire Handelsvorteile aufgrund ihrer billigen Energie, aber während sie den Nutzen daraus ziehen, zahlt die Welt den Preis der globalen Erwärmung.“ (<http://www.heartland.org/pdf/19398.pdf>).

Und auch Staaten wie **Frankreich** fordern mittlerweile einen Grenzsteuerausgleich. Interessanterweise wurde diese Forderung just während der Verhandlungen zum Klimaschutz in Nairobi erhoben, möglicherweise genau aus o.g. Kalkül heraus

(http://news.yahoo.com/s/afp/20061108/sc_afp/francepolitics_061108180811). Entsprechend publiziert die tageszeitung einen bemerkenswerten Artikel, dem zufolge Frankreich sogar ankündigt Anfang 2007 einen eigenen Vorschlag dazu vorzulegen.

Frankreich plant einen Umweltzoll

[Rudolf Balmer, taz vom 15.11.2006] Für gute Vorsätze ist es nie zu spät. Fünf Monate vor den Wahlen hat Premierminister Dominique de Villepin eine Reihe von Initiativen angekündigt, mit denen Frankreich seinen Rückstand in Sachen Umwelt- und Klimaschutz wettmachen soll.

So werden die steuerlichen Sanktionen für Industrien, welche die Umwelt mit Schadstoffen belasten, sowie die Fluglärmabgaben für 2007 um je 10 Prozent erhöht. Für den Gütertransport durch die Alpen und andere besonders exponierte Regionen erwägt die Regierung eine Schwerverkehrs-

abgabe.

Die eigentliche Überraschung in diesem Ökosteuerpaket ist aber ein "Umweltzoll". Importe aus Ländern, die wie China, Indien oder Brasilien nicht die Auflagen des Kioto-Klimaprotokolls beachten müssen und die nichts oder wenig gegen ihre sehr rasch wachsende Kohlendioxid- und Schadstoffproduktion unternehmen, sollen mit zusätzlichen Abgaben belastet werden.

Auf den Einwand, die Welthandelsorganisation WTO werde einen solchen Ökostrafzoll niemals billigen, antwortet der Regierungsexperte Jean-Marc Jankovici zuversichtlich: "Die WTO schließt die Möglichkeit von Abgaben nicht aus, solange sie nicht diskriminierend sind." Außerdem habe der Kampf gegen die Folgen der Klimaerwärmung ganz einfach Priorität vor der Handelspolitik. Paris will den Vorschlag der EU im ersten Quartal 2007 unterbreiten. Wie alle Steueranpassungen setzt die Einführung eines Ökoimportzolls die Einstimmigkeit der Mitglieder voraus. Dass diese erreicht wird, darf bezweifelt werden. Dennoch soll Umweltministerin Nelly Olin auf der internationalen Klimakonferenz in Nairobi die französische Initiative vorstellen.

6. Grenzausgleich mit Emissionshandel kombinierbar

Auch die Möglichkeit, einen Grenzausgleich mit dem Emissionshandel zu kombinieren, stellt eine attraktive Option dar, nicht zuletzt, weil der Emissionshandel offensichtlich global leichter harmonisierungsfähig ist als eine Energiebesteuerung: <http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/BTA-IsmerNeuhoff.pdf>

7. Erste Schlussfolgerungen

Die Einführung eines Grenzsteuerausgleiches sollte jetzt intensiv und ernsthaft durch die EU-Kommission geprüft werden und als wesentliches Verhandlungselement für das Klimaregime nach 2012 eingebracht werden. Die Einführung könnte jedoch, je nach Fortschritt der Arbeiten der EU-Kommission, wesentlich früher, z.B. ab 2009/10 erfolgen. Er bietet eine große Chance, das oft beschriebene Dilemma von regionaler Vorreiterrolle beim Klimaschutz und dem dann möglicherweise drohenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Produktionen und der damit verbundenen Abwanderung und Verlust an Arbeitsplätzen aufzulösen und den Markt noch stärker in den

Nutzen für den Klimaschutz zu stellen. Zugleich könnten sich neue Allianzen mit energieintensiven Unternehmen in der EU aufbauen.

5. FÖS IN DEN MEDIEN

Ökosteuer besser als ihr Ruf

Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) hat Mitte September gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Konferenz zum Thema Ökologische Finanzreform veranstaltet. Auf der Berliner Tagung sollten „die Perspektiven nachhaltiger Finanzpolitik in Deutschland ausgelotet werden“.

Der vollständige Artikel ist hier nachzulesen:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/OekosteuerSchuldt.pdf>

Neue Ökosteuer mit "hohem Hetzpotenzial"

[Nick Reimer, taz vom 14.9.2006] Eine ökologische Steuerreform brächte genauso viel Geld wie die Mehrwertsteuererhöhung - und würde das Klima schützen. Nicht schlecht, heißt es aus dem Finanzministerium. Aber es gäbe keinen Politiker, der sich das traut.

Benzin wird im Januar um 6 Cent teurer. Das rechnet Kai Schlegelmilch vom Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) vor. Ökologische Steuer? Ökosteuer? 6 Cent? Wer da einen Zusammenhang sieht, sei auf dem Holzweg, so Schlegelmilch: Die Verteuerung setze sich zusammen aus der Mehrwertsteuererhöhung und der neuen Besteuerung der beizumischenden Biokraftstoffe.

Unter der Überschrift "Nachhaltige Finanzpolitik" diskutierten Steuerfachleute gestern in Berlin mit Politik und Industrie. Tenor: Nicht alles Schwarz-Rote ist schlecht, aber vieles war unter Rot-Grün besser. "Zum Beispiel die Ökosteuer: Der Kraftstoffverbrauch ist zwischen 2000 und 2005 um 17,8 Prozent gesunken", so Schlegelmilch. Gegner der Ökosteuer bezweifeln dies: Der Rückgang resultiere lediglich daraus, dass Deutschlands Autofahrer nach Polen oder Österreich zum Tanken

fahren - dem Staat also Milliarden verloren gehen. "Wie ist dann zu erklären, dass binnen 5 Jahren 5,5 Prozent mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel benutzen?" Bei Car-Sharing, so Schlegel, lag der Zuwachs sogar bei 86 Prozent. "Die Ökosteuer brachte 18 Milliarden Euro, ebenso viel, wie die erhöhte Mehrwertsteuer bringen soll."

Die FÖS-Leute präsentieren deshalb ein Gegenkonzept: Angleichung der Dieselsteuer an Benzin, Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Firmenwagen auf 3,5 Liter je 100 Kilometer, Abschaffung der Steuerbefreiung von Flugbenzin, Entfernungspauschale auf 10 Cent senken. Auch mit diesen Maßnahmen komme man auf 18 Milliarden Euro mehr für den Staatshaushalt. Schlegelmilch: "Warum nicht lieber eine Steuerpolitik, die das Klima rettet?"

"Dafür gibt es keine politische Mehrheit", sagt Barbara Hendricks, die als Staatssekretärin bereits dem dritten Finanzminister dient. Die Vorschläge seien "nicht schlecht", hätten "aber ein hohes Hetzpotenzial". Aktuell sehe sie nirgends einen Politiker, "der sich da rantraut". "Die Mehrwertsteuer streut anders", so die SPD-Politikerin. Da Waren des täglichen Bedarfs nicht teurer werden, würden untere Einkommensschichten nicht so stark belastet, wie das bei einer neuen Energiesteuerrunde der Fall wäre.

Es folgt die Stunde der Lobbyisten. Alerte Herren der Wirtschaftsvereinigung Stahl oder des Verbands der Chemischen Industrie wollen nur "einen Hinweis" geben: Wichtig sei doch, ob eine Firma vor oder hinter der Grenze zu Tschechien angesiedelt ist. Würde Strom staatlicherseits auch "nur 5 Prozent teurer, ist deutscher Stahl auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig". - Die Arbeitsplatz-Drohung sei "langweilig und dumm", sagte FÖS-Vorsitzender Anselm Görres. "Untersuchungen belegen, dass die Ökosteuer 250.000 Jobs geschaffen hat." Es sei auch falsch, wie Hendricks "ständig auf die Bild-Zeitung oder Politbarometer" zu schauen. Der Ex-Umweltminister Jürgen Trittin habe vorgemacht, dass man auch durch Anecken erfolgreiche Politik machen kann. Görres: "Das ist bei seinem Nachfolger ganz anders: Dessen einziges politisches Ziel scheint in dieser Legislatur zu sein: zwei Atomkraftwerke abzuschalten."

<http://www.foes.de/de/VeranstaltungMerkelsteuer2006.php>

30 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen pro Jahr - Finanzminister Steinbrück bekommt Schwarzbuch und Sparschweine zum Subventionsabbau

[Gemeinsame Pressemitteilung von BUND, FÖS, NABU, FUE und HKF vom 20.11.2006] 30 Milliarden Euro könnte die Bundesregierung pro Jahr einsparen, wenn sie ökologisch nachteilige Förderungen abbauen würde. Das geht aus einem "Schwarzbuch zu umwelt- und klimaschädlichen Subventionen" hervor, das der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund (NABU), der Hamburger Klimaschutzfonds und der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) verfasst haben. Das "Schwarzbuch" wurde heute anlässlich der einjährigen Amtszeit von Minister Peer Steinbrück dem Bundesfinanzministerium übergeben. Aufgelistet sind darin rund 20 umweltschädliche Subventionen. Zu den größten Posten gehört die geringere Besteuerung von Dieselkraftstoff im Vergleich zu Normalbenzin. Mindestens acht der 18 subventionierten Cent pro Liter müssten abgebaut werden, fordern die Verbände. Allein dies entlaste den Bundeshaushalt um jährlich 2,6 Milliarden Euro. Einsparen ließen sich auch Förderungen für den Braunkohlebergbau sowie Steuervergünstigungen für Atom-Rückstellungen, die sich auf eine weitere Milliarde Euro pro Jahr summieren. Weitere 500 Millionen Euro brächte dem Bundesetat die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs ein, das Fahrzeuge mit hohem Spritverbrauch begünstigt. Hier könne die Bundesregierung von Großbritannien lernen, wo diese Besteuerung bereits reformiert worden sei. Dort würden Firmenwagen inzwischen durchschnittlich weniger Sprit verbrauchen als Privatfahrzeuge. Angelika Zahrnt, BUND-Vorsitzende: "Vor einem Jahr hat Peer Steinbrück sein Amt angetreten. Seitdem hat er nur wenig zum Abbau ökologisch bedenklicher Subventionen beigetragen. Das Betreiben riskanter Atomanlagen, der Bau klimaschädlicher Kohlekraftwerke und Sprit fressende Dienstwagen - all dies wird staatlich gefördert. Wenn die Sonntagsreden von Kanzlerin Merkel,

Umweltminister Gabriel und Finanzminister Steinbrück über die Dringlichkeit einer nachhaltigen Politik ernst gemeint sind, muss das Fördern umweltschädlicher Tatbestände ein Ende haben." Die Verbände forderten Steinbrück auf, an die Sparbemühungen seines Vorgängers Hans Eichel anzuknüpfen. Neben dem "Schwarzbuch" erhielt er deshalb einen symbolischen Sparscheck über 30 Milliarden Euro und mehrere Sparschweine. Eichel, der wegen seiner Sparschweinsammlung auch 'Spar-Hans' genannt wurde, hatte 2002 ein Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen vorgelegt, das jedoch am Widerstand der Union gescheitert war.

Olaf Tschimpke, NABU-Präsident: "Minister Steinbrück sollte auch die Privilegien für den klimaschädlichsten Verkehrsträger Flugzeug beseitigen und die Mehrwertsteuerbefreiung bei grenzüberschreitenden Flügen sowie die Befreiung von der Mineralölsteuer bei Inlandsflügen schnell abschaffen. Damit könnte er 900 Millionen Euro jährlich einnehmen und gleichzeitig wirksam zum Klimaschutz beitragen."

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS: "In ihrem ersten Jahr hat die Große Koalition jede Chance verpasst, umweltschädliche Steuerergeschenke für Industrie und Landwirtschaft zu reduzieren. Anstatt die Sonderregelungen bei der Energiesteuer ökologischer zu gestalten, weitete Schwarz-Rot bestehende Vergünstigungen auf zusätzliche Branchen aus. Nur wenn Herr Steinbrück diese Politik beendet, wird es für die Wirtschaft Anreize geben, klima- und umweltbewusster zu produzieren."

http://www.foes.de/de/downloads/Politische%20Forderungen/Schwarzbuch_version_1.6_final.pdf

Schwarzbuch der Umweltschützer – Umweltschädliche Subventionen verschlingen 30 Milliarden

[*Spiegel Online, 20.11.2006*] Niedrige Steuern auf Diesel, Begünstigungen für Dienstwagen, Förderung des Braunkohleabbaus - aus ökologischer Sicht unsinnig und dazu noch teuer, sagen Deutschlands Naturschützer. 30 Milliarden Euro könnte die Bundesregierung sparen, würde sie auf "klimaschädliche Subventionen" verzichten.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutsch-

land (BUND), der Naturschutzbund (NABU) und andere Umweltverbände übergaben ihr "Schwarzbuch zu umwelt- und klimaschädlichen Subventionen" anlässlich der einjährigen Amtszeit von Peer Steinbrück (SPD) dem Bundesfinanzministerium. Aufgelistet werden darin rund 20 umweltschädliche Subventionen.

Zu den ökologisch schädlichsten Subventionen gehöre die im Vergleich zu Normalbenzin geringere Besteuerung von Dieselmotoren. Mindestens acht der 18 subventionierten Cent pro Liter müssten abgebaut werden, fordern die Verbände. Allein dies entlaste den Bundeshaushalt um jährlich 2,6 Milliarden Euro. Einsparen ließen sich Förderungen beim Braunkohlebergbau und Steuerhilfen für Atom-Rückstellungen, die sich auf eine weitere Milliarde Euro pro Jahr summieren.

Zusätzliche 500 Millionen Euro jährlich brächte dem Bundesetat die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, das bislang Autos mit hohem Spritverbrauch begünstige. Hier könne die Bundesregierung von Großbritannien lernen, wo diese Besteuerung bereits reformiert worden sei. Dort verbrauchten Firmenwagen im Schnitt inzwischen weniger Sprit als Privatfahrzeuge.

Die Verbände, darunter auch der Hamburger Klimaschutzfonds, das Forum Umwelt und Entwicklung sowie der Förderverein Ökologische Steuerreform, forderten Finanzminister Steinbrück auf, an die Sparbemühungen seines Vorgängers Hans Eichel (SPD) anzuknüpfen. Neben dem "Schwarzbuch" erhielt er deshalb einen symbolischen Spar-Scheck über 30 Milliarden Euro und mehrere Sparschweine.

BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt hielt Steinbrück vor, er habe seit Amtsantritt nur wenig zum Abbau ökologisch bedenklicher Subventionen beigetragen. "Das Betreiben riskanter Atomanlagen, der Bau klimaschädlicher Kohlekraftwerke und Sprit fressende Dienstwagen - all dies wird staatlich gefördert."

NABU-Präsident Olaf Tschimpke sagte: "Minister Steinbrück sollte auch die Privilegien für den klimaschädlichsten Verkehrsträger Flugzeug beseitigen und die Mehrwertsteuerbefreiung bei grenzüberschreitenden Flügen sowie die Befreiung von der Mineralölsteuer bei Inlandsflügen schnell abschaffen." Er könnte so 900 Millionen Euro pro Jahr einnehmen.

http://www.foes.de/de/Pressemitteilung_20112006.html?PHPSESSID=c4986a4895b8baa6f97a3c773cca44e3

Steuergeld für Umwelterstörung

[Maika Brzoska, taz vom 21.11.2006] 30 Milliarden Euro könnte die Bundesregierung pro Jahr sparen, wenn sie steuerliche Begünstigungen für ökologisches Fehlverhalten abbauen würde. Das hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) errechnet. Am 20.11.2006 überreichte dessen Vorsitzende Angelika Zahrt Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) zur seiner einjährigen Amtszeit ein "Schwarzbuch zu umwelt- und klimaschädlichen Subventionen".

In dem Buch aufgelistet sind 20 Steuerbegünstigungen, deren Abbau der BUND, der Naturschutzbund Deutschland (Nabu), der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) und weitere Umweltorganisationen fordern.

Größter finanzieller Posten ist die geringere Besteuerung von Dieseldieselkraftstoff im Vergleich zu Normalbenzin. "Diesel ist pro Liter 18 Cent billiger als Benzin", sagt Dietmar Oeliger vom Nabu. Wenn die Begünstigung um acht Cent pro Liter abgebaut werde, könnten 2,6 Milliarden Euro eingespart werden. Weniger Nachfrage nach Diesel käme der Umwelt zugute. Denn: "Der Ausstoß von CO₂ bei Diesel ist um 10 bis 15 Prozent höher als bei normalem Benzin", erklärt Oelinger. Früher sollte durch billiges Diesel das Transportgewerbe gestärkt werden. Ob das heute noch berechtigt ist, stellt auch Manfred Fischeidick vom Wuppertal-Institut in Frage. Auch er sieht die Politik in der Pflicht, Anreize für ökologisches Verhalten zu setzen. So könnte es etwa steuerliche Anreize für energieeffizientere Fahrzeuge geben, sagt Fischeidick.

"Man kann die Begünstigung nur im Zusammenhang mit der Kfz-Steuer sehen", sagt eine Sprecherin des Bundesministerium für Finanzen. Diese sei für Diesel-Fahrzeuge deutlich höher als bei den anderen.

Weitere 500 Millionen ließen sich einsparen, wenn das Dienstwagenprivileg abgeschafft würde. "Die Pkw der Kabinettsmitglieder haben einen unnötig hohen Spritverbrauch", sagt Zahrt. Auch den Subventionen für den Flugverkehr widmet

sich das Schwarzbuch: Diese Privilegien sollten abgeschafft werden, fordert der BUND. "Inlandsflüge sind von der Mineralölsteuer befreit, Flüge ins Ausland von der Mehrwertsteuer", so Zahrt. Das seien falsche Anreize für den klimaschädlichen Verkehrsträger. Die Abschaffung der Subvention brächte 900 Millionen Euro.

"Nur wenn Herr Steinbrück die Vergünstigungen beendet, wird es für die Wirtschaft Anreize geben, klima- und umweltbewusster zu produzieren", sagt Anselm Görres vom FÖS.

<http://www.rp-online.de/public/article/aktuelles/wissen/umwelt/378163>

<http://www.ngz-online.de/public/article/aktuelles/wissen/umwelt/378163>

<http://linkszeitung.de/content/view/68641/51/>

<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=903372>

Ökonomie trifft Ökologie – ein Interview

Ökonomie trifft Ökologie – ein Interview von Craig Morris mit Vijay Vaitheeswaran, Energieexperte bei der britischen Zeitschrift "The Economist" und Autor von "Power to the People", über die notwendige Orientierung der Energiepolitik. In diesem Interview spricht Vaitheeswaran auch den FÖS und den von uns vergebenen Adam-Smith-Preis an. Zu finden unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23769/1.html>

Telepolis-Sonderheft „Energie Sparen“ – mit FÖS-Artikel zur ÖSR

Im neuen Telepolis-Sonderheft „Energie-Sparen“ findet sich neben einer Vielzahl nützlicher Artikel zu Solaranlagen, Wärmedämmung, Photovoltaik, Brennstoffzellen, Grünstrom, Biodiesel fürs Auto, ökologische Steuerreform, Öko-Investments, EcoTopTen auch ein Artikel vom FÖS über die Ökologische Steuerreform. Auf der dem Magazin beigefügten CD-Rom ist darüber hinaus auch das FÖS-Memorandum und das FÖS-Kurzkonzept zu finden.

Bestellen können Sie es unter:

http://www.heise.de/tp/r4/buch/buch_24.html

6. ÖKOSTEUER

Die Ökosteuer funktioniert fast zu gut

[Kommentar Dietmar Bartz, taz vom 21.9.2006.] Erfreuliches ist wieder einmal vom Statistischen Bundesamt zu lesen. Trotz steigender Autozahlen ist der Spritverbrauch deutlich gesunken, seit vor sechs Jahren die Ökosteuer eingeführt worden ist. Von den 15 Prozent weniger Treibstoffabsatz gehen wohl zwei Drittel auf den Preis zurück, ein Drittel ist sparsameren Motoren zu verdanken. Ein Jammer, dass die rot-grüne Bundesregierung 1999 die Ökosteuer mit ihrer gemischten umwelt- und sozialpolitischen Ausrichtung so miserabel vermarktet hat. Ihre segensreiche Wirkung ist höchstens durch den Wegfall, durch das Nicht-Getankte ins Kollektivbewusstsein der Autonation zu transportieren. Aber wie soll das gehen? Die Erlöse aus der Ökosteuer senken auch den Rentenversicherungsbeitrag - aber das steht nicht einmal als individuell berechneter Vermerk auf den Steuerbescheiden. Eigentlich muss die Ökosteuer fortlaufend weiter erhöht werden. Das ist bei dieser großen Koalition ein unmögliches Unterfangen. Aber immerhin: Verhaltenslenkung per Preis funktioniert. Zwar herrscht besonders beim zunehmenden Lkw-Verkehr noch erheblicher Handlungsbedarf. Auch beim Personenverkehr herrscht noch Spielraum: Selbst CDU-Länderchefs freunden sich langsam mit der Pkw-Maut an, die die Mobilitätsgesellschaft ebenfalls unterminiert. Aber insgesamt produziert schon allein die Ökosteuer bereits einen spürbaren Beitrag gegen das Klimaproblem. Aber das wird nicht reichen. Gegen die Erderwärmung sind drastische Schritte und offene Diskussionen über Auflagen für die Industrieproduktion und das Verbraucherverhalten nötig. Fast funktioniert die Ökosteuer zu gut, weil sie zu still und zu leise wirkt, also niemandem weh tut. Seien es Steuern mit Lenkungswirkung, sei es der Handel mit Emissionenzertifikaten, wenn er denn funktionieren würde - die unter Klimapolitikern so populären neuen marktkompatiblen Ansätze beschwören das Trugbild herauf, der Markt werde selbst den Treibhauseffekt in den Griff bekommen, wenn uns nur rechtzeitig die passenden Instrumente einfallen. Doch der Klimaschutz wird weh tun müssen, um wirksam zu sein.

Grüne kritisieren die faktische Abschaffung der Ökosteuer für Industrie

[Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 25.10.2006] Zur Entscheidung im Finanzausschuss zur Ausweitung der Ökosteuer-Ausnahmen für die Industrie und der Einführung einer Biokraftstoffquote erklärt Reinhard Loske MdB: Die beschlossene Abschaffung der Ökosteuer für die Industrie ist ökologisch fragwürdig und ein Ausdruck von falsch verstandener Industriepolitik. Statt die Ökosteuer-Ausnahmen abzubauen und an ökologische Gegenleistungen zu koppeln, werden sie ausgeweitet. Faktisch schafft die große Koalition damit die Ökosteuer für die Industrie ab, obwohl diese weiterhin von der durch die Ökologische Steuerreform finanzierte Senkung der Rentenbeiträge profitiert. Wir kritisieren, dass die mit der Ökologischen Steuerreform ermäßigten Sätze für Heizöl, Erdgas und Flüssiggas von 60 Prozent nun auf alle Energiesteuern auch jenseits der Ökosteuer ausgeweitet werden. Zusätzlich sollen weitere industrielle Prozesse vergünstigte Steuersätze erhalten. Unverständlich ist auch, warum der komplizierte Spitzenausgleich nicht abgeschafft wird. Demnach sollen Unternehmen weiterhin 95 Prozent ihrer Ausgaben erstattet bekommen, wenn ihre Belastung aus der Energiesteuer die Entlastung aus Senkung der Rentenbeiträge übersteigt. Der Spitzenausgleich ist kompliziert, konterkariert ökologische Anreize und ist EU-rechtlich fragwürdig. Am besten wäre, ihn ganz abzuschaffen. Das alles hat wenig mit einer Politik der ökologischen Modernisierung zu tun, aber viel mit falscher Industriepolitik. Die Industrie sollte aber von der Politik darin unterstützt werden, die Chancen für mehr Energieeffizienz zu nutzen. Wir fordern deshalb, dass die Gewährung ermäßigter Steuersätze künftig an verbindliche Gegenleistungen wie ein Energie-Audit oder Energiemanagement gekoppelt werden. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie hierfür schnellstmöglich ein überzeugendes Konzept erarbeitet. Zusätzlich hat der Finanzausschuss die Einführung einer Biokraftstoffquote beschlossen. Zwar ist dies grundsätzlich zu begrüßen. Doch werden vor allem die großen Mineralölkonzerne von diesem Gesetz profitieren. Anscheinend hat die große Koalition es darauf abgesehen, die in den letzten Jahren aufgebauten

Strukturen zu zerschlagen und den Mittelstand aus dem Geschäft herauszudrängen. Dabei sind es vor allem kleinere Unternehmen, die in diesem Sektor mehrere tausend Arbeitsplätze geschaffen haben und die Entwicklung neuer Kraftstoffsorten vorangetrieben haben.

***Steuer weniger öko –
Union und SPD lassen Ausnahmen weiter gelten und legen Zwangsquote für Biosprit in Diesel und Benzin fest***

[Thorsten Denkler, taz vom 27.10.2006] Die große Koalition weitet die Rabatte für die Industrie auf die Ökosteuer aus. Über den Weg eines Gesetzes über Biokraftstoffquoten haben die Abgeordneten von Schwarz-Rot gestern im Bundestag beschlossen, künftig auch Herstellern von Zementplatten und mineralischen Dämmstoffen einen 60-Prozent-Rabatt auf die Ökosteuer zu gewähren. Der Einsatz von Heizöl, Erdgas und Flüssiggas soll im produzierenden Gewerbe generell mit einem Rabatt von 60 Prozent auf alle Energiesteuern belohnt werden. Grünen-Fraktionsvize Reinhard Loske sagte der taz: "Mit dem Gesetz wird die Ökosteuer faktisch abgeschafft."

Zusätzlich wird der sogenannte Spitzenausgleich verlängert. Mit dem Spitzenausgleich bekommen Unternehmen, die mehr Energiesteuern zahlen, als sie durch die mit den Ökosteuererinnahmen gesenkten Rentenbeiträge einsparen, die Differenz zu 95 Prozent erstattet. Diese Regelung hatte noch Rot-Grün auf Druck der Europäischen Union bis zum 31. Dezember diesen Jahres befristet. Die jetzige Verlängerung steht unter dem Vorbehalt einer Genehmigung durch die EU.

Im Jahr 1999 ist die Ökosteuer von der rot-grünen Regierung verabschiedet worden. Ziel war es, Energie teurer zu machen, um den Energieverbrauch zu senken. Mit den zusätzlichen Einnahmen wird seitdem versucht, den Rentenbeitrag stabil zu halten, also die Lohnnebenkosten zu entlasten.

Im gleichen Gesetz legte der Bundestag gestern die Beimischungsgrenzen für Biosprit in Diesel und Normalbenzin fest. Dazu ist die Bundesregierung nach einer Richtlinie der Europäischen Union verpflichtet. Nach dem Gesetz müssen im kommenden Jahr 1,2 Prozent Biosprit beigemischt

werden, im Jahr darauf sind es 2,8 Prozent. Damit soll die Industrie Zeit bekommen, sich an die neuen Regeln anzupassen. Ursprünglich war in den ersten beiden Jahren eine Zweiprozentgrenze vorgesehen. Der Wert wird bis zum Jahr 2010 auf 6,75 Prozent steigen, ein Prozent mehr, als von der EU verlangt. Für die Erhöhung der Quote hatte sich die Union eingesetzt.

Loske hält diesen Teil des Gesetzes prinzipiell für richtig. Es gebe Biosprit, der etwa aus Rapspflanzen gewonnen wird, eine "mittelfristige Perspektive". Problematisch sei hingegen, dass zugleich die Steuerbegünstigung für Biokraftstoffe generell wegfallen, was sie teurer mache. Die Bundesregierung erhofft sich von der Neuregelung Mehreinnahmen in Höhe von 4,3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2010.

Mit der Zwangsquote läge zudem die Nachfrage allein bei den großen Mineralölkonzernen. "Es besteht die Gefahr einer Monopolisierung", sagte Loske. Und diese Marktmacht können die Konzerne auch bei ihrem Einkauf nutzen, zum Beispiel für billigen Biosprit aus Asien. Das träfe nicht nur die Kleinbauern in Deutschland, die sich mit Rapsanbau ein Zubrot verdienen, sondern hätte auch ökologische Nachteile. Loske prophezeit, dass in den Entwicklungsländern Monokulturen angelegt und brandgerodet werden, um genügend Ölpflanzen für den Biospritmarkt anbauen zu könne. "Wir brauchen internationale Vereinbarungen, die das verhindern", sagt Loske.

Gipfelsturm nur mit Reservierung

[Yvonne Brandenburg, Spiegel Online vom 16.10.2006] Der Mont Blanc gerät zur Müllhalde. Zehntausende Touristen im Jahr sind zu viel, klagt ein Bürgermeister. Um den Ansturm auf den höchsten Berg der Alpen zu begrenzen, fordert er eine Ökosteuer und Reservierungspflicht für die Hütten. Die Bergsteiger sind entsetzt.

Unter Europas Gipfelstürmern herrscht Aufregung. Der Zugang zum höchsten Berg der Alpen, dem Mont Blanc, soll eingeschränkt werden. Das will zumindest der Bürgermeister der französischen Kommune Saint-Gervais, auf deren Gebiet der 4807 Meter hohe Berg steht. Mit dem Zwang zur Reservierung für die Bergunterkünfte sowie einer Ökosteuer will Jean-Marc Peilleux gegen die

zunehmende Verschmutzung des Montblanc kämpfen, die die wachsenden Touristenströme verursachen. Alpinisten pochen jedoch auf freien Zugang zu allen Gipfeln.

Der Mont Blanc ist überlaufen, klagt Bürgermeister Peillex. Im Sommer 2003 sei ein Teil des Berges gelb vom Urin der jährlich rund 30.000 Bergwanderer gewesen. In den folgenden Jahren sei dies nur nicht der Fall gewesen, weil es genug geschneit habe, um die Hinterlassenschaften der Mont-Blanc-Besteiger zu überdecken. Peillex schlägt deshalb eine Ökosteuer vor. Ein "symbolischer Betrag" von einem Euro könne für das Wegräumen von Abfall sowie für Kampagnen für mehr Umweltbewusstsein genutzt werden.

Die andere Säule von Peillex' Plan ist die Reservierungspflicht bei Unterkünften. "Hier muss es mehr Disziplin geben", sagt er. Derzeit nehmen die Unterkünfte des Mont Blanc mit ihren gut 250 Plätzen grundsätzlich jeden auf, der anklopft. Gäste ohne Reservierung müssen allerdings Abstriche beim Komfort machen. Das heißt auf dem Boden des Gemeinschaftsraums schlafen und morgens nur ein heißes Getränk, sagt Bernard Mudry, Vorsitzender des französischen Alpinclubs CAF, der die Herbergen auf dem Berg betreibt.

Wachpersonal auf 3800 Metern

Die Unterkünfte gehören allerdings der Kommune. Und deren Chef Peillex will verbindliche Reservierungen, die verfallen, wenn jemand zum Beispiel wegen schlechten Wetters nicht kommt. "Wie bei einem Flug, den man umbucht", sagt Peillex. Damit das wilde Campen rund um die Herbergen aufhört, solle entsprechendes Wachpersonal regelmäßig vor Ort sein.

Olivier Dufour, Vorsitzender der örtlichen Bergführervereinigung, findet die Vorschläge des Bürgermeisters zu kategorisch. "Auf 3800 Metern kann man den Leuten ohne Reservierung nicht sagen, geht wieder runter." Die Herbergen müssten da flexibel bleiben. Auf zehn Gäste mehr oder weniger komme es nicht an. Großgruppen ohne Vorbestellung seien allerdings ein Problem, räumt der Bergführer ein. "Aber vor 15 Jahren war das viel schlimmer." Auch das Müllproblem werde übertrieben. Zwar habe er mit anderen Helfern bei der diesjährigen Aufräumaktion wieder tonnenweise Abfälle aufgesammelt, doch das Umweltbewusstsein der Bergwanderer sei deutlich ge-

wachsen.

Auch Vincent Neirinck von der Bergschutzorganisation Mountain Wilderness findet: "Der Besucherstrom ist überhaupt nicht das Problem." Eine viel größere Gefahr für die Umwelt seien der Lkw-Verkehr sowie neue Straßenbauprojekte in der Region. Der Bürgermeister verhalte sich inkonsequent, kritisiert Neirinck. Schließlich könne er die Bahnverbindung schließen, die die Mont-Blanc-Besucher zum in 2372 Meter Höhe gelegenen Nid d'Aigle bringt - und dadurch den Aufstieg erschweren. Auf diese Einnahmen will er nicht verzichten, gibt Peillex offen zu.

Mehr Autos, weniger Sprit

[*Spiegel Online, 20.11.2006*] Zwar ist in den letzten Jahren die Zahl der motorisierten Fahrzeuge auf deutschen Straßen stark gestiegen. Doch heute wird pro Tag weniger Sprit verbraucht als früher. Dafür gibt es mehrere Gründe, stellten amtliche Statistiker fest.

Trotz mehr Autos, Bussen, Lastwagen und Motorrädern auf Deutschlands Straßen ist seit Beginn der ökologischen Steuerreform am 1. April 1999 der Absatz an Benzin und Diesel kontinuierlich gesunken, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Wurden vor sieben Jahren noch durchschnittlich 205 Millionen Liter pro Tag verbraucht, waren es 2005 nur noch 171 Millionen Liter täglich. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der motorisierten Fahrzeuge von 52,4 auf 56,3 Millionen.

Für den Rückgang beim Benzinverbrauch gibt es laut Statistiker mehrere Gründe. "Die Autos sind im Lauf der Jahre immer sparsamer geworden und verbrauchen weniger", sagte ein Statistiker. Zudem würden viele Autofahrer wegen der hohen Kraftstoffpreise öfter mal das Auto stehen lassen.

Bei den Spritsorten sank insbesondere der Benzinverbrauch seit 1999 deutlich um ein Viertel. Die Beliebtheit der verbrauchsarmen Diesel-Autos zeigt sich daran, dass der Absatz von Diesel lediglich um 6,5 Prozent zurückging. Der tägliche Kraftstoffverbrauch entspricht laut Statistik 2,85 Millionen Tankfüllungen von 60 Litern. Das Amt hat bei der Berechnung nicht den so genannten Tanktourismus, also den Kraftstoffeinkauf jenseits der Grenzen berücksichtigt. Am 22. September ist

der Europäische autofreie Tag.

7. EMISSIONSHANDEL

Briten verkaufen Verschmutzungsrechte

[Bernward Janzing, taz vom 4.07.2006] Deutschland hatte Angst vor der eigenen Courage - jetzt machen es andere Länder vor: Der britische Umweltminister David Miliband gab gestern bekannt, dass Großbritannien ab dem Jahr 2008 einen Teil seiner Klimagift-Emissionsrechte an die Firmen des Landes versteigern wird. Unternehmen mit Feuerungsanlagen ab 20 Megawatt Leistung brauchen seit 2005 für jede Tonne Kohlendioxid, die sie in die Luft blasen, ein entsprechendes Emissionsrecht - das so genannte CO₂-Zertifikat.

Wie die allermeisten EU-Staaten hatte bislang auch Großbritannien seine Zertifikate den Konzernen kostenlos geschenkt. Das ändert sich nun: Der Entscheid der Londoner Regierung beschert dem Staat Zusatzeinnahmen und reduziert zugleich die Mitnahmeeffekte betroffener Konzerne. 7 Prozent der Emissionsrechte werden öffentlich versteigert - was rund 17 Millionen Tonnen CO₂ jährlich entspricht. Legt man den aktuellen Zertifikatspreis von 16 Euro je Tonne zugrunde, wird das Königreich dadurch um etwa 270 Millionen Euro jährlich reicher.

Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) verzichtete kürzlich - mit der ökonomisch unhaltbaren Begründung, dadurch die Energiepreise zu verteuern. Verschenkt oder verkauft - die Erfahrungen aus der ersten Handelsperiode zeigen, dass das der Strompreisentwicklung egal ist. Denn egal, wie die Konzerne zu den Zertifikaten kommen - eingepreist werden sie so oder so.

Diese Erfahrung missfällt den Finanzministern der EU-Staaten zunehmend. Deshalb sind die Briten nicht die Einzigen, die Emissionspapiere verkaufen wollen. Auch in Frankreich deutet sich an, dass der Staat, statt wie bisher alle Rechte zu verschenken, diese verkaufen will. Ohnehin dürfen nach EU-Vorgaben nur zehn Prozent der gesamten Emissionsrechte versteigert werden. Auch Dänemark und Irland werden vermutlich Zertifikate verkauft. Dänemark hatte bereits in der ersten Stufe des Kioto-Protokolls fünf Prozent seiner Emis-

sionsrechte versteigert. Diskutiert wird der anteilige Verkauf zudem in Luxemburg und Schweden. Nicht nur für den Staatshaushalt, sondern auch für den Klimaschutz wird der Verkauf attraktiv, wenn der Staat das eingenommene Geld für entsprechende Investitionen nutzt. Dänemark hat solche Pläne bereits geäußert.

Zum Start der ersten Handelsperiode 2005 hatten 4 von 25 Staaten versteigert - neben Dänemark auch Ungarn, Litauen und Irland. Dass Irland diesmal ähnlich vorgehen wird, gilt als sicher. Auch Litauen hatte den Verkauf von 1,5 Prozent der Rechte überwiegend mit den Kosten der Administration begründet. Eigentlich hätten die so genannten Allokationspläne - nationale Vorschriften für den Handel mit CO₂-Zertifikaten - bis zum 1. Juli Brüssel zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Doch bislang gingen lediglich die Unterlagen aus Estland und Deutschland bei der EU ein. Im Juli dürften eine ganze Reihe folgen. Vielleicht ist "Klimaprimus" Deutschland mit seiner "Geschenkpraxis" dann bloß noch der Klassentrottel.

Studie der City of London wirbt für Emissionshandel auf lokaler Ebene

Eine Studie, herausgegeben von der Stadt London, wirbt für den Emissionshandel auf lokaler Ebene. Auf knapp hundert Seiten werden unter anderem die Struktur und Größe des derzeitigen Marktes sowie die gesetzlichen Rahmenbedingungen behandelt. Daneben wird ein Blick in die Zukunft geworfen. Unter dem Titel „Emissions Trading and the City of London“ wird eine Ausweitung des Emissionshandels auf die lokale Ebene vorgeschlagen. Im Vordergrund stehen Maßnahmen für den Gebäudesektor und das Transportnetz.

Die Studie der City of London:

http://cityoflondon.gov.uk/NR/rdonlyres/80FBAA72-434C-4FCB-BF42-0A9C91158DD2/0/BC_RS_emissions_0609_FR.pdf

Energieversorger lehnen Zertifikateversteigerung ab

[Europressedienst, 27.10.2006] Die deutschen Energieversorger stehen der Option einer künftigen Versteigerung von CO₂-Zertifikaten für die

kommende Handelsperiode (2008-2012) kritisch gegenüber. "Unsere Grenzkosten haben sich durch den Emissionshandel erhöht und würden sich bei einer Zertifikateauktion weiter erhöhen", sagte Daniel Genz von Vattenfall Europe auf der Euroforum-Konferenz "CO₂-Emissionshandel" in Düsseldorf.

Bisher hat die Bundesregierung die Zertifikate an die teilnehmenden Unternehmen kostenlos abgegeben. Eine Option, die von den Energieversorgern auch für die Zukunft befürwortet wird. "Durch die kostenlose Abgabe von Zertifikaten werden notwendige Investitionsanreize geliefert, denn in den nächsten Jahren müssen 7.400 Megawatt Atomkraftwerksleistung kompensiert werden", sagte Vattenfall-Vertreter Genz im Rahmen seines Vortrags.

Laut EU ist allerdings bereits ab 2008 eine Versteigerung von bis zu zehn Prozent der Zertifikate möglich. Ob die Bundesregierung von dieser Option Gebrauch machen wird steht noch nicht fest. Das neue Zuteilungsgesetz, das die Umsetzung des "Nationalen Allokationsplans II" (NAP II) regelt, befindet sich derzeit noch in der Ressortabstimmung. Im Dezember soll es im Bundestag verabschiedet werden. Ob der aktuelle Zuteilungsplan bereits Hinweise auf eine künftige Versteigerung der Verschmutzungsrechte gibt, wurde auf der Euroforum-Konferenz kontrovers diskutiert. So sieht der Gesetzesentwurf unter anderem eine Reserve von zwei Millionen Tonnen Zertifikate zur Refinanzierung von Systemkosten vor. "Das ist kein Hinweis auf einen Einstieg in die Auktionierung", sagte Roland Geres, Moderator der Konferenz und gleichzeitig geschäftsführender Gesellschafter bei der FutureCamp GmbH, die Firmen im Bereich Emissionshandel berät.

Energieintensive Industrie fordert "CO₂-Steuer"

Ein "Dauerbrenner"-Thema in der Emissionshandelsbranche ist die Einpreisung der Kosten des Zertifikatehandels in den Strompreis. Dieses Vorgehen, so betonte Vattenfall-Vertreter Genz, sei aus betriebswirtschaftlicher Sicht nur rational. Vertreter aus dem Bereich der energieintensiven Industrie halten allerdings dagegen. So merkte Dr. Christof Bauer von der Degussa AG an: "Wir als produzierende Industrie können im internationalen Wettbewerb die Zertifikate im Unterschied zu den Energieversorgungsunternehmen nicht einpreisen,

denn sonst würde unsere Produkte niemand mehr kaufen." Durch den Emissionshandel, so Bauer, würden die Energieversorger eine doppelte Dividende erhalten: Höhere Strompreise und einen Zusatzerlös durch den Zertifikateverkauf. Abhilfe könnte die Einführung einer so genannten "CO₂-Steuer" bringen. So erwägt die Europäische Kommission eine neue Steuer auf Güter zu erheben, die aus Ländern importiert werden, in denen die Industrie nicht verpflichtet ist, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Steuer soll einen Ausgleich schaffen zwischen Herstellern, die Kosten für Umweltschutzmaßnahmen tragen, und denjenigen, die dies nicht tun. Verbandsvertreter der energieintensiven Industrie befürworten die Einführung einer solchen Steuer und sind nach Auskunft von Bauer an der Diskussion auf EU-Ebene beteiligt.

JI-Maßnahmen werden attraktiver

Weiteres zentrales Konferenzthema in Düsseldorf: Die Beteiligung von Unternehmen an Maßnahmen zur Generierung von zusätzlichen Kohlendioxidzertifikaten. Bereits in der laufenden Handelsperiode ist die Teilnahme an Projekten in Entwicklungsländern (so genannte CDM-(Clean Development Mechanism)) möglich. Und deutsche Unternehmen machen von dieser Möglichkeit bereits regen Gebrauch. 22 Projekte mit deutscher Beteiligung liegen nach Auskunft der "Deutschen Emissionshandelsstelle" (DEHSt) bereits vor. Ab 2008 können Unternehmen außerdem Projekte in anderen Industrieländern durchführen (so genannte JI- (Joint Implementation) Maßnahmen). Ein Zielland solcher Maßnahmen ist Deutschland. 55 Projekte wurden nach Auskunft der DEHSt bereits beantragt, darunter hauptsächlich in den Bereichen Gruben-, Biogas und Brennstoffwechsel.

Nach Einschätzung von Franzjosef Schafhausen vom Bundesumweltministerium (BMU) ist Deutschland als Gastland für JI-Projekte allerdings nur dann attraktiv, wenn die Durchführung der Projekte preisgünstig ist. So plant Länder wie die Niederlande, Dänemark, Österreich, Frankreich, Italien und Spanien die Finanzierung sowohl von CDM- als auch JI-Maßnahmen aus öffentlichen Mitteln. In Deutschland werde hingegen eine staatlich geförderte Nutzung abgelehnt.

Kritik an der Durchführung von JI-Maßnahmen äußerte E.ON Ruhrgas Vertreter Klaus-Robert

Kabelitz. Je weiter die Osterweiterung der EU fortschreite, desto weniger relevant würden solche Maßnahmen. CO₂-Zertifikate könne man dann sehr viel einfacher direkt innerhalb des europäischen Emissionshandelssystems handeln, ohne den Umweg über JI-Projekte zu gehen. Bei der Durchführung von JI-Projekten in Deutschland müssen zudem Doppelförderungen vermieden werden. Nach Auskunft der DEHSt können keine Pläne unterstützt werden, die bereits im Rahmen des "Erneuerbare-Energien-Gesetz" (EEG) mit einer Einspeisevergütung "belohnt" werden. Bisher habe man daher noch keinem Projekt zugestimmt.

Unterdessen geht die Arbeit am "International Transaction Log" (ITL) weiter. Alle von den Unternehmen im Rahmen von flexiblen Mechanismen zusätzlich erworbenen Zertifikate müssen in diesem zentralen Register verbucht werden. Es soll bis spätestens Ende April 2007 in Betrieb genommen werden und die Angaben sowohl aus nationalen als auch aus dem europäischen Register "Community Independent Transaction Log" (CITL) beinhalten. Kritik an diesem Einführungszeitpunkt übte Konferenzteilnehmer Jürgen Landgrebe von der DEHSt. Das Datum kollidiere mit dem Termin für die Einreichung der Abgabepflichtungen von allen am Emissionshandel beteiligten Unternehmen. "Wir plädieren daher für eine Verlagerung auf Mitte 2007, um Koordinationsprobleme zu umgehen."

Teile der USA planen Einstieg in den Emissionshandel

Neben den Entwicklungen in Deutschland und Europa war der geplante, gemeinsame Emissionshandel zwischen der EU, Kalifornien und sieben weiteren Bundesstaaten im Nordosten der USA Konferenzthema in Düsseldorf. BMU-Vertreter Schafhausen wertete das Engagement des kalifornischen Gouverneurs Arnold Schwarzenegger als Reflex auf eine grundlegende Änderung der klimapolitischen Haltung innerhalb der US-Bevölkerung. Auch Roland Geres von Future-Camp sprach von einer Art "Grass-Root-Bewegung" mit großem Potenzial: "Nach meiner Erfahrung schlägt die Politik der Bundesstaaten nach zwei Jahren auf die Bundesebene durch."

8. KLIMAWANDEL UND KLIMASCHUTZ

Verlorene Jugend am Fluss – In „Eine unbequeme Wahrheit mahnt Al Gore die Menschheit zur Umkehr

[Rainer Gansera, SZ, 12.10.2006] Keiner gab dem Projekt eine Chance: ein Dokumentarfilm über einen US-Präsidentschaftskandidaten, der nach seiner Niederlage mit einer Dia-Show durch die Lande tingelt, um über so unangenehme Dinge wie die globale Erwärmung und die dramatisch sich abzeichnende Klimakatastrophe anhand von Fotos, Tabellen und Grafiken zu sprechen.

Doch natürlich kam alles ganz anders. Davis Guggenheims „An Inconvenient Truth“ erhielt beim Sundance-Festival standing ovations, wurde nach Cannes eingeladen und spielte bislang in den Kinos der USA 24 Millionen Dollar ein. Der New Yorker sprach vom „wichtigsten Film des Jahres“, der Starkritiker Roger Ebert formulierte ultimativ: „In den 39 Jahren meines Filmkritikerdaseins habe ich diese Worte noch nie geschrieben, aber hier sind sie: Sie schulden es sich selbst, diesen Film zu sehen. Wenn Sie es nicht tun, und Enkelkinder haben, sollten Sie ihnen Ihre Entscheidung erklären!“ Auch erste Bekehrungen gab es. Der republikanische Gouverneur Arnold Schwarzenegger versprach nach Besuch des Films, von seinem PS-protzenden Landrover auf ein umweltschonendes Automobil umzusteigen.

Regisseur Davis Guggenheim (der mit ambitionierten TV-Dokus und preisgekrönten Kultserien wie „24“ bekannt wurde) ist ein faszinierend bewegender Film gelungen: informatives Lehrstück, schönes Al-Gore-Porträt, Homemovie und Katastrophenfilm. Zuerst überrascht der melancholische Erzählton. Bilder einer baumbestandenen Flussbiegung, ein ruhiger Kameraschwenk, dazu Al Gores Kindheitserinnerungen an Bade freuden in den fünfziger Jahren. Ahnungen, dass es solche Flüsse, in denen man unbekümmert baden kann, bald nicht mehr geben wird. Die Schönheit der Szenerie und die trauerdurchwirkte Gelassenheit des Erzählers wirken nachhaltiger, als es jeder Cassandra-Tonfall tun könnte. Hier spricht jemand, der sich schon als Student für den

Klimaschutz engagierte, der als Senator und Vizepräsident zahlreiche Umweltschutz-Initiativen auf den Weg brachte und dabei mehr Niederlagen als Erfolge verzeichnen musste. Er weiß, wovon er spricht, kennt die Argumente der Gegner, hält sich aber nicht mit Klagen über verpasste Chancen oder gegnerische Machenschaften auf.

Das ist die zweite Überraschung: Al Gores Ironie und Freiheit von Selbstmitleid. Als hölzern, blass und matt war er verschrien – bei seinen Vorträgen stellt er sich ironisch mit dem Satz vor: „Mein Name ist Al Gore, ich war mal der nächste Präsident der Vereinigten Staaten.“ Damit ist das Kapitel seiner bitteren Niederlage bei der Präsidentschaftswahl 2000 abgehakt. Dann kommt er zur Sache, ironisiert die vielfältigen Mechanismen des Verdrängenwollens, widerlegt die Behauptung vom Ökonomie-Ökologie-Gegensatz, zeigt, dass die vom Menschen verursachte Erderwärmung keineswegs in den Kurven der „natürlichen Klimaschwankungen“ zur vernachlässigbaren Welle wird. Besonders eindrucksvoll: die Aufnahmen der schmelzenden Polkappen und Gletscher. Der Schnee auf dem Kilimandscharo ist verschwunden, und man wird Hemingways Roman mit anderen Augen lesen müssen – ohne seine Schneekrone erscheint der Berg nicht mehr als magischer Sehnsuchtsort. Die Tabellen und Grafiken der Kohlendioxid-Emissionen werden zu Fieberkurven des Erschreckens.

Dann sieht man Al Gore wieder auf irgendeinem Flugplatz, ohne Bodyguards, unscheinbar unterwegs wie ein braver Passagier, der sein Kofferchen hinter sich herzieht und bei der Kontrolle anstehen muss. Kein Missionar mit schriller Stimme – ein Forschungsreisender, der die Ergebnisse seiner vierzigjährigen Erfahrungen auch in China präsentieren darf. Zwischendurch erzählt er von Erlebnissen, die sein Leben verwandelt haben: vom Unfall seines kleinen Sohnes, vom Lungenkrebs-Tod der Schwester. Um die Wandlung der Haltungen geht es in „Eine unbequeme Wahrheit“: um die Übernahme planetarischer Verantwortung, um die Änderung eines Lebensstils, bei dem die heutige Menschheit mit den fossilen Brennstoffen, die sie in gigantischem Ausmaß durch Schloten und Auspuffe jagt, auch die Lebenschancen zukünftiger Generationen verheizt. Angesichts dieses Films erscheinen all die ande-

ren Probleme – Terrorismus, Altersfragen, die Nöte orientierungsloser Jugendlicher –, von denen jedes zweite Filmhochschüler-Opos erzählt, fast belanglos. Das Bild einer Flussbiegung, die es bald nur noch in der Erinnerung geben wird, ist aufwühlender.

Klimaoffensive aus Brüssel

Die Kommission verlangt von den EU-Staaten im Kampf gegen die Erderwärmung Taten statt Worte

[Alexander Hagelüken, SZ vom 04.12.2006] Als sich die Weltgemeinschaft vor kurzem in Nairobi ohne konkrete Ergebnisse vertagte, war die Enttäuschung spürbar. Wieder keine Fortschritte im Kampf gegen die Erderwärmung. Die Europäer, die sich beim Klimaschutz als Avantgarde fühlen, lobten sich und klagten über die anderen. Wahrscheinlich dachte keiner der europäischen Politiker, er würde schnell an seinen Worten gemessen. Doch auf einmal fordert die Brüsseler Kommission die Regierungen auf, ihre Ankündigungen durch Taten zu veredeln. So kommt es zum Realitätstest für alle, die die Erderwärmung zur „größten Bedrohung für die Zukunft“ erhoben haben – wie Angela Merkel und Tony Blair.

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas will die selbsternannten Klimaschützer bewegen, ihre Forderungen im eigenen Land umzusetzen. Gerade erst hat Dimas Deutschland und anderen Ländern verboten, Emissionsrechte an Energiekonzerne zu verschenken. Im Stillen arbeitet er an weiteren Provokationen wie Kohlendioxid-Limits für die Autobranche. Und an einer Verteuerung des Fliegens, sodass ein Ticket von Frankfurt nach Marseille nicht mehr für zehn Euro zu kaufen wäre.

Die potentiell betroffenen Firmen reagieren, wie mächtige Konzerne reagieren. In der Energiebranche ist bereits ein offener Streit zwischen Brüssel und der Bundesregierung ausgebrochen. Bevor die Öffentlichkeit in den kommenden Wochen von den Detailberatungen ermüdet wird, ist das Grundsätzliche zu klären: Kommissar Dimas hat völlig recht, Maßnahmen zu verlangen. Ohne neue Anstrengungen werden die EU-Staaten die selbstgesteckte Vorgabe verfehlen, die Treibhausgase gemäß des Kioto-Protokolls zu reduzieren

und danach weiter zu verringern. Verhandeln lässt sich manche Einzelheit des Brüsseler Weges, aber nicht sein Ziel, der Klimakatastrophe zu begegnen.

Um welche Dimension es sich handelt, hat der Report des britischen Ökonomen Nicholas Stern gerade veranschaulicht. In den nächsten Jahrzehnten droht ein Temperatursprung, der so gewaltig ist wie der Unterschied zwischen heute und der letzten Eiszeit. Die Kosten könnten bis zu 20 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung verschlingen. Dagegen vorzusorgen, ist ökonomisch genauso notwendig geworden wie ökologisch.

In dieser Vorsorge kommt ein Vorzug des europäischen Gesellschaftsmodells gegenüber seinem amerikanischen Gegenentwurf zum Ausdruck: Eines höheren Zieles wegen in die Wirtschaft einzugreifen, selbst wenn dies kurzfristig zu finanziellen Nachteilen führt. Europa reguliert die Märkte, um Einkommen gleicher zu verteilen, und wenn dies ohne Exzesse gelingt, führt es zu besseren Ergebnissen als in den USA. Etwas Ähnliches ist beim Klimaschutz nötig: Eingriffe in die Preise und Anreizmechanismen der Wirtschaft, maßvoll, aber ohne falsche Angst. Der Ökonom Stern sagt in einem Satz, warum es aktiven Klimaschutzes bedarf: Weil die Märkte der Gefahr nicht entgegen wirken. Stern spricht vom größten Marktversagen der Neuzeit.

Die Klimaoffensive der Brüsseler Kommission kann, richtig umgesetzt, die europäische Identität stärken, die unter Verfassungskrise und Erweiterungsskepsis so gelitten hat. Dazu kommt die globale Dimension. Die Nordamerikaner und erst recht die Asiaten lassen sich nur zu eigenen Anstrengungen überreden, wenn Europa als Vorreiter glaubwürdig bleibt. Verfehlt die EU die Kioto-Vorgaben, büßt sie dramatisch an Überzeugungskraft ein.

Wenn Brüssel und die Mitgliedsstaaten in den kommenden Monaten über den Klimaschutz verhandeln, steht also viel auf dem Spiel. Manche Maßnahme ist unpopulär, wer zahlt schon gerne mehr für Flugtickets. Es liegt an Angela Merkel und den anderen Regierungschefs, Verantwortung zu übernehmen: Ohne Kosten lässt sich der Klimaschock nicht verhindern.

Neuer UN-Expertenbericht zum Klimawandel

[*dpa, 24.9.2006*] Wissenschaftler haben im Auftrag der Vereinten Nationen einen neuen Klimabericht erstellt. Er liegt den Regierungen nach Informationen der „Welt am Sonntag“ als „streng vertraulicher“ Entwurf vor. Die Studie kommt demnach zu Ergebnissen, die zum Teil weit über die des UN- Klimaberichts von 2001 hinausgehen. Das Umweltministerium erwartet auf der Basis dieser Daten bis 2100 weltweit eine mittlere Erwärmung um drei Grad Celsius. Deutschland werde laut Studie unter Hitzewellen und Dürreperioden leiden.

<http://www.bkz-online.de/modules/news/article.php?storyid=248627>

Der Klimawandel ist unbezahlbar

Ökonom sieht Welt wegen Umweltschäden vor Superrezession – größte Öko-Wirtschaftsstudie

[*Tagesspiegel.de, Matthias Thibaut vom 30.10.2006*] Wenn weiter nichts gegen den Klimawandel getan wird, stürzt die Welt in die schwerste Rezession der neueren Geschichte, die mehr kosten wird als beide Weltkriege zusammen, weite Teile der Welt unbewohnbar und Hunderte Millionen Menschen zu Flüchtlingen machen wird. Aber ein entschlossenes globales Aktions- und Investitionsprogramm könnte diese Kosten dramatisch reduzieren. Dies ist die Essenz eines am Montag in London veröffentlichten und mit Spannung erwarteten 700-Seiten Berichts über die wirtschaftlichen Aspekte des Klimawandels.

Der Autor, Sir Nicholas Stern, argumentiert, dass die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels für einen Bruchteil der genannten Kosten, etwa ein Prozent des globalen Bruttosozialprodukts, vermieden werden können. Ein solches Programm könnte sogar neue Wachstumsanreize bieten. Politisch brisant ist, dass Sterns Bericht das zentrale Argument der amerikanischen Regierung gegen eine Unterzeichnung des Kioto-Protokolls auf den Kopf stellt. US-Präsident George Bush geht bisher davon aus, dass Klimapolitik die Wirtschaft schädigt und internationale Klimavereinbarungen eine Verschwörung gegen die amerikanische Wirtschaftsmacht sind.

Der Bericht wurde im Juli 2005 vom britischen Schatzkanzler Gordon Brown bei Sir Nicholas Stern in Auftrag gegeben, einem früheren Wirtschaftsprofessor, Weltbank-Ökonomen und seit 2003 Berater im britischen Schatzkanzleramt. Er gilt schon jetzt als die umfassendste Wirtschaftsstudie zum Klimawandel.

Vergangene Woche informierte Stern das britische Kabinett von seinen Erkenntnissen. „Stern ließ niemanden im Zweifel, dass Nichtstun keine Option ist“, so ein Kabinettsmitglied der britischen Sonntagszeitung „Observer“. Auch die britische Umweltministerin Margaret Beckett stützte sich auf den Bericht, als sie vergangene Woche Deutschland aufforderte, dem Klimawandel höchste Priorität bei seiner Doppelpräsidentschaft von EU und G8 im nächsten Jahr zu geben. „Dies ist nicht nur ein Umweltproblem. Es ist ein Problem für diejenigen, die mit Wirtschaft und Entwicklung, Konfliktverhinderung, Landwirtschaft, Haushaltspolitik, Verkehr, Innovation, Handel und Gesundheit zu tun haben“, sagte Beckett.

Der Bericht gibt nach den bisher durchgesickerten Informationen zwei alternative Szenarien: eine rasche globale Offensive gegen steigende Umweltverschmutzung, die rund 350 Milliarden Dollar kosten würde – oder eine katastrophale Rezession und Kosten von knapp sieben Billionen Dollar. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung wurde offensichtlich mit Blick auf die UN-Klimaverhandlungen kommende Woche in Nairobi gewählt.

Aber auch in Großbritannien wirft der Bericht Schatten. Premier Blair, dessen Klimaerfolge an der Heimatfront Experten eher skeptisch einschätzen, steht unter Druck, ein Gesetz einzubringen, das jährliche verbindliche Klimaziele vorsehen würde. Die Konservativen wollen die Aufsicht darüber einer unabhängigen Kommission übertragen. „Ein solches System würde den Preis für CO₂ in der Wirtschaft definieren und dafür sorgen, dass teurer wird, was mehr CO₂ produziert“, sagte Parteichef David Cameron.

Weitere Links dazu:

<http://www.sternreview.org.uk>

<http://www.britishembassy.de/en/embassy/environment/environment.htm>

<http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/>

2006-10-

[31 Klimaschaeden von 5 Bio Euro.php](#)

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/Stern-ReportDeutscheFassung.pdf>

Trotz Klimaschutzabkommen: Weltweit steigende CO₂-Emissionen

[*Sonnenseite.com, 26.9.2006*] Die Kohlendioxidemissionen sind im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr weltweit um etwa 2,5 % gestiegen, gegenüber 1990 betrug der Anstieg sogar nahezu 27 %.

Zu diesem Ergebnis kommt das DIW Berlin in seinem aktuellen Wochenbericht. Damit hat der weltweite Klimaschutz im vergangenen Jahr erneut einen Rückschlag erlitten, wenn auch die Zunahme im Jahr 2005 schwächer ausfiel als im Jahr davor (4,5 %). Selbst viele der Länder, die das Kioto-Protokoll ratifiziert haben, sind noch weit von ihrem zugesagten Reduktionsziel entfernt. Vorübergehende Rückgänge sind fast ausschließlich auf den starken wirtschaftlichen Einbruch in den mittel- und osteuropäischen Ländern während der 90er Jahre zurückzuführen.

In Deutschland sind die Kohlendioxidemissionen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % und gegenüber dem Basisjahr 1990 um 19 % gesunken. Damit fehlen Deutschland zur Erreichung des Kioto-Zieles (-21 %) noch gut zwei Prozentpunkte, das entspricht rund 22 Mill. t CO₂-Äquivalenten. Finnland, Frankreich, Großbritannien und Schweden haben ihr Soll schon erfüllt. In den meisten Mitgliedsländern der EU-15 haben die CO₂-Emissionen dagegen seit 1990 kräftig zugenommen, etwa in Spanien (62 %), Portugal (50 %) Irland (45 %), Österreich und Griechenland (jeweils 30 %), Niederlande (16 %) und Italien (13 %). Hier müsste es schon zu einer drastischen Trendumkehr kommen, wenn das Emissionsziel erreicht werden sollte. Die Verfehlung der Kioto-Ziele ist somit für die EU bereits vorprogrammiert.

Einen wesentlichen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen sollte der Emissionshandel leisten, der jedoch auf die Sektoren Energiewirtschaft und Industrie begrenzt ist. Hier müssen noch entsprechende, klare Emissionsbegrenzungen – sogenannte caps – durchgesetzt werden. Handlungsbedarf besteht aber vor allem auch in

den nicht vom Emissionshandel betroffenen Sektoren, etwa bei den privaten Haushalten, insbesondere aber im Verkehr. EU-weit ist der Verkehr inzwischen nach der Energieindustrie, jedoch deutlich vor allen anderen Bereichen, der größte CO₂-Emittent.

Britische Regierung fordert Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes

[FAZ.net, 31.10.2006] Die britische Regierung hat die Vorlage eines alarmierenden Berichtes über die Folgen der globalen Erderwärmung dazu genutzt, auf größere Anstrengungen zum Klimaschutz in aller Welt zu drängen. Schatzkanzler Gordon Brown hat zudem den ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, der jüngst mit dem Film „An Inconvenient Truth“ zum Klimaschutz aufrief, als Berater in Klimafragen engagiert. Zudem erwägt die Regierung die Einführung von mehr „grünen“ Steuern zum Klimaschutz.

Der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank, Nicholas Stern, hat einen im vergangenen Jahr vom britischen Finanzministerium in Auftrag gegebenen Umweltbericht zu den Folgen der Emission von Treibhausgasen vorgelegt. Premierminister Tony Blair, dessen Regierung sich derzeit gegenüber dem Oppositionsführer David Cameron als besonders umweltfreundlich zeigen möchte, sagte: „Dieser Bericht ist das Wichtigste, was ich in meiner Amtszeit zur Zukunft gelesen habe.“ Der Bericht betont, daß die Erderwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts bis zu 5 Grad Celsius erreichen könnte mit katastrophalen Folgen für die Weltwirtschaft, starken Überflutungen und Vertreibung von bis zu 200 Millionen Menschen - meist in den ärmsten Staaten der Welt, vor allem Afrika.

Amerika, Indien und China einbinden

Der Bericht warnt zwar, daß die Folgen des Klimawandels den persönlichen Konsum der Menschen bis zum Jahr 2050 um 5 bis 20 Prozent einschränken könnten. Stern gibt aber auch Hoffnung und sagt, daß weltweit koordinierter Klimaschutz nur ein Prozent des jährlichen globalen Bruttosozialproduktes bis 2050 kosten würde und stärkere Investitionen in neue Techniken für Millionen Menschen neue Arbeitsplätze schaffen könnten.

Blair betonte, daß Großbritannien zwar mehr für den Klimaschutz tun müsse. Aber die Emissionen der Treibhausgase in Großbritannien machten nur zwei Prozent des weltweiten Kohlendioxid-Ausstoßes aus. Selbst wenn Großbritannien seine Emissionen komplett einstellte, würde dies durch den rasanten Anstieg der Emissionen Chinas in nur zwei Jahren kompensiert. Stern schlägt vor, ein globales System zum Emissionshandel vorzubereiten, in das vor allem auch die Vereinigten Staaten, Indien und China eingebunden werden sollten.

Auf der Suche nach einem Kioto-Ersatz

Die britische Regierung drängte am Montag darauf, daß die Welt über ein Konzept nachdenken müsse, welches das im Jahr 2012 auslaufende Kioto-Protokoll ersetze. Nach ihm müssen die unterzeichnenden Staaten ihren Kohlendioxid-Ausstoß reduzieren. Die Vereinigten Staaten - und einige andere Länder - haben das Protokoll nicht unterzeichnet. Blair und Brown forderten, die EU müsse im Klimaschutz vorangehen. Das Europäische System zum Handel der Emissionsrechte solle über das Jahr 2012 hinaus weiterbestehen. Der Handel solle auf alle Emissionen, also auch auf den Kohlendioxid-Ausstoß der Flugzeuge, ausgedehnt werden. Zudem sollten Japan, Australien, Kalifornien und die Schweiz mit eingebunden werden. Gleichzeitig solle die Europäische Union ehrgeizigere Ziele bei der Reduktion der Treibhausgase setzen. Der Kohlendioxid-Ausstoß der EU solle bis zum Jahr 2050 mindestens um 60 Prozent unter das Niveau von 1990 gesenkt werden. Als Zwischenschritt solle die EU die Emissionen bis 2020 um 30 Prozent drosseln.

In ihrem Ehrgeiz, dem Oppositionsführer Cameron das Wahlthema Umweltschutz streitig zu machen, erwähnte die Regierung nicht, daß die wichtigsten wissenschaftlichen Befunde des Stern-Berichtes bereits in ihrem eigenen Energiebericht von Januar 2006 enthalten sind und die von der britischen Regierung jetzt geforderten Anstrengungen zum Klimaschutz ohnehin geplant sind. In ihrem eigenen Energiebericht schrieb die britische Regierung im Januar, daß die EU-Länder bereits im März 2005 vereinbart haben, Pläne auszuarbeiten, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2050 bis 80 Prozent zu reduzieren. Im Januar be-

tonte die britische Regierung zudem, daß sie das selbst gesetzte Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß bis 2010 um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken, nicht erreichen werde. Unterdessen zeigte ein an die Öffentlichkeit geratenes Schreiben des britischen Umweltministers David Miliband an das britische Finanzministerium einen ganzen Strauß von zusätzlichen „grünen“ Steuern, mit denen die britische Regierung den Klimaschutz im Lande vorantreiben könnte: dazu zählen Straßengebühren, Mehrwertsteuer auf EU-Flüge, eine Verdreifachung der Abgaben für die Entsorgung auf Mülldeponien, extra Steuern auf Billigflüge und Benzinsteuern, die Preisnachlässe durch einen sinkenden Ölpreis auffangen würden.

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E5CBCF95473704ACF946BF8B9D77A5521~ATpl~Ecommon~Spezial.html>

UNFCCC-Bericht Treibhausgasemissionen industrialisierter Staaten

[Umweltdachverband.at, 30.10.2006] Ende Oktober 2006 veröffentlichte das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC eine erste komplette Datensammlung zu den Treibhausgasemissionen aller 41 industrialisierten Vertragsstaaten der UNFCCC. Demnach gelang dieser Staatengruppe zwischen 1990 und 2004 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 3,3 %. Dies ist allerdings überwiegend auf die Deindustrialisierung in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten zurückzuführen, seit 2000 steigen auch die Emissionen dieser Staaten wieder. Insgesamt zeigt sich für die industrialisierten Staaten seit 2000 ein stabiler Aufwärtstrend bei den Emissionen, Hauptproblem ist dabei der Verkehrssektor: seine Emissionen stiegen zwischen 1990 und 2004 um 23,9 %.

Die Vertragsstaaten des Kioto-Protokolls (35 industrialisierte Staaten und die EG) haben ihre Emissionen zwischen 1990 und 2004 um 15,3 % reduziert - allerdings mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten.

Die Staaten haben eine gute Chance, ihre Verpflichtungen aus dem Kioto-Protokoll zu erfüllen - insbesondere auch durch Anwendung der flexiblen Kioto-Mechanismen CDM und JI.

Pressemeldung:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/UNFCCC%20Pressemeldung.pdf>

Kurzfassung des Berichts:
<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/UNFCCCkurzfassungBericht.pdf>

Übersicht über die Treibhausgasemissionen 1990-2004:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/UNFCCCuebersicht.pdf>

EU muss umgehend handeln, um Kioto-Ziele zu erreichen

[EEA Pressemitteilung, 27.10.2006] Alle Mitgliedstaaten müssen umgehend ernsthafte Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen unternehmen, wenn die EU-15 ihr gemeinschaftliches Kioto-Ziel erreichen wollen, heißt es in einem neuen Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA).

In dem Bericht „Trends und Hochrechnungen in Bezug auf die Treibhausgasemissionen in Europa 2006“ werden die historischen Daten für den Zeitraum zwischen 1990 und 2004 analysiert sowie die Hochrechnungen zu den Fortschritten europäischer Länder bei der Erreichung ihrer Emissionsziele im Hinblick auf das Jahr 2010 ausgewertet.

„Die Treibhausgasniveaus wären ohne die gegenwärtigen Anstrengungen zur Senkung von Emissionen noch viel höher. Allerdings unternehmen mehrere Länder innerhalb der EU-15 nicht genug und könnten so die gemeinsamen Bemühungen gefährden,“ betont Professor Jacqueline McGlade, die Exekutivdirektorin der EUA.

Das Kioto-Ziel der EU-15 sieht vor, die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 8 % unter das Niveau von 1990 zu senken. Innerhalb dieses Gesamtziels hat jeder EU-15-Mitgliedstaat ein unterschiedliches Reduzierungsziel, welches auf verschiedene Art und Weise erreicht werden kann.

Dem Bericht zufolge können die Emissionen nur durch die Umsetzung aller bestehenden und geplanten innerstaatlichen Politiken und Maßnahmen sowie durch die Nutzung von Kioto-Mechanismen und den Einsatz von Kohlenstoffsenken um das EU-15-Ziel von 8 % gesenkt werden. Allerdings beruht diese Prognose auf den Zahlen mehrerer Mitgliedstaaten, die andeuten,

dass sie ihre Emissionen stärker senken werden, als zur Erreichung ihrer nationalen Ziele notwendig ist. Dies könne jedoch laut Bericht nicht als sicher angenommen werden.

Bis zum Jahr 2010, so der Bericht, werden die Treibhausgasemissionen in den EU-15 Ländern durch die bestehenden innerstaatlichen Politiken und Maßnahmen unter dem Strich um 0,6 % unter das Niveau von 1990 gesenkt. Mit zusätzlichen (geplanten, jedoch noch nicht umgesetzten) innerstaatlichen Politiken und Maßnahmen könnten die Emissionen der EU-15 um weitere 4 % reduziert werden.

Infolge der erwarteten Nutzung von Kioto-Mechanismen durch zehn der EU-15 werden die Emissionen um weitere 2,6 % gesenkt, mit damit verbundenen Kosten von 2,830 Mio. EUR. Die Nutzung von Kohlenstoffsenken, zum Beispiel durch die Anpflanzung von Wäldern zur Beseitigung von Kohlendioxid, würde die Emissionen um weitere 0,8 % reduzieren.

Zwischen 1990 und 2004 sind die Treibhausgasemissionen der EU-15 in den meisten ökonomischen Sektoren gesunken, so der Bericht. Allerdings sind die verkehrsbedingten Emissionen um nahezu 26 % gestiegen, und bis 2010 werde ein Anstieg auf 35 % über den Niveaus von 1990 erwartet, falls die Länder lediglich ihre bestehenden Politiken und Maßnahmen umsetzen. Nach den Hochrechnungen der Mitgliedstaaten könnten sich die verkehrsbedingten Emissionen durch die Umsetzung zusätzlicher Politiken und Maßnahmen bestenfalls auf dem Niveau von 2004 stabilisieren.

Die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten unterliegen nicht dem gemeinsamen EU-15-Ziel, sondern haben jeweils einzelstaatliche Ziele unter dem Kioto-Protokoll. Laut dem Bericht sind alle auf dem Weg, ihre Ziele zu erreichen, was jedoch hauptsächlich auf den Zusammenbruch ihrer Volkswirtschaften in den 1990er Jahren zurückzuführen ist. Heute sind die Emissionen in diesen Ländern wieder im Steigen begriffen.

<http://www.eea.europa.eu/pressroom/newsreleases/ghgtrends2006-de>

Studie des BMU: Umweltschutz als politische Aufgabe gewinnt an Bedeutung

Das Umweltbewusstsein der Deutschen ist weiter

gestiegen. Das geht aus der neuen Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland hervor, die das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt in Auftrag gegeben haben.

Bei der Studie hat sich gezeigt, dass 93 Prozent der Befragten Umweltschutz für wichtig halten und zwei Drittel der Bevölkerung stimmen sogar zu, dass Deutschland in der internationalen Klimaschutzpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Dies bedeutet gegenüber 2004 eine Steigerung um 11 Prozent, gegenüber 2002 sogar um 20 Prozent.

Bei der offenen Frage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland ist der Umweltschutz von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002 über Platz 3 im Jahr 2004 auf Platz 2 geklettert. Platz 1 nimmt nach wie vor die Arbeitslosigkeit ein, auf Platz 3 folgt die soziale Gerechtigkeit, auf Platz 4 die Wirtschaftslage.

Die komplette Studie ist abrufbar unter:

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/38312.php

<http://www.umweltbewusstsein.de/ub/deutsch/2006/ergebnisse/regierungshandeln.html>

Neue BMU-Broschüre: Klimaschutz lohnt sich

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat eine neue Broschüre zum Thema Klimaschutz herausgegeben. Auf rund 20 Seiten werden grundlegende Informationen zu den Themen Wetter und Klima sowie zu den globalen Folgen des Klimawandels aufbereitet. Die Broschüre gibt einen Überblick über die zentralen Elemente des Kioto-Protokolls, richtet einen Blick auf die Zukunft des globalen Klimaschutzes und enthält Anregungen, mit denen jeder Einzelne zum Schutz des Klimas beitragen kann.

Die BMU-Broschüre finden Sie unter:

http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/klimaschutz_lohnt_sich.pdf

Gabriel will Industrie zu mehr Klimaschutz zwingen

[Spiegel Online, 13.11.2006] Schärfere Vorgaben für den Ausstoß von Treibhausgasen, Obergrenzen für den Spritverbrauch von Autos: Bundesumweltminister Gabriel will die Industrie zu mehr

Klimaschutz verpflichten.

Die Kohlendioxid-Emissionen der Energieerzeuger in Deutschland haben nach Angaben von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) 2003 und 2004 über den Werten der Vorjahre 2000 bis 2002 gelegen. Ein "erster Zugang" zu den entsprechenden Daten zeige, dass "die Energieerzeuger in den Jahren 2003/2004 entgegen den Zusagen der deutschen Wirtschaft" nicht weniger, sondern mehr Kohlendioxid emittiert haben, sagte Gabriel heute in Berlin.

Daher müssten die Reduktionsvorgaben im sogenannten Nationalen Allokationsplan 2 für die Zeit von 2008 bis 2012 verschärft werden, um das Kioto-Ziel zu erreichen, bis 2012 den deutschen Kohlendioxid-Ausstoß um 21 Prozent zu verringern.

Konkrete Zahlen dazu lägen erst nach der Auswertung der Daten in etwa zwei Wochen vor, betonte der Ressortchef. Mit Blick auf die Uno-Klimaschutzkonferenz in Nairobi mahnte der SPD-Politiker, Deutschland werde dabei nur glaubwürdig sein können, wenn es seine eigenen Klimaschutzziele einhalte. In dieser Frage dürfe es "keinen Rabatt geben".

In Nairobi müssen laut Gabriel die Weichen dafür gestellt werden, dass auch nach 2012 ein weltweites Klimaabkommen gilt. Gemeinsames Ziel Deutschlands und der EU sei es, bis 2009 die Verhandlungen über ein Kioto-Folgeabkommen zum Klimaschutz für die Zeit nach 2012 abzuschließen. Bis dahin hätten sich die beteiligten Industrieländer verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen um 5,2 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu mindern.

Zur bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr sagte Gabriel, ein Schwerpunkt werde die Senkung des Kraftstoffverbrauchs der Autoindustrie sein. Sollte die europäische Autoindustrie hier ihre Selbstverpflichtung nicht einhalten, werde die EU-Kommission einen Vorschlag für eine "rechtlich festgelegte Obergrenze" erarbeiten. Darüber sei man sich mit EU-Kommissar Günter Verheugen einig. Auf nationaler Ebene stelle sich für 2007 zudem die Frage, ob die Kfz-Steuer auf eine Kohlendioxid-abhängige Steuer umgestellt werden könne, um Anreize zur Nutzung schadstoffarmer Fahrzeuge zu bieten.

Als falsch wies Gabriel Argumente zurück, wonach die Kernkraft umweltfreundlicher sei als andere Energiearten. Damit werde unterstellt, dass abgeschaltete Atomkraftwerke durch Kohlekraftwerke mit veralteter Technik und ohne Kraft-Wärme-Koppelung ersetzt würden. Verschwiegen werde, dass erneuerbare Energie aufgrund der Entwicklung die sogenannte Grundlastfähigkeit erreicht habe. Das bedeute, dass der Strom nicht immer dann ausfalle, wenn die Windkraftgeneratoren wegen Flaute stillstünden.

Schneekanonen in Bayern – Hightech gegen Klimawandel

[Georg Etscheid, Spiegel Online, 21.11.2006]
Ausreichend Schnee ist überlebensnotwendig für die Skigebiete Bayerns. Deshalb sorgen bei wärmer werdenden Wintern immer mehr Schneekanonen für künstliches Weiß. Doch Klimaschützer warnen - der Schuss könnte nach hinten losgehen.

"Mei, schon wieder das Thema." Hubert Wildgruber, Bürgermeister von Oberaudorf wirkt ziemlich genervt, wenn er auf den Klimawandel angesprochen wird. Gerade hat die Tourismusgemeinde im Inntal bei Kufstein sechs Millionen Euro in das kleine Skigebiet Hoheck investiert, um es zukunftstauglich zu machen. Der alte Lift aus den fünfziger Jahren wurde durch einen modernen Dreiersessellift ersetzt, eine Flutlichtanlage hat man gebaut fürs Nachtskifahren und eine Beschneiungsanlage. Damit glaubt sich Oberaudorf auf der sicheren Seite. Der Ort sei schon immer ein Schneeloch gewesen, sagt Wildgruber. "Daran wird sich auch in den nächsten 50 Jahren nichts signifikant verändern."

Wolfgang Seiler ist da ganz anderer Meinung. Der Experte vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung in Garmisch-Partenkirchen hat errechnet, dass die Durchschnittstemperatur in den Alpen in den vergangenen 120 Jahren um mehr als zwei Grad Celsius angestiegen ist, doppelt so stark wie im globalen Mittel. "In den nächsten 30 bis 40 Jahren kommen noch einmal zwei Grad oben drauf", sagt Seiler. Mindestens. Eine Folge: Die Wintersaison verkürzt sich erheblich, die Schneebedeckung in tiefen und mittleren Lagen bis 1200 Meter - so hoch liegen die meisten bayrischen Wintersportorte - wird um die Hälfte abnehmen. Außerdem kommt der Schnee nach Sei-

lers Analysen im Frühwinter immer später. Das ist eine Horrorvision für Bayerns Touristiker.

Bislang werden 12,5 Prozent der bayerischen Skipisten vom Allgäu bis zum Bayerischen Wald künstlich beschneit. Doch in den nächsten Jahren werde die Zahl der Schneekanonen weiter zunehmen, fürchtet Ruth Paulig, Grünen-Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Allein Garmisch-Partenkirchen will den Anteil der beschneiten Pisten in seinem "Classic"-Skigebiet von 20 auf 60 Prozent verdreifachen. Schließlich soll die Skiweltmeisterschaft im Jahr 2011 nicht auf braun-grünen Wiesen stattfinden. In Österreich werden schon rund 40 Prozent aller Pisten im Bedarfsfall mit Kunstschnee berieselt, in Südtirol sogar zwei Drittel der Abfahrten.

Für die Umweltschützer bahnen sich dadurch nicht nur neue Umweltgefahren in den Bergen an, sondern auch gigantische Fehlinvestitionen. "Wer jetzt sein Geld mit Schneekanonen vergräbt, braucht sich nicht wundern, wenn er bald trotzdem im Grünen sitzt und dann keine Mittel mehr für die Förderung von Alternativen hat", sagt der Vorsitzende des Bund Naturschutz in Bayern (BN), Hubert Weiger. Für ihn ist das alles "Torchlusspanik".

Oberammergau's Bürgermeister Rolf Zigon findet mögliche Alternativen wenig überzeugend. Winterwandern? Radfahren? Kutschfahrten durch die Natur? "Die Leute kommen im Winter wegen des Schnees zu uns", sagt der Lokalpolitiker. Einstweilen hofft er, dass zumindest noch genügend Flocken für die Langlaufloipen fallen. Sollten die Temperaturen im Januar vielleicht einmal bei 20 Plusgraden liegen, könne man vielleicht das unbeheizte Passionsspielhaus öffnen und dort Kulturveranstaltungen bieten, räsoniert Zigon. Die zehn Schneekanonen, die man gerade im Skigebiet Kolben aufgestellt hat, werden bis dahin wohl abgeschrieben sein.

Klimaforscher Seiler prognostiziert, dass in wenigen Jahrzehnten nur noch auf den hoch gelegenen Skipisten von Garmisch-Partenkirchen und Oberstdorf alpiner Skitourismus rentabel sein wird. "Die Leute verzichten deshalb sicher nicht aufs Skifahren", sagt Seiler. "Deshalb wird sich dort dann alles drängen."

Energie-Studie – China erzeugt 2010 mehr Kohlendioxid als USA

[*Spiegel Online vom 8.11.2006*] Bisher waren die USA die größte Treibhausgas-Schleuder des Planeten. Doch das könnte sich schon bald ändern: Die Internationale Energieagentur hat berechnet, dass China die USA schon 2010 von der Spitzenposition verdrängen könnte - zehn Jahre früher als erwartet!

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,447223,00.html>

9. KLIMAKONFERENZ IN NAIROBI

Moritz Leuenberger fordert weltweite CO₂-Steuer

[*Spiegel Online, 15.11.2006*] Un-Generalsekretär Kofi Annan beklagt den "Mangel an Führungswillen" bei Politikern im Kampf gegen den Klimawandel. Der sei eine Bedrohung für den Frieden und Sicherheit auf der Welt. Deutschland versprach mehr Engagement in der Klimapolitik.

Mit einem leidenschaftlichen Aufruf des Un-Generalsekretärs zum Kampf gegen den Klimawandel ist die Klimakonferenz in Nairobi in die entscheidende Phase gegangen. Kofi Annan kritisierte das seiner Ansicht nach unzureichende Engagement vieler Politiker. Es herrsche ein "erschreckender Mangel an Führungswillen", sagte er. Die Regierungschefs sollten endlich Ernst mit dem Kampf gegen den Klimawandel machen. "Der weltweite Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit", sagte Annan. "Wenn wir scheitern, dann müssen unsere Kinder dafür zahlen."

In der kenianischen Hauptstadt wird nach anderthalb Wochen der Experten-Beratungen die Konferenz auf Ministerebene fortgesetzt. Der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel nimmt bis Freitag daran teil. [Vertreter von 189 Staaten beschäftigen sich mit der Suche nach einem Folgeabkommen für das Kioto-Protokoll, das 2012 ausläuft.](#)

Annan sagte, die Übereinkunft, die den Industrie-

ländern erstmals verbindlich die Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen vorgeschrieben habe, sei bei weitem nicht ausreichend, um der Bedrohung zu begegnen. "Der Klimawandel muss in der Weltpolitik seinen Platz neben Kriegen und Armut finden", sagte Annan. Als "Bedrohung für Sicherheit und Frieden" müsse die globale Erwärmung wenigstens ebenso viel Beachtung genießen wie die Vermeidung von bewaffneten Konflikten oder die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Heftige wiederkehrende Unwetter könnten zum Beispiel zu Flüchtlingsbewegungen führen und schwache Regionen noch mehr destabilisieren.

Gabriel verspricht deutsche Führungsrolle im Klimaschutz

Die Diskrepanz zwischen Verursachern und den Leidtragenden der schon spürbaren Folgen des Klimawandels war im afrikanischen Nairobi schon in den vergangenen anderthalb Wochen ein wichtiges Thema. Kenias Umweltminister Kivutha Kibwana hatte beklagt, der Treibhauseffekt gefährde die Entwicklungschancen für Milliarden Menschen in den ärmsten Ländern der Welt. Besonders die Einwohner Afrikas sind von Folgen wie Dürren, Überschwemmungen, Veränderungen der Lebensräume und Artensterben betroffen - obwohl sie an den CO₂-Emissionen einen besonders geringen Anteil haben.

Annan sagte, er hoffe, dass die Konferenzteilnehmer sich auf die Finanzierung und Verwaltung eines Fonds einigten, mit dessen Geldern die Anpassung besonders verwundbarer Gesellschaften an das sich ändernde Klima unterstützt werden sollen. "Das wäre ein großer Schritt vorwärts", sagte Annan. Gleichzeitig kündigte er eine Uno-Initiative zur Hilfe für Afrika in dessen Kampf gegen die Folgen der globalen Erwärmung an. Darin sollen nach Annans Darstellung sechs Uno-Behörden vor allem afrikanischen Entwicklungsländern helfen, mehr finanzielle Mittel für erneuerbare Energien wie Wind- und Wasserkraft zu erhalten. Offenbar ist die Finanzierung aber nicht gesichert, denn Annan forderte, Geberländer müssten die Initiative unterstützen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) bekräftigte Deutschlands Engagement für den Klimaschutz. "Deutschland ist bereit, eine Führungsrolle zu übernehmen und noch höhere Redukti-

onsziele festzuschreiben", sagte er. Wenn die Europäische Union sich verpflichte, die Emissionen von Treibhausgasen um 30 Prozent zu senken, dann wolle Deutschland 40 Prozent anstreben. Gabriel forderte die Entwicklungsländer auf, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. "Wir erwarten keine Verpflichtung zur Reduzierung der Emissionen, aber wir müssen Lösungen finden, die die Emissionen von der wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln", betonte er.

Die Bundesregierung setze vor allem auf den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern in Entwicklungsländern. "Etwa 1,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zum Stromnetz. In vielen Fällen ist es sinnvoller, dezentral in erneuerbare Energie zu investieren, als das Stromnetz auszubauen", sagte Gabriel. Deutschland setzt sich unter anderem für den verstärkten Schutz von Regenwäldern und die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel ein.

Kioto-Nachfolger erst mit neuem US-Präsidenten?

Der Schweizer Bundespräsident und Umweltminister Moritz Leuenberger forderte unterdessen die Einführung einer weltweiten CO₂-Steuer. "Auf diese Weise könnten wir die Ungerechtigkeit des Klimawandels lindern: Diejenigen, die bislang am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden bereits jetzt am stärksten unter den Folgen", sagte Leuenberger. Er hoffe, dass sich die Konferenzteilnehmer auf die Finanzierung und Verwaltung eines so genannten Anpassungsfonds einigen. "Das wäre ein großer Schritt vorwärts", fügte er hinzu.

Die Uno-Konferenz hat am vergangenen Montag begonnen und wird bis zum 17. November dauern. 6000 Experten und Regierungsvertreter aus den 189 Mitgliedstaaten der Klimarahmenkonvention der Uno nehmen daran teil. Zuletzt haben Studien der Uno und der britischen Regierung zur Entwicklung der weltweiten CO₂-Emissionen ein alarmierendes Bild gezeichnet. Während die Uno-Klimabehörde für 2005 neue Rekorde an Treibhausgasen in der Atmosphäre meldete, warnten britische Wissenschaftler nicht nur vor Umweltkatastrophen, sondern auch vor einer weltweiten wirtschaftlichen Depression wie in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Annan kritisierte indirekt die USA: "Niemand darf sagen, dass wir es uns nicht leisten können, zu

handeln." Viele Konferenzteilnehmer und Beobachter sind aber der Meinung, dass Verhandlungen über ein Kioto-Folgeabkommen erst nach dem Ende der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush sinnvoll sind. Sie endet im Jahr 2008.

In den USA verklagten Umweltaktivisten die Regierung, weil diese noch keinen Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben der Menschen vorgelegt hat. Mit der am vergangenen Dienstag in San Francisco eingereichten Klage sollen die Behörden den Antragstellern zufolge gezwungen werden, wissenschaftliche Daten über die Erderwärmung und deren Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesundheit zu veröffentlichen.

Annan beklagt fehlende Führung im Kampf ums Klima

[Kleine Zeitung, 15.11.2006] UNO-Generalsekretär Annan hat fehlende politische Führung im Kampf gegen den Klimawandel beklagt. Auf dem Klimagipfel in Nairobi forderte der scheidende Chef der Vereinten Nationen große Luftverschmutzer wie die USA und China zu stärkeren Anstrengungen im Umweltschutz auf. Es handle sich um eine "allumfassende Bedrohung", sagte Annan vor 70 Umweltministern.

Der Erderwärmung müsse die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet werden wie Kriegen, Armut und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. "Es wird zunehmend deutlich, dass uns die Verringerung von Emissionen heute billiger kommt als später der Kampf gegen ihre Folgen", erklärte Annan.

Das Kioto-Protokoll von 1997 sei zwar ein entscheidender Schritt zum Klimaschutz, es reiche aber bei weitem nicht aus. "Und während wir über weitere Schritte nachdenken, zeigt sich ein erschreckender Mangel an politischer Führung." Auf die Frage, ob seine Ausführungen auf die USA zielten, erwiderte Annan, er habe niemanden speziell gemeint. "Allerdings wäre es wünschenswert, wenn sie (die USA) das Kioto-Abkommen unterzeichneten." US-Präsident Bush lehnt das Kioto-Protokoll mit der Begründung ab, es gefährde Arbeitsplätze in den USA und nehme aufstrebende Wirtschaftsmächte wie China und Indien nicht genug in die Pflicht.

In Nairobi beraten vom 6. bis 17. November Politiker und Experten aus 189 Ländern über eine Nachfolgeregelung für Kioto. Ein Durchbruch ist jedoch unwahrscheinlich. Von Seiten der Amerikaner kommen jedoch zusehends positivere Signale, wie der österreichische Vertreter bei der Konferenz, Generalsekretär Werner Wutscher zur APA sagte.

Klimaschutz im Schneckentempo

[Nick Reimer, taz vom 20.11.2006] Die UN-Konferenz in Nairobi brachte nur wenig handfeste Ergebnisse. Kenias Umweltminister Kivutha Kibwana feiert den pünktlichen Abschluss bereits als Erfolg

Der Gipfel zum Klimawandel 2006 ist Geschichte - die Zeit seiner Interpretation hat begonnen. BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm erklärte verärgert: "Die Bedrohung durch den Klimawandel wird immer dramatischer und die Klimadiplomatie bewegt sich im Schneckentempo." Antonio Hill, Politikchef von Oxfam, sagte: "Der Gipfel brachte den ärmsten Ländern der Welt nur vage Versprechen." Greenpeace-Beobachterin Gabriela von Goerne urteilte dagegen: "Dieser Gipfel hat erreicht, was möglich war."

So sei es beispielsweise gelungen, das Thema unterirdische Speicherung von Kohlendioxid bis ins Jahr 2008 zu vertagen. Germanwatch-Vorstand Klaus Milke erklärte: "Die Staatengemeinschaft sandte das klare Signal aus, dass es nach 2012 weitere Reduktionsziele geben soll." Und Matthias Duwe, Direktor des Climate action network europe sagte: "Die Ergebnisse von Nairobi sind ein Schritt nach vorn - wenn auch nur ein kleiner."

Um Punkt 21.30 Uhr Ortszeit wurde über den letzten Punkt des Gipfels von Nairobi abgestimmt. "Das zeigt, wie gut die Atmosphäre dieser Konferenz war", sagte Kivutha Kibwana, Umweltminister von Kenia und Konferenzpräsident. Nie sei eine Klimakonferenz so pünktlich zu Ende gegangen: "Die Abschlussdebatten zogen sich sonst bis in die Morgenstunden."

Als wichtigste Beschlüsse nannte Kibwana erstens den Anpassungsfonds, der ärmeren Länder helfen soll, die Folgen des Klimawandels zu mildern. "Zweitens wird ab 2007 der Erfolg des Kiotoprotokolls überprüft", erläutert Kibwana. Der Chef

des Sekretariats der Klima-Rahmenkonvention Yvo de Boer sagte, dieser Kontrollprozess solle 2008 abgeschlossen sein. "Dann wissen wir, wie effektiv das Kiotosystem ist, und können entsprechende Schlüsse ziehen." Bis 2009 soll eine Arbeitsgruppe dann auf dieser Grundlage Vorschläge für Klimareduktionsziele in den Industrieländern in der zweiten Phase des Kiotoabkommens ab 2013 vorlegen.

Russlands Vorschlag, Ländern die Möglichkeit zu geben, freiwillige - also völkerrechtlich nicht bindende - Reduktionsziele ins Kiotoprotokoll aufzunehmen, wurde an eine Arbeitsgruppe verwiesen. Vorteil einer solchen Verpflichtung wäre, dass diese Länder etwa am Emissionshandel teilnehmen könnten.

Auch die Bewertung des Gipfels innerhalb der EU-Troika fiel unterschiedlich aus. "Wir haben jetzt einen soliden Arbeitsplan für die Periode nach 2012", sagte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel war dagegen wenig begeistert. Gabriel, den die Effizienz des Gipfels nicht überzeugte, forderte die Staats- und Regierungschefs auf, die Klimadiplomatie im kommenden Jahr zur Chefsache zu machen.

John Hay, Sprecher des UN-Klimasekretariats, sagte der taz: "Allein die Tatsache, das 660 Journalisten berichtet haben, kann als Erfolg gelten. Wir hatten mit 200 gerechnet." Die Folge des großen medialen Echos: Nach dieser Konferenz stehe fest, dass niemand mehr auf dieser Welt den Klimawandel leugnen könne.

10. ENERGIE

Europas größtes Wald-Biomassekraftwerk in Vollbetrieb

[Wienenergie.at, 22.10.2006]"Auf Vollast!", mit diesem Kommando ging Europas größtes Wald-Biomassekraftwerk am 20.10.2006 in Simmering vom Probe- in den Vollbetrieb. 52 Millionen Euro wurden in umweltfreundliche Energie, Wirtschaft und die Sicherung von Arbeitsplätzen investiert. Mit der Anlage werden rund 48.000 Wiener Haushalte mit Strom und 12.000 Haushalte mit

Fernwärme versorgt. "Wien gibt mit Europas größtem Wald-Biomassekraftwerk ein klares Bekenntnis zu einer sauberen und sicheren Energieversorgung für jetzige und künftige Generationen ab. Hier in Wien-Simmering wird eine Chance für Österreich genutzt, die Chance, von Energieimporten unabhängiger zu werden und die inländische Wirtschaft zu stärken.", so Bürgermeister Michael Häupl zur offiziellen Inbetriebnahme des Wald-Biomassekraftwerks von Wien Energie in Simmering am 20.10.2006.

Den gesamten Artikel finden Sie unter:

http://www.wienenergie.at/we/wienenergie/jsp/content/item_detail.jsp?ctt=2&chnid=-1073752322&rid=-1073752322&oid=12939&BV_SessionID=@@@@2060062256.1165586378@@@@&BV_EngineID=ccdaddjidlkmjfcngcfkmdfhjdfkn.0

Oder weiterführende Informationen unter: <http://www.biomassekraftwerk.at>

Kommission plant Risikokapitalfonds für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in armen Ländern

[Österreichischer Umweltdachverband, 6.10.2006] Die Verbreitung umweltfreundlicher Technologien in armen Ländern scheitert nach Ansicht der Europäischen Kommission oft am Fehlen von Risikokapital. Deshalb will sie nun einen globalen Risikokapitalfonds einrichten, der private Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen soll. Damit soll die Energieversorgung der Menschen in armen Ländern verbessert sowie Klimawandel und Luftverschmutzung bekämpft werden.

Die Europäische Kommission will diesem Fonds in den nächsten vier Jahren 80 Mio. Euro zur Verfügung stellen, aus anderen öffentlichen und privaten Quellen soll der Fonds auf 100 Mio. aufgestockt werden. Damit könnten Investitionen bis zu 1 Mrd. Euro möglich gemacht werden.

Pressemeldung und Mitteilung zu finden unter: <http://www.umweltdachverband.at/cgi-bin/eubuero/newsletter/eunews.pl?aktion=frameba&newsid=1313&nummer=15/2006&zg=3>

Europäische Kommission legt Energiesparprogramm vor

[Nachhaltigkeitsrat.de, 25.10.2006] Die Europäische Kommission hat einen ambitionierten Aktionsplan für mehr Energieeffizienz vorgelegt. Mit insgesamt 75 Maßnahmen in zehn Schwerpunktbereichen soll der Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent sinken.

Nach dem Willen der Kommission sollen unter anderem Häuser mit niedrigem Energieverbrauch künftig besser gefördert werden. Im Verkehrsbereich sind Einsparungen durch eine Verbesserung der Treibstoffeffizienz, die Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge und effizientere Verkehrssysteme vorgesehen. Schon im kommenden Jahr sollen neue Mindestanforderungen und Kennzeichnungssysteme für den Energieverbrauch von Haushalts- und Bürogeräten gelten. Ein besonderes Augenmerk legt die Kommission auf die Senkung des Energieverbrauchs von Geräten im Stand-by-Modus. Darüber hinaus soll Verbraucherbildung das Bewusstsein für Energieeffizienz stärken. Der Aktionsplan wird in den nächsten sechs Jahren umgesetzt.

Der für Energiefragen zuständige Kommissar Andris Piebalgs wies auf die grundlegende Bedeutung des Aktionsplans für Europa hin: „Wenn wir jetzt Maßnahmen ergreifen, können wir die direkten Kosten unseres Energieverbrauchs bis 2020 jährlich um über 100 Milliarden Euro senken.“ Zusätzlich könnten jährlich 780 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos begrüßte den Aktionsplan und kündigte an, die Vorschläge in die Erstellung des nationalen Aktionsplans Energieeffizienz einfließen zu lassen, der bis Mitte 2007 ausgearbeitet wird. Die Kommission habe durch Vorlage des Aktionsplanes Zeichen gesetzt und etliche Vorschläge aufgegriffen, die Deutschland unterbreitet habe, so Glos.

Lobend äußerte sich auch der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv). Die Kommission habe die Zeichen der Zeit erkannt und gebe den Takt für die deutsche Energieeffizienzpolitik vor, so Prof. Dr. Edda Müller, vzbv-Vorstand und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Das Programm enthalte nahezu alle erforderlichen und vom vzbv geforderten ordnungsrechtlichen Vor-

gaben. Zugleich kritisierte Müller das schleppende Tempo der Bundesregierung bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen.

REN: Impulse für Export, Wachstum und Beschäftigung

[Umweltdialog.de, 14.9.2006] Die Beschäftigtenzahlen im Bereich der erneuerbaren Energien sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und werden auch in Zukunft deutlich weiter zulegen. Bis zum Jahr 2020 ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche von derzeit rund 170.000 auf mindestens 300.000 ansteigen wird. Diese Zahlen sind Ergebnis eines jetzt abgeschlossenen Forschungsvorhabens, das Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium vorstellte.

Selbst unter Berücksichtigung aller denkbaren negativen Beschäftigungseffekte fällt die Bilanz der Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 mit mindestens 70.000 zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen eindeutig positiv aus. „Die Studie belegt, erneuerbare Energien geben nachhaltige Impulse für Export, Wachstum und Beschäftigung. Die positiven Arbeitsmarkimpulse des Ausbaus der erneuerbaren Energien sind demnach deutlich stärker als mögliche gegenläufige Effekte“, so Müller.

Voraussetzung für die ermittelten positiven Beschäftigungswirkungen ist, so die Studie, dass der deutsche Markt bei stabilen politischen Rahmenbedingungen weiterhin anhaltende Absatzchancen und Innovationsimpulse für die erneuerbaren Energien bietet. Hierfür ist neben der Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) rasch ein ähnlich wirkungsvolles Instrument auch im Bereich der regenerativen Wärmeerzeugung erforderlich, um die dort vorhandenen Potentiale zu mobilisieren. Daneben hängen die Arbeitsplatzwirkungen in Deutschland stark davon ab, in welchem Umfang die deutschen Unternehmen ihre derzeit sehr guten Chancen im stark wachsenden Weltmarkt für erneuerbare Energien nutzen. Bis 2020, so schätzt die Studie, können die weltweiten Investitionen in Erneuerbare-Energien-Anlagen von derzeit etwa 40 Milliarden Euro auf rund 250 Milliarden Euro ansteigen und im Jahr 2030 sogar 460 Milliarden Euro pro Jahr erreichen.

Die Studie geht bei ihren Berechnungen allerdings

davon aus, dass von dem Export-Kuchen des Jahres 2030 lediglich rund 6 Prozent, knapp 30 Milliarden Euro, auf deutsche Hersteller entfallen. Dieses Exportszenario wurde aus Sicht der Forscher bewusst zurückhaltend gewählt, genauso wie die Annahmen zur Entwicklung der Preise erneuerbarer Energieträger im Verhältnis zu denen konventionell erzeugter Energie. Denn beide Größen üben einen erheblichen Einfluss auf die Beschäftigungswirkung aus. In Sensitivitätsanalysen wurden daher auch alternative Export- sowie Energiepreisszenarien modelltheoretisch geprüft. Hierbei ergaben bereits geringfügig optimistischere Annahmen zum Exportanteil deutscher Unternehmen sowie zur Kostenentwicklung der erneuerbaren Energien deutlich höhere Beschäftigungseffekte, die 2030 eine Größenordnung von bis zu 415.000 Brutto- beziehungsweise 180.000 Netto-Arbeitsplätzen erreichen. Das sind jeweils rund 100.000 Arbeitsplätze mehr als in der Basis-Variante. Schwierig war es für die Forscher dagegen, negative Beschäftigungseffekte zu errechnen: Hierfür müsste – völlig unrealistischer Weise angenommen werden, dass sämtliche Exporte der erneuerbaren Energien-Branche praktisch zum Erliegen kommen und dass die Energiepreise konventioneller Energien auf das Niveau der Jahre 2000 – 2002 zurückfallen und auch langfristig dort verbleiben.

Das Forschungsvorhaben „Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels“ war in den letzten beiden Jahren vom Zentrum für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW, Stuttgart; Projektleitung), dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR, Stuttgart) und der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS, Osnabrück) bearbeitet worden. Es stützt sich unter anderem auf eine Befragung von mehr als 1.100 Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche sowie differenzierte Szenarien zur Entwicklung des deutschen sowie weltweiten Marktes für erneuerbare Energien in den Bereichen Strom, Wärme und Kraftstoff bis zum Jahr 2030.

Deutschland hat viel Energie

[Daniela Martens, Tagesspiegel.de, 30.10.2006]

Sonne und Wind sind die Zukunft. Ebenso Wasserkraft, Erdwärme, Biomasse, Biogas und Biotreibstoffe: „Saubere“, erneuerbare Energie wird immer wichtiger für Energiemärkte und Wirtschaft. 2005 wurden in Deutschland 62,4 Milliarden Kilowattstunden Strom aus regenerativen Ressourcen erzeugt. Das sind mehr als zehn Prozent des Gesamtverbrauchs. Im Jahr 2000 lag dieser Wert bei nur sechs Prozent.

Bis 2020 sollen nach dem Willen des Gesetzgebers mindestens 20 Prozent der Stromversorgung in Deutschland aus erneuerbaren Quellen gespeist werden. Experten rechnen sogar mit 25 bis 35 Prozent. Damit würden erneuerbare Energien mit der Kernenergie mindestens gleichziehen: Sie deckt 26 Prozent des Energieverbrauchs. Einige sprechen sogar davon, der Anteil regenerativer Energien an der Stromproduktion ließe sich schon bis 2012 verdoppeln. Auch wirtschaftlich sehe die Lage sehr gut aus, sagt Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie. Kein Energiesektor wachse zurzeit derart schnell, stimmt Björn Pieprzyk von der „Informationskampagne Erneuerbare Energie“ zu.

Deutsche Unternehmen setzten mit regenerativen Energien im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 16 Milliarden Euro um – davon neun Milliarden Euro mit dem Verkauf von Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien. Vier der neun Milliarden stammen aus dem Export. „Deutschland ist bei den erneuerbaren Energien mit deutlichem Abstand Weltmarktführer“, sagt Lackmann. Bis 2020 sollen sich die vier Milliarden vervielfachen: Ein Exportvolumen von mindestens 50 Milliarden Euro erhofft sich der Bundesverband Erneuerbare Energie. Dann hätte die Branche den Abstand zur Automobilindustrie aufgeholt. Und welche der regenerativen Ressourcen liegt vorne? Eindeutig der Wind. Sowohl beim Export – mit einem Umsatz von 2,9 Milliarden Euro – als auch bei der Stromproduktion (26,5 Milliarden Kilowattstunden). Auf Platz zwei der Stromproduktion liegt die Wasserkraft (21,5 Milliarden Kilowattstunden) gefolgt von Biomasse (13,4 Milliarden Kilowattstunden). Diese macht nur einen Teil dessen aus, was man als Bio-Energie bezeichnet. Dazu gehören auch noch Biogas, Bio-

kraftstoffe und Holz. Die Solarstromproduktion verdoppelte sich im vergangenen Jahr auf rund eine Milliarde Kilowattstunden. Beim Export von Anlagen sind alle Sparten außer dem Wind gleichwertig vertreten: Für jede wird ein Exportumsatz von einer halben Milliarde Euro geschätzt. Schlusslicht bei allen Vergleichen ist die Erdwärme oder Geothermie. Spezielle Turbinen, mit denen Strom aus Geothermie erzeugt wird, seien jedoch ein deutscher Exportschlager, sagt Lackmann.

Bei der Windenergie lassen sich besonders große Anlagen gut ins Ausland verkaufen, sagt Lackmann, „im Sechs-Megawatt-Bereich, richtige Kraftwerke“. Beim Export von Biodiesel-Anlagen machten deutsche Unternehmen im vergangenen Jahr 80 bis 90 Prozent des Weltumsatzes, schätzt Pieprzyk. Tendenz steigend. Auch die deutschen solarthermischen Kraftwerke zur Nutzung von Sonnenwärme sind überall begehrt. In der Solarbranche boomt aber auch das Geschäft mit Photovoltaik. Mittels dieser Technik werden die Sonnenstrahlen in Strom verwandelt. Die Unternehmen, die Solaranlagen herstellen, verzeichneten 2005 einen Umsatzzuwachs von bis zu 30 Prozent. Durch den Boom wurde in der zweiten Jahreshälfte der Rohstoff Silizium für die Herstellung der Solarzellen knapp. Deshalb wurden jetzt Solarmodule ohne Silizium entwickelt. Die Firma Würth Solar in Schwäbisch Hall hat am vergangenen Freitag die weltweit erste Großserienproduktion der neuen Module aufgenommen. 200 000 will das Unternehmen jährlich produzieren. Denn der Markt für Solaranlagen wächst – im Ausland noch schneller als im Inland. Noch wird in dieser Sparte hierzulande genauso viel importiert wie exportiert. Doch bei der Wasserkraft sieht es bereits anders aus: Fast die gesamte deutsche Produktion von Anlagen wird exportiert. Zum Beispiel nach China. Die Entwicklung hin zur „sauberen Energie“ zeitigt schon heute positive Folgen in Deutschland: 2005 wurden neun Millionen Tonnen weniger Kohlendioxid als im Vorjahr in die Atmosphäre geschickt. Das Klima dankt.

Energiesparen – Aktionsplan gefordert

[taz vom 20.11.2006] Die Bundesregierung soll nach dem Willen des Bundes für Umwelt und Na-

turschutz (BUND) während ihrer EU-Präsidentschaft 2006 einen europäischen Aktionsplan zum Energiesparen durchsetzen. Bis 2020 müssten die CO₂-Emissionen europaweit um 30 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken, erklärte der BUND.

Gas aus Russland wird teurer

[taz vom 28.11.2006] Europa muss künftig 15 Prozent mehr bezahlen, Weißrussland sogar 400 Prozent.

Russisches Gas wird ab Januar teurer: Medienberichte über eine etwa 15-prozentige Preiserhöhung für seine Abnehmer in Europa sind vom Gaskonzern Gazprom inoffiziell bestätigt worden. Die russische Wirtschaftszeitung Wedomosti hatte zuvor Pläne veröffentlicht, wonach die Exportpreise 2007 von derzeit etwa 250 Dollar (190 Euro) je 1.000 Kubikmeter auf 293 Dollar angehoben werden sollen. Diese Pläne seien zutreffend, hieß es gestern in Kreisen des Staatskonzerns.

Das Unternehmen liefert ein Viertel des europäischen Gasbedarfs und ist auch wichtiger Lieferant für Deutschland. Die Exportpreise von Gazprom sind an die internationalen Erdöl- und Ölproduktpreise gekoppelt und werden mit einer zeitlichen Verzögerung von bis zu neun Monaten angepasst. Im vergangenen Winter hatte der Streit zwischen der Ukraine und Russland um eine starke Preiserhöhung, in dem Russland zweitweise die Lieferungen in die Ukraine einstellte, für Unruhe bei EU-Politikern gesorgt. Kritiker sahen in dem Konflikt einen Beleg dafür, dass Rußland seine starke Position auf dem Gasmarkt auch als politisches Druckmittel einsetzt.

Auch jetzt sorgen die geplanten Preiserhöhungen für politischen Streit. Den Berichten zufolge soll nämlich Weißrussland künftig viermal mehr für die Gaslieferungen aus Russland zahlen als bisher. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Russland für diesen Fall mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht.

Auch wegen der Preissteigerungen erwartet Gazprom für 2007 rund 25 Prozent mehr Einnahmen aus seinem Exportgeschäft, das somit 46 Milliarden US-Dollar einbringen würde. In Inland hingegen erwartet Gazprom offenbar heftige Verluste, da das Unternehmen dort sein Gas zu weni-

ger als einem Fünftel des Exportpreises verkaufen muss.

11. INTERNATIONAL

Österreich: Positionen der ÖVP, SPÖ, Grünen, FPÖ und KPÖ zur Energie- und Umweltpolitik

[*Oekonews.at*, 12.10.2006] September 2006: Umfangreiche Umfrage unter den Parteien in Österreich zur Wahl. Nachgefragt wurde unter anderem nach den jeweiligen Einstellungen zu den Themen Klimaschutzpolitik, Emissionshandel, Energiepolitik, Ökosteuer, LKW-Maut.

[Energie- und Umweltpolitik- was sagt die ÖVP?](#)

[Energie- und Umweltpolitik- was sagt die Grünen?](#)

[Energie- und Umweltpolitik- was sagt die SPÖ?](#)

[Energie- und Umweltpolitik- was sagt die FPÖ?](#)

[Energie- und Umweltpolitik- was sagt die KPÖ?](#)

Kalifornien klagt gegen Autohersteller

[*KlimaKompakt Nr. 45, November 2006*] Der Rechtsstreit zwischen dem Staat Kalifornien und der Automobilindustrie geht in eine neue Runde - diesmal jedoch in einem anderen Prozess. Seit rund zwei Jahren klagen bereits einige Autokonzerne, darunter auch BMW, Daimler-Chrysler, Porsche und Volkswagen, gegen die neuen Verbrauchsstandards des US-Bundesstaats. Nun klagt Kalifornien gegen sechs große Autohersteller wegen der Schäden, die dem Bundesstaat durch die CO₂-Emissionen der Fahrzeuge und dem dadurch verursachten Treibhauseffekt entstehen.

Kalifornien – Proposition 87 zur Besteuerung der Ölförderung durchgefallen

[*taz vom 9.11.2006*] In Kalifornien ist bei den Wahlen zum Kongress eine Initiative zur Besteuerung der Ölförderung durchgefallen. Eine Mehrheit der Wähler lehnte die sogenannte Proposition 87 ab. Die Hollywood-Stars Julia Roberts und Brad Pitt sowie Expräsident Bill Clinton und sein

früherer Vize Al Gore hatten zu den prominenten Befürwortern der Steuer gehört, mit der die Initiatoren die Entwicklung alternativer Energien finanzieren wollten.

Bei der Abstimmung sprachen sich 54,7 % der kalifornischen Wähler gegen die Initiative aus, während sie nur 45,3 % der Stimmberechtigten befürworteten.

Grund für die Ablehnung war amerikanischen Medien zufolge Angst vor einer weiteren Bürokratisierung und vor Preiserhöhungen.

Der komplette Inhalt von Proposition 87 ist nachzulesen unter:

http://www.ss.ca.gov/elections/vig_06/general_06/pdf/proposition_87/entire_prop87.pdf

Schwarzenegger unterzeichnet Gesetz gegen Klimawandel

[*wirtschaftswoche.de*, 28.9.2006] Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger hat ein für die USA bahnbrechendes Gesetz zur Reduzierung von Treibhausgasen unterzeichnet. „Wir haben hier in Kalifornien eine mutige neue Ära des Klimaschutzes eingeläutet, die den Lauf der Geschichte verändern wird“, sagte Schwarzenegger bei der feierlichen Unterzeichnung des Gesetzes auf einer Insel vor San Francisco. Andere Länder wie Indien, China, Brasilien und Mexiko würden sich nun ein Beispiel an Kalifornien nehmen. „Auch unsere Bundesregierung wird uns folgen. Vertraut mir“, fügte Schwarzenegger hinzu. Mit dem Gesetz strebt Kalifornien bis 2020 die Reduzierung der Treibhausgase im bevölkerungsreichsten US-Bundesstaat auf das Niveau von 1990 an. Das entspricht einer Minderung um etwa 25 Prozent. Wie die Emissionen genau gedrosselt werden sollen, ist aber noch offen.

Mit dem Gesetz fordert Schwarzenegger die konservative Regierung seines Parteikollegen George W. Bush heraus, der 2001 die Klimaschutzverhandlungen im Rahmen des Kioto-Protokolls von Seiten der USA abgebrochen hatte. Das internationale Abkommen trat daraufhin ohne die USA in Kraft.

Gericht soll US-Regierung zu Klimastudien zwingen

[Spiegel Online, 15.11.2006] Seit mehr als 15 Jahren warten Umweltschützer darauf, dass die US-Regierung offenlegt, welche Folgen der Klimawandel nach ihren Erkenntnissen auf das Leben der Menschen hat. Jetzt soll ein Gericht das Weiße Haus zwingen, die Daten freizugeben.

Per Gesetz ist die US-Regierung bereits seit 1990 dazu verpflichtet, Berichte über die Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben der Menschen vorzulegen. Spätestens Ende 2004 hätte eine entsprechende Studie veröffentlicht werden müssen, sagen Umweltschutzgruppen. Sie wollen die Regierung nun zwingen - per Gerichtsbeschluss.

Wissenschaftliche Daten über die Erderwärmung und deren Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesundheit sollen die zuständigen Behörden endlich offenlegen. Dazu haben die Umweltgruppen Greenpeace und Friends of the Earth sowie der Center for Biological Diversity bei einem Bundesgericht in San Francisco eine Klage eingereicht. Die Klageführer beziehen sich auf den Global Change Research Act. Die Erderwärmung sei heute eine der ernsthaftesten Bedrohungen für die Menschheit, heißt es in der Klageschrift. Ohne gesicherte Daten sei es kommunalen Entscheidungsträgern aber unmöglich, angemessene Konsequenzen zu ziehen.

Das Weiße Haus, das in der Klageschrift direkt genannt wurde, lehnte bislang einen Kommentar ab. Präsidenten-Sprecher Ben Fallon sagte aber: "Wir sind optimistisch, was unsere Arbeit zum Klimawandel betrifft. Der Präsident hat sich auf ergebnisorientierte Forschung konzentriert und sucht nach praktischen Reaktionen auf den Klimawandel, die nicht die Wirtschaft beschädigen."

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat John Kerry, demokratischer Senator aus Massachusetts, drückte hingegen Unterstützung für die Klage aus: "Es wird Zeit, Washington zu zwingen, sich mit diesem Thema zu befassen."

Der erste Fall, in dem der Streit um die Folgen des Klimawandels vor Gericht ausgetragen wird, ist die Klage von San Francisco indes nicht: So klagte der Bundesstaat Kalifornien im September exemplarisch gegen die Autohersteller General Motors, Toyota, Ford, Honda, DaimlerChrysler und

Nissan wegen der Kohlendioxid-Emissionen ihrer Produkte. Experten zweifeln die Erfolgsaussichten dieser Klage jedoch an.

Bei der Uno-Klimakonferenz Ende 2005 im kanadischen Montreal bezeichneten Inuit-Vertreter die USA als Hauptverantwortliche für den Klimawandel, der ihre arktische Heimat bedrohe. Bei der interamerikanischen Menschenrechtskommission IACHR lassen die Inuit die Weigerung der US-Regierung prüfen, das Kioto-Protokoll zum Klimaschutz zu ratifizieren. Dies bedrohe die Kultur der Arktisbewohner in ihrem Fortbestand. Sollte die IACHR zugunsten der Ureinwohner urteilen, würde das den Weg zu einem formalen Verfahren vor dem interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof ebnen.

Umweltschutzverbände prozessieren vor US-Gerichten. Sie wollen die Regierung zwingen, Eisbären wirksamer zu schützen. Weil die Tiere bedroht sind, verdienen sie besondere Schutzmaßnahmen, argumentieren die Tierschützer unter Berufung auf gültige Gesetze. Da die Bären aber vor allem unter dem Schwund des arktischen Eises zu leiden haben und so zuweilen gar zu Kannibalismus gezwungen werden, wäre nur ein globales Vorgehen gegen den Treibhauseffekt erfolgversprechend.

In mehreren Bundesstaaten laufen außerdem Prozesse, in denen die US-Bundesbehörde Environmental Protection Agency dazu gezwungen werden soll, Kohlendioxid als Luftschadstoff zu klassifizieren. Diese Versuche von Umweltschützern und Klimapolitikern gelten als der entscheidende Hebel für eine Politik der Begrenzung und Verringerung des Klimagas-Ausstoßes.

Pekings olympische Planziele

[Umweltdialog.de, 9.2.2006] Chinas hat gewaltige Umweltprobleme. Auch die Staatsführung in Peking weiß darum und will sich diesen Problemen verstärkt widmen. Das Planziel der Kommunisten für die Olympischen Sommerspiele 2008 lautet daher "Nachhaltigkeit".

Strom wird im Reich der Mitte derzeit überwiegend aus kohlebefeuerten Kraftwerken gewonnen. 2004 waren allerdings nur etwa fünf Prozent der Kohlekraftwerke mit Filteranlagen ausgestattet. Infolge des starken Wirtschaftswachstums sind

die Treibhausgas-Emissionen seit 1990 um mehr als 47 Prozent gestiegen. 2003 machten sie bereits die Hälfte des globalen Anstiegs aus. Nach verschiedenen Quellen belegt die Volksrepublik China beim Energieverbrauch und bei den CO₂-Emissionen weltweit bereits den zweiten Platz hinter den USA.

Verbesserungsfähig ist nach Meinung der Experten vor allem die effiziente Nutzung von Energie. Mit einem Energie-Effizienz-Niveau von nur 33 Prozent liegt der Anteil in China zehn Prozent unter dem anderer Industriestaaten. Darüber hinaus steigt der Energiebedarf im Reich der Mitte überdimensional: täglich werden allein in Peking 1.000 neue Autos zugelassen. Damit steigt die Notwendigkeit umweltfreundliche Technologien einzusetzen. Chinas Regierung hat für Umweltschutz ein großes Budget veranschlagt: im aktuellen Fünfjahresplan 2006 bis 2010 werden rund 130 Mrd. Euro dafür ausgewiesen. Zudem ist seit dem 1.1. 2006 ein an deutschem Vorbild orientiertes Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Dieses soll eine energietechnische Absicherung des Wirtschaftswachstums garantieren und den raschen Ausbau der Versorgung von Privathaushalten voranbringen. Zudem soll auch eine Verringerung der Luftverschmutzung - eine der größten Probleme des Landes - erreicht werden.

Daneben soll der Anteil der erneuerbaren Energien 2010 zehn Prozent und 2015 sogar 15 Prozent betragen. Bis 2050 will die chinesische Regierung den derzeitigen 83-Prozent-Anteil von Kohle auf 50 Prozent reduzieren. Wasserkraft soll dann 18 Prozent, Gas, Biomasse, Photovoltaik und Windkraft je fünf Prozent sowie Kernkraft 12 Prozent des Stroms liefern.

"Peking gehört weltweit zu den zehn Städten mit der höchsten Luftverschmutzung", so der Umweltschutzamt-Minister Xie Zhenhua. Der Minister hat dem internationalen olympischen Komitee versprochen, die WHO-Standards für Luftqualität in Städten einzuhalten. Besonders gefragt sind daher Lösungsansätze zur Installierung von neuen Energiesystemen für Haushalte, um von der Kohle wegzukommen. Auch energieeffiziente Koppelanlagen für Strom, Wärme und Kühlung für Krankenhäuser oder Supermärkte, die dezentral versorgt werden sollen, haben Priorität. Abseits der Olympischen Spiele setzt China auch auf den

Ausbau der Gasinfrastruktur.

Frankreichs "Al Gore" droht mit Kandidatur

Nicolas Hulot, Naturschützer und Medienstar, will erreichen, dass sich die Politik ernsthaft mit den Folgen von Klimaerwärmung und knappen Rohstoffen befasst. Dafür würde er auch bei den Präsidentschaftswahlen 2007 antreten

[Rudolf Balmer, taz vom 15.11.2006] Nicolas Hulot hat es unlängst der ganzen Nation mitgeteilt: Er hat nicht die geringste Lust, sich als Kandidat an den Präsidentschaftswahlen im kommenden April zu beteiligen! Das unterscheidet ihn schon mal von all den Politikern, die in diesem Streben nach dem höchsten Amt ihr Lebensziel erblicken (und daran schon am Morgen beim Rasieren denken, wie einer von ihnen sagte).

Doch der 51-jährige Hulot ist kein Politiker, er gehört keiner Partei an. Er ist ein Abenteurer, Globetrotter, Naturfilmer und ein Medienstar. Wenn er dennoch in die politische Arena steigt, dann nur, weil er keinen anderen Weg sieht, um die Regierenden, Wirtschaftsbosse und die Öffentlichkeit zu zwingen, die dramatischen Konsequenzen des Raubbaus an der Natur endlich zur Kenntnis zu nehmen. Er "droht", er werde notfalls bei den Wahlen als Spielverderber kandidieren.

Bei jedem anderen, der ein solches Ultimatum vor den Fernsehkameras ausspräche, würde man in Frankreich nur lachen. Nicht so im Fall von Nicolas Hulot, der gerne mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore verglichen wird. Dank seiner spektakulären Naturfilme und Reportagen unter Extrembedingungen ist er ein Publikumsfavorite. Der erste Fernsehsender TF1 hat aus seiner regelmäßigen Sendung "Ushuaïa" einen eigenen TV-Kanal gemacht.

Hulot ist für seine Landsleute die moralische Autorität in Sachen Naturschutz. Seit langem gehört er zu der Spitzengruppe der Persönlichkeiten, die von den Franzosen am meisten bewundert werden. In all den Jahren scheint der jugendlich wirkende Hulot fast gar nicht älter geworden zu sein. Er ist stets sonnengebräunt, weil er gerade von einer TV-Expedition zurückkommt. Und seine Stirnfransen fallen so unregelmäßig ins Gesicht, dass man sich gut vorstellen kann, wie er sich die

Haare im Dschungel selber und ohne Spiegel geschnitten hat. Das gehört zu seinem Look als Abenteuerer, wie ihn die Fernsehzuschauer kennen. Oft steht er in seinen Filmen in gefährlichen Szenen ohne Stuntmen selber vor der Kamera.

Eine ganz andere Art von Risiko will er jetzt mit seinem politischen Engagement eingehen. Sein Buch "Pour un Pacte écologique" ("Pakt für den Umweltschutz") ist schon jetzt ein Bestseller. Bei dessen Präsentation in der vergangenen Woche wurde er von Prominenten aus Forschung, Film und dem Showbusiness unterstützt. Hulot hat es zusammen mit einem Kolleg von Wissenschaftlern und Experten verfasst. Darin werden noch einmal die dramatischen Perspektiven dargestellt, die unserem Planeten drohen, wenn die Klimaerwärmung, die Verknappung der Rohstoffe und die Bedrohung der Artenvielfalt weiter verdrängt werden. Der eigentliche "Pakt" besteht aus zehn konkreten Zielen, die laut Hulot mittel- und langfristige erreichbar sind, falls der Wille dazu existiert.

Zudem macht er fünf konkrete Vorschläge, die er den Präsidentschaftskandidaten unterbreitet. Dazu gehört neben einer progressiv wachsenden Steuer auf fossile Energien und einer radikalen Reform der Landwirtschaftspolitik auch die Schaffung des Postens eines für Umweltfragen und dauerhafte Entwicklung zuständigen Vizepremierministers. Hulot dementiert, dass er es selber ein solches Amt will. Sein Programm ist "open source", er stellt es großzügig allen Kandidaten der Präsidentschaftswahlen kostenlos zur Verfügung. Sein erklärtes Ziel sei es, auf diese Weise seine "Kandidatur unnötig zumachen".

Diesen Wunsch zumindest teilen alle Parteien: Die Linke und die Rechte umwerben den Naturschützer, um seinen ökologischen "Segen" zu bekommen. Mehr als eine Energie- und Umweltkrise oder eine Verknappung der Rohstoffe fürchten sie nämlich eines: Dass der prominente Außenseiter Nicolas Hulot ihre sorgsam vorbereiteten Wahlpläne durchkreuzt.

Australiens Premier gibt Klimawandel zu
[Urs Wälterlin, Standard, 19.10.2006] Regierung wegen extremer Dürre im Land unter Druck - Atomstrom in Aussicht gestellt.

Überraschend hat sich dieser Tage die politische Rhetorik in Australien geändert: Zum ersten Mal akzeptierte Premierminister John Howard offiziell das Phänomen des Klimawandels. Die Dürre, unter der weite Teile des Kontinents seit mehr als fünf Jahren leiden, sei ein Hinweis auf das Problem, das die Welt "mit klimatischer Veränderung" habe.

Bisher galt der erzkonservative Regierungschef als vehementer Kritiker der Theorie, wonach große Teile der Welt unter einer existenzbedrohenden Änderung des Klimas leiden. Wissenschaftliche Prognosen, denen zufolge der Schaden an der Umwelt schon in wenigen Jahrzehnten nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, kritisierte er bisher als "alarmistisch".

Australien hat nicht nur den größten Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen in der westlichen Welt. Es ist eines der wenigen Länder, deren Regierungen das Kioto-Protokoll nicht unterzeichnet haben. Ein solcher Schritt würde die von billigem Strom abhängige australische Industrie benachteiligen, sagt Howard.

Australien hat Kohlevorräte für mehr als 700 Jahre im Boden und produziert den Großteil seiner Energie mit diesem umweltschädlichen Rohstoff. Außerdem ist Kohle eines der wichtigsten Exportprodukte.

Einige der Kommentatoren nannten den scheinbaren Gesinnungswandel "erstaunlich"; andere verwiesen auf Umfragen, wonach die Wähler Umweltfragen immer wichtiger nehmen. 2007 finden Parlamentswahlen statt, Howard will in seinem elften Regierungsjahr auch die gewinnen.

"Sauberer Atomstrom"

Seit einiger Zeit scheint die Regierung an die Einführung von Atomstrom zu denken. "Nuklearer Strom ist sauber. Ich weiß nicht, weshalb extreme Grüne dagegen sind", sagte Howard vor Kurzem. Australien betreibt keine Atommeiler, ist aber einer der wichtigsten Förderer von Uran.

Harsche Kritik an der Umweltpolitik Howards hagelte es inzwischen von der Seite des kanadischen Wissenschafters und Umweltpolitikers David Suzuki. Mit der Verweigerung des Kioto-Protokolls habe sich Australien selber zu einem "internationalen Geächteten" erklärt, sagt er.

Die Erkenntnis der Regierung kommt zu einem

Zeitpunkt, an dem immer größere Teile des Landes von einer extremen Dürreperiode betroffen sind. Zum Wochenbeginn kündigte die Regierung ein mehrere hundert Millionen Dollar schweres Hilfspaket für Landwirte an, die erneut mit dem Verlust ihrer Ernte rechnen müssen und vor dem Konkurs stehen.

Die meisten Farmen werden mit europäischen Methoden bewirtschaftet, die sich für die in weiten Teilen Australiens wenig produktive Erde kaum eignen. Eine Forderung von Experten, solche Farmen mit Steuergeld aufzukaufen und stillzulegen, wurde von der Regierung mit dem Vorwurf abgelehnt, dies sei "landwirtschaftlicher Völkermord".

Weiterführender Artikel unter:
<http://www.taz.de/pt/2006/11/15/a0105.1/text>

12. MAUT

Intelligent steuern

[Manfred Kriener, Kommentar, taz, 14.12.2006]
 Die Pkw-Maut in ihrer schrecklichsten Form wäre nur eine fette Einnahmequelle für mehr Straßenbau. Doch sie könnte auch das Auto zähmen und den Straßenverkehr lenken

Gespenster und Phantome sind manchmal verdammt lästig. Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) kann die Diskussion um die Pkw-Maut noch so oft zur "Gespenster"- oder "Phantomdebatte" erklären - er wird sie nicht mehr los. Seine in Kurzintervallen wiederholten Basta-Rufe sind eher der muntere Diskussionsauftakt als ihr Ende. Inhaltlich hat der Minister nicht viel mehr zu bieten als die ständige Plattitüde, dass die Autofahrer von Kfz- und Mineralölsteuern schon genug geschröpft würden und deshalb eine Pkw-Maut kein Thema sei.

Da haben die Mautbefürworter ein wenig mehr auf der Festplatte. Sie brauchen außerdem nur die Europakarte auf den Tisch zu legen: Immer mehr Länder entscheiden sich für das Pkw-Roadpricing, das auch von der EU befürwortet wird. Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Österreich, Dänemark, Ungarn, Polen, Tschechien: Die Gentleman bitten immer öfter ins Kassenhäuschen,

Deutschland wird regelrecht umzingelt von Mautsystemen. Die Mautgegner werden in Europa ganz schnell zur kleinen radikalen Minderheit. Man darf getrost wetten: Die Pkw-Maut wird kommen. Die entscheidende Frage ist also nicht mehr wann, sondern wie.

In ihrer schrecklichsten Form wäre die Pkw-Maut nichts anderes als eine zusätzliche fette Einnahmequelle, um noch mehr Straßenbau zu finanzieren. In ihrer schönsten, smaragdgrün schimmernden Ausgestaltung könnte sie tatsächlich ein sinnvolles ökologisches Instrument werden. Indem etwa das Autofahren in bestimmten Regionen mit sensibler Natur oder in stauträchtigen Verkehrszeiten teuer wird, könnte man lenkend eingreifen. Dass die Pkw-Maut gleichzeitig von den Bleifußindianern der CSU und von umweltbewussten Verkehrswissenschaftlern gefordert wird, zeigt schon: Die Spielräume der Ausgestaltung einer solchen Maut sind so breit wie das Nildelta.

Die einen wollen als Revanchefoul vor allem bei den Ausländern abkassieren und sich gleichzeitig Jahr für Jahr die Milliarden für Ausbau und Unterhaltung dessen sichern, was sie "Verkehrsinfrastruktur" nennen - vor allem Autobahnen, Brücken und Straßen. Gleichzeitig wollen sie die Mineralölsteuer senken, damit der Autofahrer bloß nicht zusätzlich belastet wird. Ökologisch und verkehrspolitisch ist damit nichts gewonnen. Nur der Tanktourismus könnte eingedämmt werden.

Die anderen träumen von einer Pkw-Maut, die verkehrspolitische Gerechtigkeit schafft und das Automobil zähmt. Wer viel fährt, zahlt natürlich auch viel. Jeder gefahrene Kilometer taucht prompt auf der monatlichen Abrechnung auf, die genau wie die Telefonrechnung im Briefkasten liegen könnte. Bei einer intelligenten Maut müssten aber auch die schon ewig diskutierten "externen Kosten" in die Straßengebühren eingerechnet werden. Die angebliche Melkkuh namens Autofahrer wälzt nämlich einen erheblichen Teil der Kosten auf die Allgemeinheit ab. Beispiel Abgase: Die Stinkefahne aus Millionen Auspuffrohren ist nicht nur Klimakiller, sie kratzt auch an Bauwerken, dringt in Lungen und Bronchien ein. Klima-, Gebäude- und Gesundheitsschäden sind die direkten Folgen, für die alle aufkommen müssen.

Umwelt-, soziale und gesundheitliche Folgen des

Autoverkehrs sind zwar schwer zu berechnen - wie viel "kostet" ein Krebstoter durch Dieselpartikel? -, das heißt aber nicht, dass man sie weiter ignorieren darf. Auch die Unfallkosten des Autoverkehrs werden nur zum Teil von den Kfz-Versicherungen gedeckt. Der Rest wird beim Gesundheitssystem abgeladen und belastet die Krankenkassen. Eine Pkw-Maut könnte die milliarden-schwere Subventionierung des Autos abbauen. Theoretisch! Praktisch geht dies nur mit Hilfe der EU, weil Kratzer am heiligen Blechle in der Auto-republik Deutschland nicht durchsetzbar sind. Für Januar 2007 hat Brüssel eine neue "Wegekosten-Richtlinie" angekündigt, in der die externen Kosten ein stärkeres Gewicht bekommen. Man darf auf die Restvernunft hoffen.

Wer die Pkw-Maut fordert, muss sagen, was er mit dem eingenommenen Geld anstellen will. Schon eine auf die Autobahn beschränkte Maut von, sagen wir, drei Cent je Kilometer würde 12 Milliarden Euro bringen. Echte Lenkungseffekte wären aber nur dann möglich, wenn diese Milliarden verkehrspolitisch frei verwendet werden dürfen, ohne dass sie direkt in die Infrastruktur zurückfließen. Genau dieser harte Asphaltkurs ist aber bisher die Realität in den Maut-Ländern und auch europäische Rechtslage. Die Bundesrepublik wird da kaum ausscheren: Da in den 70er und 80er Jahren bei uns ein heftiger Straßenbauboom tobte, drohen jetzt mit zeitlicher Verzögerung die dramatischen Folgekosten.

Schon die reine Unterhaltung des Straßennetzes ist kaum noch zu finanzieren und frisst die Milliardenbudgets. Gleichzeitig geht aber - weitgehend unbemerkt - der private Pkw-Verkehr langsam zurück, weil die Gesellschaft immer älter wird. Rentner fahren weniger und der hohe Benzinpreis zeigt Wirkung. Noch mehr Geld für Straßenbau ist vor diesem Hintergrund nicht zu rechtfertigen. Er nützt allein jenen Lkw-Kolonnen, die auch Tiefensee nach eigenem Glaubensbekenntnis auf die Schiene umleiten will.

Ein ganz anderes, brisantes Mitbringsel der Pkw-Maut ist die Privatisierung. Die Umstellung von der Steuer- auf die Nutzerfinanzierung durch Mautgebühren wird vor allem von Banken und Baulöwen gerne als Einstieg in einen Privatisierungsschub gesehen. Der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) dachte schon mal

laut über den Komplettverkauf des deutschen Autobahnnetzes an Privatbetreiber nach, die dann für den Unterhalt zuständig wären und gleichzeitig die Gebühren kassierten. Eines muss in der Mautdebatte klar sein: Straßen sind öffentliche Räume und keine Cash-Cow für Banken und Konzerne.

Die Errichtungskosten eines elektronischen Mautsystems werden auf zwei bis drei Milliarden Euro geschätzt, dazu kommt der Verwaltungsaufwand beim Eintreiben der Gebühren. Bei einer satellitengestützten Abrechnung wie beim Lkw müssten Millionen Autos mit entsprechender Onboard-Elektronik oder - weniger aufwändig - mit Prepaid-Karten ausgerüstet werden. Die dritte Möglichkeit wäre eine einfache Autobahnvignette, mit der sich der Verkehr aber kaum lenken lässt. Die Vignette belohnt Vielfahrer. Motto: Wenn ich schon das Pickerl bezahlt habe, muss sich die Investition auch rentieren. Das erinnert an "All you can eat", das regelmäßig in Fressorgien endet.

Man sieht an alledem, wie schwierig die Mautdebatte ist. Entscheidend sind letztlich nicht die Instrumente, sondern die verkehrspolitischen Ziele, die man anvisiert. Wer wirklich klima- und verkehrspolitisch umsteuern und eine zukunftsfähige Mobilität erreichen will, kann dazu die Pkw-Maut nutzen. Eine höhere Mineralölsteuer gepaart mit CO₂-bezogener Kfz-Steuer entwickelt aber ebenso ihren ökologischen Charme.

Autobahn-Maut auf drei Bundesstraßen

[*rp-online.de*, 13.10.2006] Nicht nur auf Autobahnen auch auf drei Bundesstraßen müssen Lkw-Fahrer ab dem kommenden Jahr Maut entrichten. Der Bundesrat stimmte in Berlin einer Verordnung der Bundesregierung zu.

Die Regelung soll verhindern, dass Lastwagenfahrer die Autobahn wegen der Mautkosten meiden und so die Bundesstraßen überlasten. Bei den Strecken handelt es sich demnach um drei Bundesstraßen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.

Betroffen sind von der Maut-Erhebung ab Januar 2007 die Bundesstraße 75 in Hamburg zwischen den Autobahnen 261 und 253, die Bundesstraße 4 in Schleswig-Holstein nördlich der Autobahn 23 bis Bad Bramstedt sowie die Bundesstraße 9 zwischen deutsch-französischer Grenze und der An-

schlussstelle Kandel-Süd in Rheinland-Pfalz. Seit 1. Januar 2005 müssen alle Lkw mit einem Mindestgewicht ab zwölf Tonnen gestaffelt nach Schadstoff-Ausstoß und Größe Gebühren für die Autobahn-Nutzung zahlen.

Bundesverkehrsministerium: Maut hat Leerfahrten verringert

[*logistik-inside.de*, 28.9.2006] Das Bundesverkehrsministerium hat die Mautgebühren für den Lastwagen-Verkehr auf deutschen Autobahnen als Erfolgsmodell bezeichnet. Durch die Gebühren habe die Zahl der so genannten Leerfahrten von Lastwagen seit der Einführung der Maut um rund 15 Prozent abgenommen, sagte der Abteilungsleiter Straßenbau im Ministerium, Wolfgang Hahn, am Mittwoch zum Auftakt des Deutschen Straßen- und Verkehrskongresses in Karlsruhe.

Die Mauteinnahmen im abgelaufenen Jahr bezifferte Hahn auf rund 2,86 Milliarden Euro. In diesem Jahr seien es bis Ende August bereits 2 Milliarden Euro, sagte der Ministerialdirektor. Die größten Probleme mit dem Maut-Ausweichverkehr hält der Abteilungsleiter für ausgestanden. Der überwiegende Teil des Schwermastverkehrs sei wieder auf die Autobahnen zurückgekehrt. Hartnäckigen „Abwechslern“ werde man mit einer Ausdehnung der Mautpflicht auf besonders belastete Abschnitte der Bundesstraßen begegnen.

Im kommenden Jahr plant das Bundesverkehrsministerium nach Angaben des Abteilungsleiters die Verabschiedung eines „Masterplans Güterverkehr und Logistik“. Nach einer Studie sei Deutschland im Bereich Transport und Logistik der am meisten bevorzugte Investitionsstandort in Europa, betonte Hahn. Diesen Wettbewerbsvorsprung gelte es auszubauen. Zu den wichtigen Vorhaben seines Ministeriums gehört laut Hahn das spürbare Reduzieren von Staus auf Autobahnen. Hierbei müsse man auch beim Management von Großbaustellen mehr als bisher auf innovative Lösungen setzen.

Lkw-Maut brachte im Oktober Einnahme-Rekord

[*Finanznachrichten.de*, 5.11.2006] Die Lkw-Maut auf deutschen Autobahnen spült so viel Geld in

die Kassen wie nie zuvor. Nach einem Bericht von "Bild am Sonntag" (BamS) betrug die Mauteinnahmen im Oktober 282 Millionen Euro. Im Oktober 2005 seien es 248 Millionen Euro gewesen. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sagte der BamS: "Das sind die höchsten Monateinnahmen überhaupt! Das System bewährt sich." Auch im Ausland beobachte man mit wachsendem Interesse das deutsche Mautsystem. Seit der Einführung der Lkw-Maut im Januar vergangenen Jahres wurden laut BamS insgesamt 5,417 Milliarden Euro eingenommen.

Mailand führt Öko-Steuer für Autos im Zentrum ein

[*Kleinezeitung, Steiermark* 3.11.2006] Wer die Umwelt verschmutzt, muss zahlen: Umweltbelastende Pkw zahlen in der Innenstadt von Mailand bis zu zehn Euro pro Tag.

Mailand führt eine City-Maut für Umwelt belastende Fahrzeuge in der Innenstadt ein. Ab Februar 2007 sollen Fahrer von Autos des Typs Euro 1 oder Dieselaautos der alten Generation, die nicht in der Innenstadt wohnen, zwischen zwei und zehn Euro für ihre Fahrt ins Zentrum bezahlen, teilte der Stadtrat mit. "Wer die Umwelt verschmutzt, muss zahlen", lautet der Slogan der Stadtverwaltung.

Die City-Maut wird den Plänen zufolge lediglich in der Hauptsaison zwischen dem 19. Februar und dem 15. Oktober täglich in der Zeit von 7.00 bis 18.00 Uhr erhoben.

Mit der Initiative will Bürgermeisterin Letizia Moratti die andauernden Verkehrsstaus in der Mailänder Innenstadt abwenden. Außerdem sollen durch die so genannte "Pollution Charge" (Umweltverschmutzungs-Gebühr) die Smog-Werte verringert werden. Smog belastet Mailand jeden Winter. In den vergangenen Jahren war es öfters zu einem kompletten Autoverbot gekommen. Zuvor hatten bereits London, Oslo und Stockholm ähnliche Maßnahmen ergriffen. Jedoch müssen Autofahrer in der britischen Hauptstadt tiefer ins Portemonnaie greifen: Hier beträgt die City-Maut seit 2003 stolze fünf Pfund (ca. 7,40 Euro) pro Fahrzeug.

City-Maut in Stockholm

verringerte Staus um 30 bis 50 Prozent

[Verkehrsclub Österreich, 26.9.2006] Stockholms Bevölkerung hat bei der Volksabstimmung für die Einführung der City-Maut gestimmt. 53 Prozent sagten Ja zur City-Maut. „Dieses Ergebnis zeigt, dass die Bevölkerung sehr wohl für Stadt-Mauten stimmt, wenn die Staus und die Abgasbelastung verringert werden. Dieses Ergebnis hat Beispielwirkung für andere Städte Europas und damit auch für Österreich“, stellt VCÖ-Experte DI Wolfgang Rauh zum Ja der Stockholmer zur City-Maut fest.

In Stockholm wurde die City-Maut von 3. Januar bis 31. Juli getestet. Die Bilanz des Modellversuchs war überzeugend: Der Verkehr hat in der Mautzone um 20 Prozent abgenommen, außerhalb der Mautzone um rund sechs Prozent. Die Stockholmer haben seit Einführung der City-Maut in der bemauteuten Zone um 30 bis 50 Prozent weniger Zeit im Stau verloren. Die Schadstoffbelastung ist in der Mautzone um 14 Prozent gesunken, in der gesamten Stadt Stockholm um rund drei Prozent.

Der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) fordert die Einführung der Stadt-Maut auch in Österreichs Ballungsräumen. „Die Stadt-Maut ist ein zukunftsfähiges, modernes Modell zur Verringerung der Verkehrsprobleme in Städten. Die Lebensqualität in den Städten steigt: Eine Stadt-Maut verringert Staus, Verkehrslärm und die Feinstaubbelastung. Die Wirtschaft profitiert, weil die durch die Staus verursachten Kosten verringert werden. Die Geschäfte in der Stadt profitieren, weil durch eine Stadt-Maut weniger Leute in die Einkaufszentren an den Stadtrand fahren“, betont VCÖ-Experte Rauh. Eine VCÖ-Studie zeigt, dass eine Stadt-Maut für Wien, Graz, Salzburg, Linz, Innsbruck und Klagenfurt geeignet ist. Das VCÖ-Modell sieht wie in Stockholm zeitlich gestaffelte Tarife in der Höhe von null bis zwei Euro pro Stadteinfahrt vor. Die Bemauteung soll bereits an der Stadtgrenze bei den Haupteinfahrten beginnen. Mit den Einnahmen aus der Stadt-Maut sollen die Bus- und Bahnverbindungen verbessert und ausgebaut werden.

Evaluierungsbericht der Expertenkommission der Stadt Stockholm:

Verkehrsreduktion: 20 Prozent

Stauzeiten: minus 30 bis minus 50 Prozent

Abgasbelastung Mautzone: minus 14 Prozent

Abgasbelastung Stockholm gesamt: minus 3 Prozent

Erwartete Verringerung der bei Verkehrsunfällen verunglückten: minus 5 bis 10 Prozent

<http://www.vcoe.at/start.asp?pg=detail.asp?ID=2123>

13. STRASSENVERKEHR

Untersuchung zum CO₂-Ausstoß von Neuwagen

Der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt (Transport & Environment) hat erstmals den Fortschritt einzelner Automarken bei der Verringerung der CO₂-Emissionen untersucht. Als Maßgabe diente die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie aus den Jahren 1998/99. Ein Ergebnis: Drei Viertel der 20 am meisten verkauften Automarken in Europa haben es versäumt, die Verbrauchswerte so zu verbessern, dass die EU-Klimavorgabewerte erfüllt werden.

Die Studie „How clean is your car brand?“ können Sie hier herunterladen:

http://www.transportenvironment.org/docs/Publications/2006/2006-10_how_clean_is_your_car_brand.pdf

Autobauer: Biosprit-Förderung nachbessern – bald neuer Kraftstoff

[dpa-Meldung, 12.10.2006] Die Automobilbauer VW und DaimlerChrysler wollen die Weiterentwicklung beim Biosprit vorantreiben, fordern dazu aber eine Nachbesserung bei der steuerlichen Förderung. So müsse die Förderung synthetischer Kraftstoffe der zweiten Öko-Generation über die bis 2015 gesetzte Frist hinaus verlängert und nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben werden, sagte der Leiter der VW-Antriebsforschung, Wolfgang Steiger, am Donnerstag auf einem Kongress in Berlin. "Nur in Verbindung mit weiterentwickelten Kraftstoffen lassen sich

Verbrauch und Emissionen weiter reduzieren", fügte sein Fachkollege von DaimlerChrysler, Hans-Otto Herrmann, hinzu. Beide Firmen sowie Bundesregierung und ihre Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) sind Veranstalter des zweitägigen Kongresses.

Im Interesse der Nachhaltigkeit wäre eine Staffe- lung der steuerlichen Förderung nicht nur nach CO₂-Ausstoß sinnvoll, sagte Steiger. So könnte der Steuerbonus höher ausfallen, wenn die Roh- stoffproduktion arbeitsintensiv sei, oder ganz wegfallen, wenn der Kraftstoff – zum Beispiel bil- liges Palmöl – aus Südamerika um den Preis des Abholzens von Urwäldern – importiert werde. "Jeder kann dann seine Anlagen danach ausrich- ten, eine verbesserte Steuerbefreiung zu bekom- men", so der VW-Manager.

Nach dem jetzigen Energiesteuergesetz sollen E- thanol und künftige Biokraftstoffe wie BTL (Biomass to liquid) ohne weitere Auflagen bis zum Jahr 2015 steuerfrei bleiben. Sie werden als Zukunftskraftstoff - neben der Wasserstoff- Technologie – besonders gefördert, während Bio- diesel der jetzigen Generation besteuert wird. Beim BTL wird aus Biomasse (schnell wachsende Pflanzen, Stroh oder Resthölzer) Gas gewonnen, das im synthetischen Verfahren zu Sprit verflüs- sigt wird. Vorteile der neuen Entwicklung werden vor allem in dem größeren Rohstoffpotenzial - damit in der Verringerung der Abhängigkeit von Öl und Erdgas - sowie in langfristigen Kosten- Einsparungen gesehen.

Mit der Markteinführung von BTL, das in stei- genden Anteilen herkömmlichem Dieselkraftstoff beigemischt werden soll, sei 2011 zu rechnen, mit der von Zellulose-Ethanol (Beimischung zum Benzin) zwei Jahre früher, sagte Steiger der dpa. Dann werde es noch einige Jahre Übergangszeit geben, in der parallel auch der bisherige Biokraft- stoff am Markt bleibe. Machbar sei, dass bis 2030 die Hälfte des fossilen Kraftstoffs in Europa durch Biosprit ersetzt sei. Die Autobauer gehen davon aus, dass der Anteil der neuen Öko-Kraftstoffe am Sprit je nach Rohstoffangeboten Zug um Zug steigen wird.

Das Landwirtschaftsministerium sicherte der Branche weitere Forschungs-Unterstützung für das Gesamtprojekt "Vom Acker bis zum Tank" zu. "Die Weichen müssen jetzt gestellt werden",

sagte Abteilungsleiter Clemens Neumann. "Deutschland muss seine Spitzenstellung ausbau- en. Wir sehen gute Chancen, dass die Wirtschaft hier in neue Investitionen geht." Fachagentur- Leiter Andreas Schütte berichtete, man wolle jetzt aus dem Status von BTL-Versuchsanlagen he- rauskommen. Eine deutlich größere Demonstrati- onsanlage werde 2007 im sächsischen Freiberg mit einer Kapazität von 15 000 Tonnen BTL pro Jahr in Betrieb gehen. Laut Steiger soll noch eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. VW plant ein gemeinsames Projekt mit einer ka- nadischen Firma, das die Spritproduktion voll auf Stroh stützt.

Neue Ära bei BMW – Der Hydrogen 7

Als weltweit erster Automobilhersteller präsen- tiert BMW ein mit Wasserstoff (englisch: Hydro- gen) angetriebenes Fahrzeug, das den Serienent- wicklungsprozess durchlaufen hat. Der BMW Hydrogen 7 mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor ist das Ergebnis einer konsequenten Entwick- lungsstrategie, mit der das zukunftsweisende Konzept einer nachhaltigen Mobilität bereits heu- te für den Alltagsbetrieb nutzbar gemacht wird. Die Limousine der 7er Reihe wird von einem 191 kW/260 PS starken Zwölfzylinder-Motor ange- trieben und beschleunigt in 9,5 Sekunden von null auf 100 km/h. Solange eine flächendeckende Wasserstoffversorgung nicht gewährleistet ist, kann der bivalent ausgelegte Motor des BMW Hydrogen 7 durch einfaches Umschalten der Be- tribsart auch auf herkömmliches Superbenzin zu- rückgreifen.

Weiterführende Informationen und Links zu die- sem Thema zu finden unter:

http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/mobili- taet/2006-09-14_BMW_Hydrogen_7.php

14. LUFTVERKEHR

Britischer Schatzkanzler Brown erhöht Umweltsteuern auf Flugreisen

Um den Tories entgegenzutreten und sein Be- kenntnis zur Umweltpolitik zu untermauern, hat

der britische Schatzkanzler und mögliche Blair-Nachfolger Gordon Brown eine Anhebung der Steuern auf Flugreisen bekannt gegeben. Ab Februar wird nun die Sonderausgabe für Flüge nach Europa auf zehn Pfund verdoppelt. Weitere Informationen dazu:

<http://www.telegraph.co.uk/money/main.jhtml?xml=/money/2006/12/07/pbrsplash07.xml>

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/6211176.stm

Landung nur mit Zertifikat

[Nick Reimer, taz vom 6.12.2006] Mitteilung Nr. 2005-459 der EU-Kommission: 2012 wird in Europa doppelt so viel geflogen wie 1990. Das bedeutet: Auch die Kohlendioxid-Emissionen des Luftverkehrs werden 2012 doppelt so hoch sein wie 1990. Aber das kann sich die EU nicht leisten: Wegen Kioto. Die EU hat schließlich zugesagt, ihren CO₂-Ausstoß zu senken.

Das war auch das Signal, das der diesjährige UN-Klimagipfel aus Kenias Hauptstadt Nairobi sandte: Die Entwicklungsländer sind allenfalls dann bereit, über eigene Klimaschutzbemühungen nachzudenken, wenn die Industrieländer mehr tun. Allen voran die EU: Im Kioto-Klimaabkommen hatten sich die 15 alten EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, 2012 acht Prozent weniger Klimakiller auszustoßen als 1990. Tatsächlich haben die 15 bis heute einen Rückgang von gerade einmal 0,6 Prozent geschafft. Selbst Fachleute aus dem EU-Apparat bezweifeln, dass die Vorgaben noch zu schaffen sind: Würden alle Klimaschutz-Vorhaben rechtzeitig umgesetzt – wovon nicht auszugehen ist – wären, so die EU-Experten, allenfalls knapp minus fünf Prozent erreichbar.

Zum Glück aber gibt es Stavros Dimas. Reichen die geplanten Maßnahmen nicht aus – so augenscheinlich die Strategie des EU-Umweltkommissars -, müssen eben neue her. Zum Beispiel Klimaschutzauflagen für die Luftfahrt: Dimas will am 20. Dezember einen Richtlinienentwurf zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel vorlegen: Alle Airlines, die in der EU starten oder landen, müssten demnach von 2011 an Verschmutzungsrechte - die CO₂-Zertifikate - für ihre Flüge vorlegen. Auch Fluggesellschaften aus Drittstaaten sollten dazu ge-

zwungen werden, wenn sie in Europa landen wollen.

Die Verpflichtung, Verschmutzungsrechte zu erwerben, gilt bislang nur für Kraftwerke und energieintensive Industrieanlagen. Zwar kommt aus den Düsen der Jets genau dasselbe Kohlendioxid wie aus den Autos oder Kraftwerken. In 10.000 Metern Höhe ausgestoßenes CO₂ ist aber dreimal klimazerstörender – Flugzeuge sind damit die schlimmsten Klimasünder, die es gibt. Deshalb sei "im Grundsatz in Europa unumstritten, dass der Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen werden muss", sagte gestern der deutsche Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD). Dem Handelsblatt kündigte er an, die Bundesregierung wolle sich im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 für Klimaschutzauflagen der Luftfahrt einsetzen.

Ein "natürlich begrüßenswerter Vorstoß", urteilte Jochen Diekmann, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Klimaschutz befasst. "Entscheidend wird aber sein, wie der Zertifikatehandel ausfällt." Unter den Fachleuten werden nämlich zwei Varianten diskutiert - eine geschlossene, eine offene. "Offen bedeutet: Fluggesellschaften werden in das bestehende Handelssystem integriert", erklärt Sven Harmeling, Klimaexperte der Entwicklungsorganisation Germanwatch. "Das würde bedeuten, dass sich die Lufthansa vergleichsweise billig mit Zertifikaten eindecken kann - ohne Folgen für die eigene Geschäftspolitik." Geschlossen dagegen heißt, es wird ein Extrahandelsplatz für Flugzertifikate eingerichtet. Harmeling: "Wenn Flugzeuge dreimal klimaschädigender als andere Emissionsquellen sind, müssen die Zertifikate natürlich auch dreimal so viel kosten".

Lufthansa-Sprecher Stefan Schaffrath sieht "sehr viel wirksamere Möglichkeiten für mehr Klimaschutz. An erster Stelle einen einheitlichen europäischen Luftraum". Die Koordination des Luftverkehrs durch eine europäische Flugsicherung hätte kürzere Flugzeiten, weniger Verspätungen und weniger Warteschleifen zur Folge - ein Einsparpotenzial von bis zu zwölf Prozent.

Weitere Infos auch unter:

<http://www.finanztreff.de/ftreff/news.htm?id=26686549&sektion=wirtschaftspolitik&u=0&k=0>

Luftverkehr soll ab 2011 CO₂-Ausstoß verringern

[Euractiv.Com, 16.11.2006] Die Kommission wird voraussichtlich im Dezember einen Vorschlag vorlegen, der darauf abzielt, CO₂-Emissionen im europäischen Luftverkehr zu reduzieren.

Hintergrund: Auf EU-Ebene laufen die Diskussionen über Möglichkeiten, die Klimaauswirkungen der Luftfahrt zu begrenzen, seit Anfang 2005. Im Juni 2005 hat die Kommission eine öffentliche Anhörung über die Möglichkeiten einer Einbindung des europäischen Luftverkehrs in das Emissionshandelssystem eingeleitet. In einer darauffolgenden Strategie schlug die Kommission die Einbindung des Luftverkehrs in den Emissionshandel als bevorzugte Lösung zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Luftfahrt vor.

Kernfragen: Die Kommission plant, den Vorschlag am 20. Dezember vorzulegen und wartet derzeit auf die Zustimmung aller Kommissare. Ab 2011 werden für die Luftfahrt Obergrenzen für Emissionen eingeführt und Fluggesellschaften werden verpflichtet sein, Zertifikate abzugeben, die ihre Emissionen rechtfertigen. Alle Fluglinien werden unabhängig ihrer Herkunft den gleichen Regeln unterliegen, wenn sie EU-Flughäfen anfliegen oder von dort abfliegen, so Umweltkommissar Stavros Dimas bei einer Pressekonferenz am 9. November 2006. Er fügte hinzu, dass die Einbeziehung der Fluggesellschaften in das System notwendig sei, weil die von der Luftfahrt verursachten Emissionen rasch zunehmen und drohten, den Erfolg, der in anderen Bereichen erzielt werden konnte, zu vernichten.

Der Vorschlag umfasst u.a. diese Bereiche: Alle Fluglinien, die EU-Flughäfen anfliegen, unterliegen den gleichen Regeln – unabhängig von ihrem Herkunftsland; Verschmutzungsgrenzen werden EU-weit von der Kommission festgelegt. Dies unterscheidet sich von dem derzeitigen System, in dem die Mitgliedstaaten die Allokationspläne ausarbeiten und diese in Brüssel nur bestätigt werden müssen; Die Obergrenze wird anhand der durchschnittlichen Emissionen im Luftverkehr im Zeitraum 2004-2006 berechnet; Verschmutzungszertifikate, die in diesem Bereich vergeben werden, können nur im Luftverkehr genutzt (und daher

gehandelt) werden; Folgenabschätzungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Ticketpreise mit den neuen Regeln um 4,6 bis 39,6 Euro steigen würden (je nach Strecke); Regierungs- und Militärflüge sind von dem System ausgenommen; Emissionen von Stickoxid (NOX) könnten durch zusätzliche CO₂-Reduzierungen ebenfalls reduziert werden.

Positionen: Die USA haben bereits ihre Besorgnis ausgedrückt hinsichtlich eines solchen Gesetzesvorschlags und gefordert, dass nur europäische Fluglinien von diesen Regelungen betroffen sein sollten, da US-Fluglinien seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 mit höheren Sicherheitskosten konfrontiert seien. Sharon Pinkerton von der amerikanischen Bundesbehörde für Luftverkehr hat bereits letztes Jahr gefordert, dass US-Unternehmen von den EU-Bestimmungen ausgenommen sein müssten. Flugemissionen zu reduzieren, falle in das Aufgabengebiet der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO).

Die Fluggesellschaften sind beunruhigt, dass die EU-Initiative zu transatlantischen Spannungen führen könnte. Anthony Concl, ein Sprecher der International Air Transport Association (IATA) sagte zu Reuters, dass IATA sehr beunruhigt sei über die Aussicht auf künftige Rechtsvorschriften, die sich außerhalb des europäischen Hoheitsgebiets auswirken.

Die europäische Flughafenindustrie unterstützt den Vorschlag und forderte am 15. November 2006 eine frühe Einbindung des Flugverkehrs in das CO₂-Emissionshandelssystem. Die Reduzierung der Klimaauswirkungen des Luftverkehrs sei die größte Herausforderung für die Luftfahrtindustrie. Dieses Problem nicht anzugehen, würde nicht nur die Zukunft der Luftfahrt aufs Spiel setzen, sondern sei ebenfalls höchst unverantwortlich. Jetzt sei die Zeit für pragmatische Maßnahmen, so Olivier Jonkovec vom Airport Council International Europe (ACI Europe).

Jos Dings von der Umweltorganisation Verkehr und Umwelt sagte, dass die Bekanntgabe des Entwurfes die Bemühungen der EU, die USA von Zusagen für den Zeitraum nach 2012 im Kampf gegen die Erderwärmung zu überzeugen, beeinträchtige. Es sei sehr schade, dass der Entwurf an die Öffentlichkeit gelangt sei, sagte Dings im Gespräch mit EurActiv und fügte hinzu, dies sei kein

Vorteil für die Konsensfindung in Europa.

Glos gegen Emissionshandel für Flugverkehr

[Stephan Kosch, taz vom 7.12.2006] In der Bundesregierung bahnt sich ein Streit über den Klimaschutz im Flugverkehr an. Einen Tag nachdem sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) für die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel ausgesprochen hatte, geht Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) auf Distanz zu seinem Kabinettskollegen. "Es ist noch völlig offen, ob der Luftverkehr sinnvoll in den Emissionshandel einbezogen werden kann", erklärte Glos. Zudem befürchtet der Minister Wettbewerbsnachteile für die europäische Wirtschaft.

Tiefensee hatte im Gespräch mit dem Handelsblatt gesagt, die Bundesregierung wolle im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft "die Pläne der EU-Kommission voranbringen, den Emissionshandel auf den Luftverkehr auszuweiten". Damit würden ab 2011 auch Fluggesellschaften wie schon jetzt die übrige Industrie eine bestimmte Anzahl von Zertifikaten erhalten, die sie zum Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids berechtigen. Wer mehr verbraucht, muss Zertifikate zukaufen. Offen ist noch, ob die Papiere des Flugverkehrs gemeinsam mit denen der produzierenden Industrie an den Strombörsen gehandelt werden dürfen oder ob es ein eigenes System geben wird. Flugzeugabgase in der Luft gelten als dreimal so schädlich wie andere Emissionen. Einzelheiten will EU-Umweltkommissar Stavros Dimas am 20. Dezember vorlegen.

Dieser Vorschlag der Kommission müsse "sorgfältig" und "ergebnisoffen" diskutiert werden, erklärte Glos. Es sei offen, ob der Emissionshandel auch, wie von der EU geplant, rechtlich auf Fluglinien aus Ländern außerhalb der Union ausgedehnt werden könne. Zudem erwartet er, dass internationale Airlines künftig die Drehkreuze in Europa meiden. Sollten nur die europäischen Fluglinien zur Teilnahme am Emissionshandel gezwungen werden, müsse mit "untragbaren Wettbewerbsverzerrungen" gerechnet werden.

Zudem würden Fluglinien nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums eine Pflicht zur Vermin-

derung des Ausstoßes von Kohlendioxid umgehen, indem sie Verschmutzungsrechte, sogenannte CO₂-Zertifikate, kaufen. Dies würde die Preise im Emissionshandel erhöhen und die Volkswirtschaft belasten.

Unterstützung erhält Glos aus der Luftfahrtbranche. Jens Krüger, Sprecher des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, sagte der taz: "Wir warnen davor, den Luftverkehr als Wachstumsbranche weiter zu belasten." Bereits jetzt müssten Sicherheitskosten und andere Abgaben von den Unternehmen gezahlt werden. Auch eine Erhebung von Steuern auf Flugbenzin oder eine Ticketabgabe, die entwicklungspolitischen Projekten zugutekommen sollen, lehnt der Verband ab.

Große Koalition und FDP lehnen Flugticketabgabe ab

[Hannes Koch, taz vom 30.9.2006] Der Brief der US-Botschaft an den Deutschen Bundestag war deutlich. Sollten die Abgeordneten die neue Abgabe auf Flugtickets beschließen, "könnte sich dies negativ auf den Flugreiseverkehr auswirken", heißt es in dem Schreiben, das der taz vorliegt. Durch höhere Preise würden Nachteile für US-Fluggesellschaften entstehen, schrieb Dennis J. Ortblad, Wirtschaftsberater der Botschaft, an die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages.

Über das Ergebnis der Abstimmung im Parlament wird sich die US-Botschaft gestern gefreut haben. Mit den Stimmen von Union, SPD und FDP lehnte das Plenum die Abgabe auf Flugtickets ab. Linksfraktion und Grüne hatten vorgeschlagen, sie einzuführen. Die Einnahmen sollen in einen weltweiten Fonds fließen, der Impfprogramme und Medikamente gegen Aids, Tuberkulose und Malaria finanziert. 18 Staaten, allen voran Frankreich, haben die Abgabe bereits beschlossen, die ein Teil des Programms der Vereinten Nationen zur Reduzierung der weltweiten Armut ist.

Als "drastische Einmischung" bezeichnete Thilo Hoppe (Grüne), der Vorsitzende des Entwicklungsausschusses, den Brief der US-Botschaft. "Eine derart massive Einflussnahme hat es in den vergangenen Jahren nicht gegeben", sagte auch ein hoher Beamter der Bundesregierung gegen-

über der taz. Während die US-Botschaft in Berlin keine Angaben zu Häufigkeit und Charakter von politischen Interventionen machte, erklärte die Verwaltung des Bundestages, dass derartige Briefe "nicht täglich" einträfen, aber auch "keine Ausnahme" darstellten. Botschaften anderer Staaten würden die Meinung ihrer Regierungen den Abgeordneten ebenfalls mitteilen.

In der französischen Variante würde die Flugticket-Abgabe den Preis pro Flug um 1 bis 40 Euro erhöhen. Unter anderem deutsche Fluggesellschaften befürchten Nachteile, wenn ihre Tickets teurer werden als die der Konkurrenz. SPD und Union wiesen die Abgabe außerdem mit dem Argument zurück, dass die Mittel der deutschen Entwicklungshilfe ohnehin ansteigen würden und das zusätzliche Geld deshalb zurzeit nicht notwendig sei. Für das Jahr 2008 allerdings, so SPD-Politiker Sascha Raabe, müsse man möglicherweise über die Ticket-Abgabe nachdenken, um die dann benötigten Mittel zu beschaffen. Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) unterstützt die Abgabe.

Schweizer Bundesrat will Kerosinsteuer für Luftfahrt statt Strassenbau

[Basler Zeitung, 18.10.2006] Die Steuererträge auf Flugtreibstoffen sollen nicht mehr dem Strassenverkehr, sondern der Luftfahrt zu Gute kommen. Der Bundesrat hat am Mittwoch die entsprechende Verfassungsänderung in die Vernehmlassung gegeben.

Im Bericht über die Luftfahrtpolitik von 2004 hatte der Bundesrat der Luftfahrt eine herausragende volkswirtschaftliche Bedeutung zuerkannt. Dessen ungeachtet betragen die finanziellen Leistungen des Bundes mit 24 Millionen Franken jährlich nur einen Bruchteil dessen, was der Bund für Schiene und Strasse aufwendet.

Deshalb erklärte sich der Bundesrat bereit zu prüfen, wie die Erträge aus der Kerosinbesteuerung von Flügen im Inland und zu privaten Zwecken künftig zu Gunsten der Luftfahrt verwendet werden könnten. Gedacht wurde an Massnahmen für Umweltschutz, technische Sicherheit und Schutzmassnahmen vor kriminellen Übergriffen.

Kostenwahrheit erzeugen

Heute fliessen die Erträge aus der Besteuerung

von Flugtreibstoff in die Bundeskasse (50 Prozent des Reinertrages) und in den Strassenverkehr (50 Prozent des Reinertrages sowie 100 Prozent des Treibstoffzuschlags). Kommerzielle Flüge mit Bezug zum Ausland sind aufgrund internationaler Regelungen steuerbefreit.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die heutige Verteilung der Einnahmen aus der Kerosinbesteuerung weder zeit- noch sachgerecht ist. Darüber hinaus widerspreche die Regelung dem Prinzip der Kostenwahrheit, wonach die Abgaben auf einem Verkehrsträger dazu dienen sollen, die durch ihn verursachten Kosten zu decken.

40 Millionen mehr

Die Verwendung der Einnahmen aus der Treibstoffbesteuerung ist in Artikel 86 der Bundesverfassung geregelt. Der Bundesrat schlägt nun vor, diesen Artikel so anzupassen, dass für die aus dem Luftverkehr stammenden Gelder die analoge Lösung gilt wie für die Erträge des Strassenverkehrs.

Die Hälfte des Reinertrages soll in die Bundeskasse fliessen. Die andere Hälfte und der Treibstoffzuschlag sollen der Luftfahrt zukommen. Die Einnahmen aus der Kerosinsteuer belaufen sich auf rund 60 Millionen jährlich. Nach Abzug des Bundesanteils würden für die Luftfahrt rund 40 Millionen verbleiben.

Die vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassung zu dieser Verfassungsänderung dauert bis am 26. Januar 2007. Die Behandlung in den eidgenössischen Räten ist zu Beginn der nächsten Legislaturperiode geplant. Die Volksabstimmung könnte im Jahr 2008 stattfinden.

15. DISKUSSIONSFORUM

Die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform

Unser FÖS-Mitglied Franz Groll hat einen Diskussionsbeitrag zu weiterführenden Massnahmen der Ökosteuer, mit dem Beispiel der Ressourcensteuer, ausgearbeitet. Dieser ist hier herunterzuladen:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/WeiterentwicklungOekosteuerGroll.pdf>

Franz Groll ist außerdem Autor des Buches: „Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert. Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft“

ISBN 3570500578; Herausgeber/Verlag: Riemann; September 2004; 19 Euro

Weitere Informationen zu dem Buch:

<http://www.xn--ko-buch-80a.de/asin.3570500578.htm?kat1.Geldanlage.kat2.Kapitalanlagen>

Aufsatz zur Ressourcentheorie

Eberhard Kühne hat einen Aufsatz zur Ressourcentheorie zu den qualitativen Merkmalen der Ressourcen als zentraler Ansatz beim Übergang zum ökologischen Wirtschaften veröffentlicht. Nachzulesen ist dieser hier:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/Ressourcentheorie.pdf>

Nairobi 2006 – Über Erwartungen und Enttäuschungen in der internationalen Klimapolitik

Udo E. Simonis hat eine kritische Nachlese über die im November in Nairobi stattgefundenen Klimakonferenz verfasst, die Sie hier herunterladen können:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/Nairobi2006.pdf>

16. LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN

Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit

Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit. Ein Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels. Mit einem Geleitwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen/Kommission Weltkirche 29, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz) Bonn 2006

(http://www.dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk1b.kommissionen/ko_29.pdf)

Studie „Wind Power in Britain and Germany“ der Deutsch-Britischen Stiftung

Die Deutsch-Britische Stiftung (Anglo-German Foundation) in London hat einen Vergleich von Joseph Szarka und Ingolfur Blühdorn über Windkraft in Deutschland und Großbritannien, mit dem Untertitel „Explaining contrasting development paths“, vorgelegt.

Der komplette Report ist abrufbar unter: <http://www.agf.org.uk/pubs/pdfs/1485web.pdf>

Das Nichteinhaltungsverfahren des Kioto-Protokolls

Holtwisch, Christoph: Das Nichteinhaltungsverfahren des Kioto-Protokolls. Entstehung - Gestalt - Wirkung. Duncker & Humblot Berlin, 2006, 98,00 Euro, ISBN 3-428-12215-1

Über Kioto hinaus – der Klimawandel als Gerechtigkeitsfrage

Lienkamp, Andreas: Über Kioto hinaus – der Klimawandel als Gerechtigkeitsfrage, in: ICEP argumente 2 (2006) Nr. 3 (http://www.lienkamp-berlin.de/LienkampICEPargumenteKlimawandel_lang.pdf)

Kioto Plus

Wicke, Lutz et al.: Kioto Plus. So gelingt die Klimawende. C.H. Beck München, 2006, 19,90 Euro, ISBN 3-406-55127-0

Studie „Factor X and the EU – How to make Europe the most resource and energy efficient Economy in the World“

Über Energie- und Ressourceneffizienz wird viel geredet, aber oft wird nicht genug getan, um den wirtschaftlichen und politischen Rahmen zu schaffen, damit die erforderliche Effizienzrevolution auch wirklich stattfinden kann. Aus diesem Anlass und angesichts der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wurden die Gesetzesvorhaben innerhalb der EU, die zu einer Erhöhung der Energie- und Ressour-

ceneffizienz in der EU beitragen könnten, zusammengestellt und dabei wurde beschrieben, was konkret verändert werden müsste. Ergebnis: „Factor X and the EU: How to make Europe the most resource and energy efficient Economy in the World – A Guidebook to Policies and Legislative Initiatives within the European Union” – October 2006, 2nd completely updated and revised edition

Die Studie (ca. 150 Seiten) kann kostenlos bestellt werden bei: Aachen Foundation, Schmiedstr. 3, 52062 Aachen, Germany; Tel.: +49-241-40929-0; Fax. +49-241-40929-20 oder per Mail: info@aachener-stiftung.de; <http://www.aachenfoundation.org>

Download: http://www.aachener-stiftung.de/downloads/factorx_2nd.pdf

Ergänzend dazu: http://www.foeeurope.org/events/2006/factor_X_delivery.htm

Neue BMU-Broschüre: Beschaffung von Ökostrom

Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) haben eine Broschüre herausgegeben, die bei der europaweiten Ausschreibung von Stromlieferung aus erneuerbaren Energien hilft. Gerade öffentliche Auftraggeber – etwa Behörden – können Vorbilder im Klimaschutz sein, indem sie Ökostrom beziehen. Sie müssen den Strom jedoch in einem transparenten Vergabeverfahren auf dem europäischen Markt beschaffen. Was dabei zu beachten ist, erläutert die neue Broschüre „Beschaffung von Ökostrom – Arbeitshilfe für eine europaweite Ausschreibung im offenen Verfahren“. Die Broschüre beschreibt die vergaberechtlichen und fachlichen Grundlagen der EU-weiten Ausschreibung und gibt für diese zahlreiche praktische Tipps – einschließlich aller Formulare, die für eine Ausschreibung nötig sind. Sie beruht auf den Erfahrungen von nunmehr zwei Ausschreibungen von Ökostrom, die das Umweltbundesamt für den gesamten Geschäftsbereich des BMU durchgeführt hat. Durch den Bezug des Ökostroms sparen die Behörden seit 2004 jährlich im Durchschnitt 5.500 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid ein.

Die Broschüre steht im Internet unter <http://www.bmu.de/energieeffizienz/downloads/d>

[oc/37939.php](http://www.foes.de/oc/37939.php) zum kostenlosen Download bereit.

Handel mit CO₂-Zertifikaten

Führ, Thomas et al.: Handel mit CO₂-Zertifikaten. C.H. Beck München, 2006, 52,00 Euro, ISBN 3-406-55245-5

Schwarzbuch

Schwarzbuch zu umwelt- und klimaschädlichen Subventionen von November 2006 finden Sie unter

http://www.foes.de/de/downloads/Politische%20Forderungen/Schwarzbuch_version_1.6_final.pdf

EEB Handbuch zur EU Umweltpolitik

Neu - die deutsche Fassung des EEB Handbuchs zur EU Umweltpolitik. Eine kritische Bewertung der EU Umweltgesetzgebung.

Abzurufen unter: http://www.eeb.org/publication/policy_handbook_german.htm

Energieerzeugung 2020: Szenarien von Ernst & Young

Die Beratungsgesellschaft Ernst & Young hat vier Szenarien für die Energieerzeugung in Deutschland im Jahr 2020 entwickelt. Die Szenarien werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Erzeugungsmix, der Stromproduktion nach Energieträgern, der CO₂-Emissionen und des Investitionsbedarfs untersucht. Eines der Szenarien – die konsequent auf das Ziel des Klimaschutzes ausgerichtete Investitionspolitik – könnte demnach den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent erhöhen. Gleichzeitig wäre eine Minderung der Kohlendioxidemissionen um 14 Prozent möglich. Die Weiterführung der derzeitigen Energiepolitik könnte dem Bericht zufolge die CO₂-Emissionen bis 2020 um ein Prozent verringern. Die Ernst & Young Studie finden Sie unter der URL:

[http://www.ey.com/global/download.nsf/Germany/Studie_Energiemix2020_2006/\\$file/Studie_Energiemix2020_2006.pdf](http://www.ey.com/global/download.nsf/Germany/Studie_Energiemix2020_2006/$file/Studie_Energiemix2020_2006.pdf)

Klimawandel in der Karibik und in Lateinamerika

Eine internationale Arbeitsgruppe aus 20 Nicht-Regierungs-Organisationen hat die Auswirkungen des Klimawandels auf Lateinamerika und die Karibik unter die Lupe genommen und die Ergebnisse jüngst in einem Bericht veröffentlicht. Extreme Wetterereignisse werden in der Region demnach häufiger vorkommen und sich schwerer vorhersagen lassen. Die Fähigkeit der Ökosysteme, als Puffer gegen Wetterextreme zu wirken, werde untergraben und lasse die Menschen in der Region ungeschützt zurück, so der Bericht. Neben Greenpeace, WWF und Friends of the Earth haben auch Christian Aid und WorldVision an der Erstellung der Studie mitgewirkt. Die Studie „Up in smoke?“ kann unter folgender URL heruntergeladen werden:

http://www.foeurope.org/climate/download/Up_in_Smoke_embargo.pdf

OECD-Publikation zu Ökosteuern

Die umfangreiche OECD-Publikation „The Political Economy of Environmentally Related Taxes“ (Erscheinungsdatum September 2006) ist beim FÖS in einer Vorabversion für nur 10 Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

Unterrichtsmaterialien „Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz“

Mit freundlicher Unterstützung des Umweltbundesamtes hat der FÖS kostenlose Unterrichtsmaterialien zur marktwirtschaftlichen Umweltinstrumenten erstellt. Wenn Sie als Lehrer auf aktuelle, umweltpolitische Themen eingehen wollen und Zusammenhänge von Wirtschaft, Umwelt und Politik anschaulich erläutern wollen, bieten sie Ihnen sicherlich eine wertvolle Hilfestellung. Die verständlich gehaltenen Hintergrundtexte, Aufgaben und Foliensätze zu Fragen des Klimaschutzes, Wirtschaft und Umwelt, Emissionshandel und Ökosteuern stoßen bereits auf sehr große Nachfrage, da es zu diesem Thema wenig aktuelle Bildungsmaterialien gibt. Die FÖS-Materialien stehen unter

<http://www.foes.de/4fakten/Lehrermaterialien.htm> zum Download bereit und sind in gedruckter Form beim FÖS kostenfrei erhältlich. Bestellungen bitte an: foes@foes.de

FÖS/BfN-Tagungsband „Integration ökologischer Aspekte in die Finanzpolitik“

Ein gemeinsamer Tagungsband des Bundesamtes für Naturschutz und dem Förderverein Ökologische Steuerreform ist jetzt in der FÖS-Geschäftsstelle gegen Übernahme des Portos kostenfrei erhältlich.

Bestellungen bitte an: foes@foes.de

Inhaltsverzeichnis unter:
<http://www.foes.de/3aktuelles/vilm2005.html>

17. TERMINE

Achte Weltumweltsteuerkonferenz 18 – 20. Oktober 2007

Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, die weltgrößte Umweltsteuerkonferenz im Oktober 2007 in München ausrichten zu können - als erste NGO überhaupt. Dabei stehen, anders als bei vielen einschlägigen Tagungen, diesmal weder die administrativen Details noch die politischen Kontroversen der umweltpolitischen Instrumentendebatte im Zentrum, sondern es geht vielmehr um Vorteile für uns alle, nämlich um die nachweisbar positiven Effekte für Innovation, Beschäftigung und Wachstum. Thema der Konferenz lautet daher: **Innovation, Technology and Employment – Impacts of Environmental Fiscal Reforms and other Market-Based Instruments**. Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.worldcotax.org> und den Konferenzflyer unter <http://www.worldcotax.org/flyer.html>. Oder sie schicken eine Email für weitere Informationen an foes@foes.de; den Call for Papers finden Sie hier: http://www.worldcotax.org/call_for_papers.html

Santiago de Chile:***Regionalseminar für Steuerpolitik 2007***

Die Organisation CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) organisiert, u.a. zusammen mit der GTZ und dem International Monetary Fund, das Regionalseminar für Steuerpolitik vom 29. Januar bis 1. Februar 2007 in Santiago de Chile. Genaues Programm und weitere Hinweise finden Sie hier: <http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/SeminarSantiagoChile.pdf>

Innovations-Kongress mit Fachausstellung Clean Energy Power 24. und 25. Januar 2007 in Berlin.

<http://www.energiemessen.de>;
<http://www.energie-server.de>

Carbon Market Insights 2007

„Point Carbon“ organisiert vom 13. – 15. März 2007 seine jährlich stattfindende Veranstaltung in Kopenhagen. Als prominenter Keynote Speaker konnte für das kommende Jahr bereits Al Gore gewonnen werden. Alle weiteren Informationen zu dieser, auf dem Carbon-Markt weltweit wichtigen Konferenz finden Sie auf der Homepage www.pointcarbon.com; Email: conference@pointcarbon.com; Tel: +47 22 40 53 40; Fax: +47 22 40 53;

18. JOBANGEBOTE***Aarhus University, Environmental Research Institute, bietet Ph.D.-Stelle an***

In Zusammenarbeit mit dem Marie-Curie-Training-Network bietet die Universität Aarhus eine Ph.D.-Stelle an. Ausführliche Ausschreibung dafür ist nachzulesen unter:

<http://www.governat.eu/application/post.php?institute=neri&research=esr>

Stratum GmbH sucht Investor und Humankapital

Die erste Unternehmensberatung, die sich auf

Umweltbildungseinrichtungen spezialisiert, sucht derzeit noch einen Investor. Die stratum GmbH (<http://www.stratum-consult.de>), hervorgegangen aus einem Förderprojekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, will damit ihre ehrgeizige Mission zielstrebig verfolgen – Umweltbildungseinrichtungen zu einer besseren wirtschaftlichen Basis zu verhelfen. Im Businessplan der stratum GmbH ist die Gewinnschwelle (Break-Even-Punkt) für 2009 vorgesehen. Investoren bekommen nähere Informationen unter Fon +49(0)89-59946772.

Aber auch in Humankapital will stratum investieren. Um das an 30 Umweltbildungseinrichtungen bereits erprobte Beratungs- und Zertifizierungskonzept in die Breite zu bringen, wird in absehbarer Zeit Bedarf an geeigneten Beraterinnen und Beratern entstehen. Die Anforderungen an stratum-Berater sind speziell: Sie müssen neben hoher methodischer Kompetenz und der Nähe zur Umweltbildung auch die Bereitschaft mitbringen, für etwas niedrigere Tagessätze zu arbeiten. stratum ist überzeugt, genügend geeignete Mitarbeiter zu finden und hat deshalb kurzfristig ein Trainings-Assessment für potenzielle stratum-Berater(innen) angesetzt:

http://www.tuwas.net/3_stratum-berater-ac.html
<http://www.stratum-consult.com/mehrwert/hier-treffen-sie-uns>

Volljuristen/Volljuristin gesucht

Für eine abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit in einer Leitungsfunktion in der neu zu schaffenden Clearingstelle nach § 19 Erneuerbare-Energien-Gesetz sucht RELAW - Gesellschaft für angewandtes Recht der Erneuerbaren Energien mbH mit Unterstützung von Ecologic - Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik gGmbH eine/einen Volljuristin/Volljuristen.

Für eine zunächst auf drei Jahre befristete Vollzeitbeschäftigung in Berlin wir ein/e Volljurist/in gesucht. Erwartet werden Berufserfahrung und überdurchschnittliche Examensergebnisse. Einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Energierechts mit Schwerpunkt Erneuerbare Energien sowie Verhandlungserfahrungen sind von Vorteil.

Wir bieten eine interessante, abwechslungsreiche

und eigenständige Tätigkeit in einem motivierten Team von sieben Personen, Personalverantwortung und vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen mit zwei Referenzen sowie Ihren Gehaltsvorstellungen so schnell wie möglich, zu Händen Frau Heike Hildebrand (+49 30 86880 141) unter der Kennziffer 2006/11 an: RELAW p.A. Ecologic - Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, Pfalzburger Straße 43/44, 10717 Berlin.

GTZ-Büro Berlin sucht studentische Hilfskräfte

Das GTZ-Büro Berlin sucht ab Januar 2007 vier studentische Hilfskräfte im Bereich 'Gestaltung Politischer Dialogprozesse und Veranstaltungen'.

Das Büro Berlin der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH konzipiert, moderiert und organisiert politische Dialogprozesse im Bereich der Entwicklungs- und der Internationalen Zusammenarbeit. Um diesen Prozessen die entsprechende Plattform im politischen Umfeld Berlins zu geben, organisiert das GTZ-Büro Berlin im Durchschnitt 70-80 Veranstaltungen pro Jahr. Zur Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen suchen wir für den Supportbereich studentische Hilfskräfte (GTZ-Bezeichnung: 'Durchführende Juniorfachkraft'). Beim Einsatz können Studienschwerpunkte und thematische Interessen im Hinblick auf den Aufgabenbereich berücksichtigt werden.

Profil: Erfahrungen im Bereich der Internationalen Zusammenarbeit; Erfahrungen im Veranstaltungsmanagement; Fremdsprachenkenntnisse; ggf. Auslandserfahrung (Praktika etc.); selbständiges, z.T. eigenverantwortliches Arbeiten; Organisations- und Koordinierungstalent; hohe Flexibilität; Teamfähigkeit

Aufgaben: Recherchearbeiten bei Veranstaltungsvorbereitungen; Teilnahme an und Protokollierung von Koordinierungssitzungen; Erarbeitung von Vorlagen zu Programm, Einladungsmanagement, etc.; Einholung von Angeboten zu Veranstaltungen; Vorbereitung von Vertragsunterlagen; Erstellung von Operationsplänen und Raumkonzepten; Koordination externer Dienstleister; Betreuung der Teilnehmer/-innen während der

Veranstaltungen; Nachbearbeitung und Dokumentation

Rahmenbedingungen für Bewerbungen: abgeschlossenes Grundstudium; Einsatzdauer Minimum ein Jahr, Maximum zwei Jahre (ggf. verlängerbar) "ordentliche/r" Student/in (= kein abgeschlossenes Studium (z.B.

Doktoranden), kein Urlaubssemester); bis max. zum 10. Fachsemester bzw. zur Vollendung des 27. Lebensjahres

Weitere Informationen zur GTZ und dem Büro Berlin finden Sie unter: <http://www.gtz.de/berlin>, bzw. der Veranstaltungsübersicht: <http://www.gtz.de/de/unternehmen/2373.htm>

Bewerbungen mit Lebenslauf und Referenzen bitte an Andrea Raskop andrea.raskop@gtz.de schicken.

UBA sucht Technische/n Mitarbeiter/in

Das Umweltbundesamt (UBA) ist Anlaufstelle in nahezu allen Fragen des Umweltschutzes. Es arbeitet für den Schutz von Wasser, Boden und Luft und an den übergreifenden Themen Umwelt und Gesundheit, Klimaschutz und Energie, Verkehr sowie Abfall und Fragen des technischen Umweltschutzes. Als Bundesoberbehörde gehört das UBA zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Für unser Fachgebiet E 2.2 „Energiewirtschaft II“ der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt suchen wir schnellstmöglich eine/n Technische/n Mitarbeiter/in mit Dienstsitz in Berlin.

Alles weitere zur Jobausschreibung: <http://www.foes.de/de/downloads/OESN41/JobUBA.pdf>

Ecologic sucht Ökonom/in im Bereich Energiewirtschaft/Klima

Für eine abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit sucht Ecologic – Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik gGmbH möglichst zum 1. Februar 2007 eine/n Ökonomen/Ökonomin im Bereich Energiewirtschaft/Klima für eine Vollzeitbeschäftigung in unserem Büro Berlin. Erwartet werden ein abge-

schlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften (Volks- oder Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieurswesen) oder vergleichbare Ausbildung, sowie Erfahrungen im Bereich des Europäischen Emissionshandelssystems (EU EHS). Einschlägige Kenntnisse in den Bereich der Energiewirtschaft und den erneuerbaren Energien, sowie zur konkreten Umsetzung der EU EHS sind von Vorteil. Zu Ihren Aufgaben gehören unter anderem die Forschung und Beratung zu ökonomischen Fragen im Bereich des Emissionshandels und der Energiewirtschaft, sowie die Weiterentwicklung der ökonomischen Aktivitäten von Ecologic im Bereich Klima und Energie. Wir bieten eine interessante, abwechslungsreiche und eigenständige Tätigkeit in einem motivierten Team von sieben Personen, Personalverantwortung und vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten. Bitte richten Sie Ihre aussagefähige Bewerbung zu Händen Frau Heike Hildebrand unter der Kennziffer 2006/12-2 und der Angabe Ihrer Verfügbarkeit und Ihrer Gehaltsvorstellung an: Ecologic – Institut für internationale und europäische Umweltpolitik gGmbH, Pfalzburger Str. 43/44, 10717 Berlin. Erfahren Sie mehr über Ecologic unter: <http://www.ecologic.eu>

Ecologic sucht Umweltökonom/innen/Umweltökonomin

Für eine abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit sucht Ecologic – Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik gGmbH möglichst zum 1. Februar 2007 eine/n Umweltökonom/innen/Umweltökonomin für eine Vollzeitbeschäftigung in unserem Büro Berlin. Erwartet werden ein abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften (Volks- oder Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieurswesen) oder vergleichbare Ausbildung, sowie Erfahrungen im Bereich der Europäischen Umweltpolitik (insb. Gewässer, Biodiversität, Verkehr und Energie). Einschlägige Kenntnisse der EU-Wasserrahmenrichtlinie und ihrer Umsetzung sind von Vorteil. Zu Ihren Aufgaben gehören unter anderem die Forschung und Beratung zu ökonomischen Fragen der Europäischen Umweltpolitik, sowie die Weiterentwicklung der Aktivitäten von Ecologic im Bereich der Umweltökonomie. Wir bieten eine interessante, abwechslungsreiche und

eigenständige Tätigkeit in einem motivierten Team von sieben Personen, Personalverantwortung und vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten. Bitte richten Sie Ihre aussagefähige Bewerbung zu Händen Frau Heike Hildebrand unter der Kennziffer 2006/12-3 und der Angabe Ihrer Verfügbarkeit und Ihrer Gehaltsvorstellung an: Ecologic – Institut für internationale und europäische Umweltpolitik gGmbH, Pfalzburger Str. 43/44, 10717 Berlin. Erfahren Sie mehr über Ecologic unter: <http://www.ecologic.eu>

Ecologic sucht Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Das Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik Ecologic, ein Think Tank in Berlin, sucht einen wissenschaftlichen Mitarbeiter für den Themenbereich Wasser.

<http://www.ecologic.de/modules.php?name=News&file=categories&op=newindex&catid=14>

CampaignerIn für die Kampagne "Bahn für Alle" gesucht

Das Kampagnenbündnis „Bahn für Alle“ sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für sein hauptamtliches Team eine/einen CampaignerIn in Vollzeit. Dem Bündnis „Bahn für Alle“ gehören Attac, Robin Wood, der BUND, die Naturfreunde, Bahn von unten, Umkehr e.V., Bürgerbahn statt Börsenbahn sowie der VCD Brandenburg an. Die Kampagne möchte die Privatisierung der Deutschen Bahn AG verhindern und streitet für eine bessere Bahn in öffentlicher Hand. Das Bündnis arbeitet seit dem Frühsommer 2006 mit hoher öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit und nach einer vorläufigen Bundestagsentscheidung geht es nun in die zweite Runde.

Jetzt sucht „Bahn für Alle“ Verstärkung: Du bist mit dem klassischen Kampagnenhandwerk in progressiven politischen Organisationen vertraut und hältst die Privatisierung von öffentlichem Eigentum an Verkehrsinfrastruktur grundsätzlich für falsch. Verständnis von Bündnisarbeit und Sensibilität für Abstimmungsprozesse zwischen den unterschiedlichen Organisationen sind ebenso unabdingbar wie Erfahrung in der engen Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Aktiven auf bundesweiter und lokaler Ebene. Du musst keine aus-

gewiesene VerkehrsexpertIn sein, da Fachwissen im Bündnis ausreichend vorhanden ist.

Deine Aufgaben: Mitarbeit an der strategischen Weiterentwicklung der Kampagne gemeinsam mit dem Kampagnenteam; Planung und Koordination von bundesweiten Aktionen; Umsetzung der beschlossenen Kampagnenelemente; Lobbyarbeit bei Abgeordneten des Bundestages; Mitarbeit an der Erstellung von Print-Materialien;

Bevorzugter Arbeitsort ist das Attac-Bundesbüro

in Frankfurt. Vergütung und Art des Vertrages sind Verhandlungssache. Die Stelle ist befristet, voraussichtlich auf ein halbes Jahr.

Mehr Infos über die Kampagne und die bisherigen Aktivitäten unter <http://www.bahn-fuer-alle.de>

Mehr Informationen: Stephanie Handtmann:

Tel: 069 – 900 281 22. Kurzbewerbungen bitte ausschließlich per E-Mail an handtmann@attac.de.